

INHALT

Die österreichische Konjunktur an der Jahreswende 1967/68	397
Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Landwirtschaft — Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Handel und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel	
Die internationale Konjunktur	453
Ergebnisse der Herbsthebung des Investitionstestes	463
Statistische Übersichten: Österreichische und Internationale Wirtschaftszahlen	

Die österreichische Konjunktur an der Jahreswende 1967/68

Brutto-Nationalprodukt im III. Quartal nur um 1,7% höher als im Vorjahr — Leicht steigende Arbeitslosigkeit — Weitere Abschwächung der heimischen Nachfrage — Aktive Zahlungsbilanz; wachsende Liquidität der Kreditunternehmen — Dämpfung des Preis-Lohn-Auftriebes — Vorschau auf 1968

Die österreichische Konjunktur hat sich in den letzten Monaten weiter abgeschwächt. Die Wachstumsrate des realen Brutto-Nationalproduktes sank im III. Quartal unter 2%, obwohl die Agrarproduktion kräftig stieg. Industrie und andere konjunkturabhängige Zweige erreichten nicht oder nur knapp den Vorjahresstand. Die Arbeitslosigkeit, die sich bis Sommer in engen Grenzen hielt, hat seit September eine leicht steigende Tendenz.

Die Konjunkturflaute hat zur Zeit ausschließlich binnenwirtschaftliche Ursachen. Die privaten Haushalte schränkten ihre Ausgaben für langlebige Konsumgüter ein, da die Masseneinkommen nicht mehr so stark wuchsen wie bisher und die Arbeitsplätze in vielen Wirtschaftszweigen nicht mehr gesichert erscheinen. Die Ausrüstungsinvestitionen sanken seit Jahresmitte unter den Vorjahresstand. Die Bauwirtschaft war auch im Sommer und Herbst nicht voll ausgelastet, obwohl größere öffentliche Aufträge vergeben wurden. Industrie und Handel sind weiterhin bestrebt, Vorräte abzubauen.

Die wichtigsten Konjunkturstützen sind gegenwärtig das Bundesbudget und die Außenwirtschaft. Der Bund weitete trotz konjunkturbedingten Einnahmeausfällen seine Ausgaben stark aus und nahm ein hohes Budgetdefizit in Kauf. Die Exporte steigen anhaltend kräftig, obwohl die Konjunktur in wichtigen Abnehmerländern nach wie vor schwach ist. Dagegen sanken die Importe seit dem Sommer unter den Vorjahresstand. Trotz mäßigen Fremdenverkehrseinnahmen hat sich die laufende Zahlungsbilanz merklich verbessert. Da weiterhin viel Auslandskapital importiert wird, zeichnet sich ein größerer Zahlungsbilanzüberschuß ab. Die Kreditunternehmen sind flüssiger geworden.

Die mäßigen Produktions- und Umsatzergebnisse im Sommer und Herbst sowie die Zunahme der Arbeitslosigkeit lösten die Befürchtung aus, daß im Winter eine empfindliche Verschlechterung der Konjunktur drohe. Ein solcher Konjunkturpessimismus wird durch die verfügbaren statistischen Daten und qualitativen Informationen nicht gestützt. Zwar muß

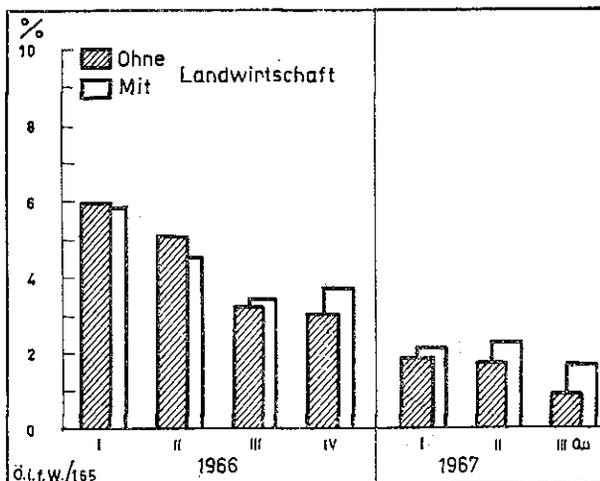
mit einer größeren Winterarbeitslosigkeit gerechnet werden als in den letzten Jahren. Verschiedene andere Symptome, wie die lebhafteren Umsätze im Groß- und Einzelhandel gegen Jahresende, die etwas günstigere Lagerbeurteilung der Industrie, einzelne Branchenberichte sowie verschiedene konjunkturfördernde Maßnahmen der Wirtschaftspolitik lassen vielmehr hoffen, daß die österreichische Wirtschaft ohne weitere größere Wachstumsverluste im Laufe des nächsten Jahres Anschluß an die Weltkonjunktur finden wird.

Der Lohnauftrieb wurde seit Jahresmitte merklich schwächer. Dennoch ging die Preissteigerungsrate nur zögernd zurück, da im Herbst neuerlich amtlich geregelte oder kontrollierte Preise erhöht wurden. Die Lohnwelle 1968 dürfte nach den bisherigen Verhandlungsergebnissen schwächer ausfallen als die letzte, doch zeichnet sich vorerst noch keine Stabilisierung der Lohnkosten ab.

Brutto-Nationalprodukt im III. Quartal nur um 1,7% höher als im Vorjahr

Das reale Brutto-Nationalprodukt war im III. Quartal nach vorläufigen Berechnungen um 1,7% höher als im Vorjahr. Die weitere Wachstumsverzögerung (im 1. Halbjahr betrug die Wachstumsrate 2,2%) ging hauptsächlich darauf zurück, daß die Industrieproduktion sank und einige andere Zweige der gewerblichen Wirtschaft (Handel, Verkehr) geringere Leistungszuwächse hatten als bisher. Nur die Agrarproduktion stieg anhaltend kräftig. Insgesamt zeichnet sich für 1967 ein reales Wirtschaftswachstum von 2% (im nichtlandwirtschaftlichen Bereich 1,5%) ab.

Zuwachs des realen Brutto-Nationalproduktes



Das reale Brutto-Nationalprodukt war im III. Quartal 1967 um 1,7% (ohne Land- und Forstwirtschaft um 0,9%) höher als im Vorjahr. Die seit dem I. Quartal 1966 anhaltende Tendenz abnehmender Zuwachsraten (insbesondere ohne Land- und Forstwirtschaft) setzte sich damit fort.

Reales Brutto-Nationalprodukt

Zeit	Reales Brutto-Nationalprodukt	
	Ins-gesamt	Ohne Land- und Forstwirtschaft
Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Ø 1965	+2,4	+4,3
Ø 1966	+4,3	+4,2
1967, I Quartal	+2,1	+1,8
II	+2,3	+1,7
III	+1,7	+0,9

Die Industrie erzeugte von Juli bis Oktober um 1% weniger als im Vorjahr (1 Halbjahr +0,5%). Der strukturell notleidende Bergbau (Juli bis Oktober -5%), aber auch Eisenerzeugung (-10%) und Gießereien (-15%) mußten ihre Produktion weiter einschränken. Die Erzeugung fertiger Investitionsgüter (+1%) schwankt kurzfristig je nach den Auslieferungen größerer Aufträge (die geringen Auftragsbestände erlaubten oft nicht mehr eine kontinuierliche Produktion). Sie erholte sich im Frühjahr, sank im Sommer unter den Vorjahresstand und dürfte sich im Herbst dank größeren Exportlieferungen wieder etwas belebt haben. Im Konsumgüterbereich konnte bisher die Erzeugung von Nahrungs- und Genußmitteln (+1%) sowie vor allem die von Verbrauchsgütern (+6%) ausgeweitet werden. Dagegen waren die Bekleidungsbranchen (-5%) und auch die Erzeuger langlebiger Konsumgüter (-4,5%) genötigt, ihre Produktion zunehmend zu drosseln. Die Belebung der Grundstoffproduktion (+5,5%), die sich im Laufe des Jahres dank einer steigenden Nachfrage nach chemischen Grundstoffen und Mineralölprodukten abzeichnete, scheint in jüngster Zeit wieder abzuklingen.

Industrieproduktion

Zeit	Bergbau und Grundstoffe	Investitionsgüter	Konsumgüter
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Ø 1965	+3,4	+1,2	+4,6
Ø 1966	+3,4	+2,7	+4,8
1967 I Quartal	-0,7	-4,2	+2,3
II	+0,8	+0,5	+0,8
Juli bis Oktober	+2,6	-3,0	-0,1

Die Erwartungen der Industrie sind nach wie vor ziemlich pessimistisch. Im Konjunkturtest zu Ende Oktober gaben 65% (im Vorjahr nur 49%) der Unternehmungen an, daß sie mit den verfügbaren Arbeitskräften und Kapazitäten mehr produzieren könnten, wenn zusätzliche Aufträge eingingen. Der Anteil der Firmen, die über zu niedrige Auftragsbestände klagen, ist zwar seit dem Frühjahr nicht mehr gestiegen, war aber mit 45% nach wie vor ziemlich hoch. Die Fertigwarenbestände der Industrie (vor allem an Konsumgütern) wurden seit dem Sommer etwas abgebaut.

Die Landwirtschaft konnte ihre Produktion kräftig ausweiten Dank günstigen Witterungsbedin-

gungen wurden ausgezeichnete Ernten an Getreide (+10%) und Wein (voraussichtlich +80%) erzielt. Obst wurde insgesamt gleich viel geerntet. Dagegen gab es nach vorläufigen Angaben weniger Kartoffeln (-5%), Zuckerrüben (-13%), Futterrüben (-4%) und Heu (-3%). Der Rohertrag aus der Pflanzenproduktion dürfte 1967 um etwa 6% höher sein als 1966. Die tierische Produktion setzte ihren Aufschwung fort. Von Juli bis Oktober kam um 18% mehr Fleisch und um 8% mehr Milch auf den Markt als im Vorjahr.

Die steigende Agrarproduktion senkt den Einfuhrüberschuß an landwirtschaftlichen Produkten, wirkt aber schwierige Probleme der Überschußverwertung auf. Von der Marktleistung an Weizen (voraussichtlich 732.000 t) werden im Wirtschaftsjahr 1967/68 nur 66% (480.000 t) im Inland vermahlen werden. Da noch Vorräte aus der letzten Ernte bestehen, will man 283.000 t Normalweizen (im Wirtschaftsjahr 1966/67 158.000 t) denaturieren und verbilligt als Futtermittel (an Stelle von Importmais) abgeben. 50.000 t Qualitätsweizen sollen auf Lager gelegt werden. Der Milchüberschuß (zur Zeit etwa ein Viertel der Marktleistung) wird zu Milchprodukten verarbeitet und zu Preisen exportiert, die zum Teil (Butter, Milchpulver) beträchtlich unter den Inlandspreisen liegen. Um den Bedarf an öffentlichen Stützungsmitteln zu begrenzen und die Struktur der landwirtschaftlichen Produktion besser den Absatzmöglichkeiten anzupassen, werden Produzentenbeiträge zur Verwertung der Weizen- und Milchüberschüsse eingehoben und Preisstützungen abgebaut oder gekürzt (Trockenmagermilch, Düngemittel). Die Milchverarbeitung soll durch Konzentration auf leistungsfähige Betriebe verbilligt werden.

Die Forstwirtschaft schlugerte im III. Quartal um 5% (im 1. Halbjahr um 9%) mehr Holz als im Vorjahr, da das Katastrophenholz vom Winter 1966/67 aufgearbeitet werden mußte. Das steigende Angebot vergrößerte die Vorräte und drückte auf die Preise. Sägerundholz war (in Oberösterreich) um 19% und Schleifholz um 11% billiger als 1966. Die Sägen verschnitten im III. Quartal um 2% weniger als im Vorjahr. Die Einbußen im Schnittholzexport (-5%) konnten durch größere Verkäufe im Inland (+6%) nicht voll ausgeglichen werden.

Die Bauwirtschaft konnte trotz größeren öffentlichen Aufträgen den Rückstand vom 1. Halbjahr (-1%) nicht wettmachen. Die Bauleistungen waren im III. Quartal nur um 2% höher als im Vorjahr und schöpften die Kapazität des Baugewerbes nicht voll aus. Der Bedarf an Saisonarbeitskräften

wird zunehmend durch Gastarbeiter gedeckt. Im III. Quartal waren 20.200 ausländische Kontingentarbeiter tätig, um 2.600 mehr als im Vorjahr. Dagegen sank die Zahl der heimischen Arbeitskräfte um 2,7%. In der Baustoffindustrie stauten sich größere Vorräte.

Leistungen wichtiger Wirtschaftszweige

Zweig	Ø 1966	I. Qu. 1967	II. Qu. 1967	III. Qu. 1967
Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Industrie	+4,2	+0,3	+1,0	-0,8 ¹⁾
Baugewerbe	+6,0	-2,0	+0,0	+2,0
Güterverkehr	+2,5	-4,5	+0,6	+1,2
Großhandel	+5,4	+1,3	+2,1	+1,7 ¹⁾
Einzelhandel	+3,6	+5,1	+0,7	+2,2 ¹⁾
Fremdenverkehr	+4,1	+15,4	-8,3	-3,7 ¹⁾
Forstwirtschaft	-3,6	+3,7	+13,1	+5,2

¹⁾ Juli bis Oktober

Von den übrigen Wirtschaftszweigen erwies sich das produzierende Gewerbe weniger rezessionsanfällig als die Industrie. Das Großgewerbe erzeugte im III. Quartal ebenso wie im 1. Halbjahr um 3% mehr als im Vorjahr. Besonders das chemische, graphische und holzverarbeitende Gewerbe erzielte größere Leistungssteigerungen. Der Handel litt unter der schwachen Konsumgüternachfrage und dem geringen Importbedarf. Die realen Umsätze waren im III. Quartal im Großhandel nur um 0,5% und im Einzelhandel um 2% höher als im Vorjahr, belebten sich aber im Oktober wieder (Großhandel +5½%, Einzelhandel +3%). Die Verkehrsleistungen überschritten nur knapp den Vorjahresstand (im III. Quartal +0,5%). Die Bundesbahnen beförderten weniger Güter und hatten geringere Erlöse, wogegen sich die Schifffahrt auf der Donau relativ günstig entwickelte. Die Straßentransporte wuchsen nicht mehr so kräftig wie bisher. Der Fremdenverkehr erlitt im Sommer zum ersten Male seit Kriegsende einen Rückschlag. Die Zahl der Nächtigungen war von Juli bis Oktober um 4% niedriger als im Vorjahr. Die Ausfälle entstanden ausschließlich im Ausländer-Fremdenverkehr (besonders aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien kamen weniger Gäste). Die Inländerbesuche nahmen etwas zu (+2%), obgleich der Trend zu Auslandsaufenthalten anhielt.

Leicht steigende Arbeitslosigkeit

Der Arbeitsmarkt wurde bis zum Herbstbeginn von der Konjunkturlaute nur am Rande betroffen. Obwohl das Stellenangebot schrumpfte, konnten Arbeitskräfte, die von der Industrie und anderen konjunktur reagiblen Zweigen freigesetzt wurden, relativ kurzfristig und meist im örtlichen Bereich einen neuen Arbeitsplatz finden. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden war im Sommer nur um etwa 2.000 höher als im Vorjahr.

Seit Herbstbeginn hat jedoch die *Arbeitslosigkeit* eine leicht steigende Tendenz. Mitte Dezember gab es um 10.100 Arbeitssuchende mehr als im Vorjahr. Davon waren 3.600 Bauarbeiter, 1.400 Metallarbeiter und 900 Textil- und Bekleidungsarbeiter. Aber auch in den meisten anderen Berufsgruppen lag die Arbeitslosigkeit über dem Vorjahresstand. In den kommenden Monaten werden vor allem größere Freisetzen in der Bauwirtschaft und in anderen saisonabhängigen Wirtschaftszweigen befürchtet. Die Bauwirtschaft dürfte im Gegensatz zu den letzten Jahren kaum bereit sein, nicht benötigte Arbeitskräfte in den Wintermonaten zu halten. Auch wurden im Sommer nur verhältnismäßig wenige Rohbauten fertiggestellt, so daß es an Anschlußaufträgen für Innenarbeiten fehlt. Der Beschäftigungsrückgang im Baugewerbe wird sich allerdings nicht voll in den Arbeitslosenzahlen widerspiegeln, da die ausländischen Saisonarbeiter im Winter in ihre Heimat zurückkehren. Um die Winterarbeitslosigkeit zu begrenzen, wurden in den letzten Wochen zusätzliche öffentliche Mittel für den Wohnungsbau bereitgestellt, die teilweise im Winter verbaut werden können oder zumindest das Anlaufen der Frühjahrssaison erleichtern werden. Die Dienststellen des Bundes bereiten bereits ihre Bauprogramme für 1968 vor.

Arbeitslage

Zeit	Beschäftigte		Arbeitssuchende	Offene Stellen
	Insgesamt	Industrie		
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1 000 Personen			
1966, Dezember	-19,3	-16,2	-5,3	+1,1
1967, April	-32,2	-17,8	+2,6	-12,1
Juli	-36,7	-22,4	+1,9	-18,0
Oktober	-9,2	-21,2	+6,2	-20,0
November	-17,5		+7,2	-18,3

Die Verschlechterung der Arbeitslage in den letzten Monaten spiegelt sich auch in der *Beschäftigung*. Ende November waren 17.500 weniger Unselbständige beschäftigt als im Vorjahr, obgleich seit Herbst wieder ein voller Jahrgang Jugendlicher zur Verfügung steht (im September und Oktober hatte der Abstand zum Vorjahr nur 9.000 bis 10.000 betragen). Am stärksten hat bisher die Industrie Personal abgebaut. Sie beschäftigte Ende Oktober um 21.200 oder 35% weniger als im Vorjahr. Die Bergwerke hatten um 11%, die Eisen- und Metallindustrie um 32% und die verschiedenen Bekleidungsbranchen um 58% weniger Personal. Der Abbau in der Industrie hatte zur Folge, daß die Arbeitslosigkeit in Bundesländern mit hoher Industriedichte oder zahlreichen Industrieneugründungen stärker stieg als im übrigen Bundesgebiet. Gleichzeitig wurde die Arbeitszeit verkürzt. Je Industriearbeiter wurden 2% (im 1. Halbjahr 0,9%) weniger Arbeitsstunden geleistet als im Vorjahr.

Die Produktivität der Industrie stieg weiter ziemlich kräftig. Von Juli bis Oktober wurde je Beschäftigten um 3,3% und je Arbeitsstunde um etwa 5% mehr erzeugt als im Vorjahr. Dennoch dürfte es in vielen Betrieben noch größere Reserven von Arbeitskräften geben, die nur zum Teil durch Aufnahmesperren und vorzeitige Pensionierung abgebaut werden können. Wenn sich die Produktion nicht in absehbarer Zeit belebt, werden daher weitere Arbeitskräfte freigesetzt werden.

Weitere Abschwächung der heimischen Nachfrage

Das Wachstum des privaten Konsums hat sich im III. Quartal weiter abgeschwächt. Die Konsumenten gaben real nur um 2,5% (nominell um 6%) mehr für Konsumzwecke aus als im Vorjahr, gegen 3,5% im 1. Halbjahr und 5% im Jahr 1966. Schwächer als bisher entwickelte sich vor allem die Nachfrage nach langlebigen Gütern und nach gehobenen Dienstleistungen. Die realen Zuwachsraten sanken in der Ausgabengruppe Bildung, Unterhaltung und Erholung von 9% (1. Halbjahr) auf 6% (III. Quartal) und in der Gruppe Verkehr (hauptsächlich infolge geringerer Anschaffungen von Personenkraftwagen) von 8% auf 6%. Wohnungseinrichtungen und Hausrat (vor allem Möbel) wurden absolut weniger gekauft (-5%) als im Vorjahr. Der Konsum von Nahrungsmitteln (+3%) und Bekleidungsgegenständen (+1,5%) nahm weiter nur mäßig zu.

Gegen Jahresende scheint sich allerdings der private Konsum etwas erholt zu haben. Der Einzelhandel, auf den etwa die Hälfte der Konsumausgaben entfällt, erzielte im Oktober (real +3%) etwas höhere Umsatzzuwächse als im III. Quartal (+2%). Im November und Dezember dürften die Lohnsteuersenkung und Spekulationen anlässlich der Pfund-Abwertung zu höheren Ausgaben angeregt haben. Dennoch wird der reale Konsum im Jahr 1967 voraussichtlich nur um 3,4% zunehmen, gegen 5% im Jahr 1966.

Privater Konsum und Einzelhandelsumsätze

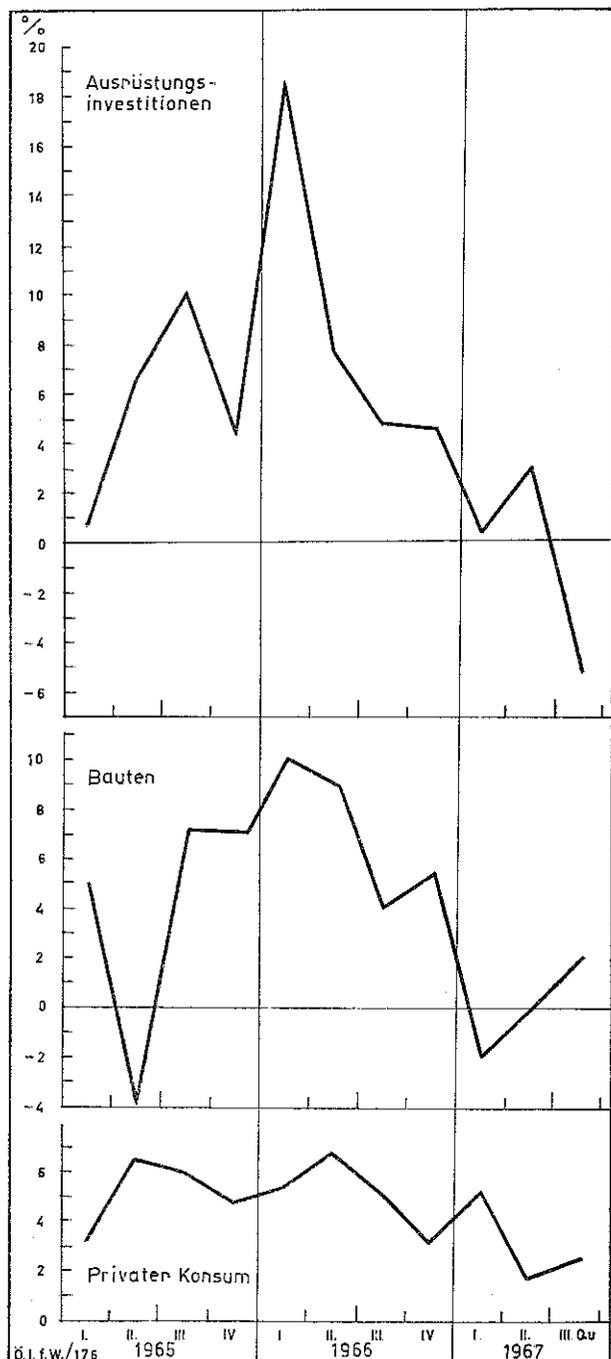
Zeit	Privater Konsum	Einzelhandelsumsätze	
		Insgesamt	Langlebige Güter
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Ø 1965	+5,1	+3,2	+5,7
Ø 1966	+5,1	+3,6	+6,6
1967, I. Quartal	+5,2	+5,1	+5,0
II. "	+1,8	+0,7	-0,7
III. "	+2,6	+2,2 ¹⁾	-0,6 ¹⁾

¹⁾ Juli bis Oktober.

Die Dämpfung des Konsumauftriebes hängt vor allem damit zusammen, daß die Masseneinkommen (netto) im III. Quartal nur noch um 7% höher waren als im Vorjahr, gegen 9% im 1. Halbjahr. Ferner dürften die Selbständigen ihren Konsum kaum noch ausge-

weitert haben. Über die Entwicklung der Sparquote fehlen verlässliche Informationen, doch scheint die Unsicherheit über die künftige Entwicklung von Einkommen und Beschäftigung die Konsumneigung gedämpft zu haben. (Nach Befragungen des Gewerkschaftsbundes hat sich der Anteil der Arbeitnehmer, die die Vollbeschäftigung für gefährdet halten, zwischen Frühjahr und Herbst 1967 merklich erhöht.)

Investitionen und privater Konsum



Die Ausrüstungsinvestitionen erlitten im III. Quartal einen Rückschlag. Auch der Auftrieb des privaten Konsums schwächte sich weiter ab (die niedrige Zuwachsrates im II. Quartal erklärt sich aus Verschiebungen im Ostertermin).

Die Konsumenten verschuldeten sich nur wenig (erst im Oktober wurden wieder etwas mehr Teilzahlungskredite beansprucht) und legten seit Jahresmitte wieder mehr auf Sparkonten ein. Nach der Pfundabwertung wurden zwar Spargelder abgezogen, doch hielten sich die spekulativen Reaktionen in ziemlich engen Grenzen.

Die Brutto-Anlageinvestitionen waren im III. Quartal real um 1% niedriger als im Vorjahr. Bauten und Ausrüstungsinvestitionen hatten eine gegenläufige Tendenz. Dank größeren öffentlichen Aufträgen konnte real um 2% mehr gebaut werden, wogegen die Ausrüstungsinvestitionen um 5% unter den Vorjahresstand sanken (im 1. Halbjahr lagen sie noch um 18% darüber). Es wurden 3% weniger Maschinen und Elektrogeräte sowie 13% weniger Straßenfahrzeuge angeschafft. Die Investitionsaufträge verteilen sich sehr unterschiedlich auf heimische und ausländische Güter. Im Vorjahr kam die lebhafteste Investitionstätigkeit hauptsächlich ausländischen Lieferanten zugute, im 1. Halbjahr verlagerten sich die Aufträge zugunsten heimischer Lieferanten, vom Rückgang im III. Quartal wurden Importe und heimische Produktion etwa gleich stark betroffen. Die Schwankungen in der Importquote erklären sich größtenteils aus Umschichtungen im Investitionsvolumen: Bauwirtschaft und Industrie sind zu einem hohen Prozentsatz auf ausländische Investitionsgüter angewiesen, wogegen Bund und Elektrizitätswirtschaft hauptsächlich heimische Investitionsgüter beziehen.

Brutto-Anlageinvestitionen

Zeit	Insgesamt	Bauten	Ausrüstung
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Ø 1965	+4,7	+3,6	+5,6
Ø 1966 ..	+7,3	+6,4	+8,1
1967, I. Quartal	-0,4	-2,0	+0,4
II	+1,6	0,0	+2,9
III	-1,3	+2,0	-5,3

Insgesamt dürften 1967 die Brutto-Investitionen real nur etwa gleich hoch sein wie im Vorjahr (1966 hatten sie noch um 7% zugenommen). Wichtige Wirtschaftszweige investierten weniger. Die Industrie scheint ihre Investitionsaufträge noch stärker eingeschränkt zu haben, als im Frühjahr erwartet wurde. Nach den vorläufigen Angaben im Investitionstest vom Herbst investierte die Industrie 1967 um 13% weniger als 1966. Die sukzessiven Korrekturen der Investitionserwartungen für 1967 (Herbst 1966 -7%, Frühjahr 1967 -11%, Herbst 1967 -13%) spiegeln deutlich die Verschlechterung der Industriekonjunktur. Noch stärker als die Industrie drosselte die Bauwirtschaft ihre Investitionen (-33% nach den Meldungen der Firmen). Bemerkenswerterweise hat auch die Landwirtschaft weniger Traktoren und Land-

maschinen angeschafft (I. bis III. Quartal real —7%), obschon sie dank guten Ernten und einer wachsenden tierischen Produktion höhere Erträge erzielte. Besonders empfindlich reagierte ähnlich wie in früheren Konjunkturflauten das Fuhrgewerbe. Es kaufte in den ersten drei Quartalen 1967 um 26% weniger Lastkraftwagen als im Vorjahr (in der Konjunkturflaute 1962 betrug der Rückgang 22,5%).

Ergebnisse des Investitionstestes Ende 1967

	Investitionen	
	1967	1968
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Industrie insgesamt	—13	— 7
Grundstoffe	—15	+11
Investitionsgüter	—20	— 9
Konsumgüter	— 4	—14
Bauwirtschaft	—33	—16
E-Wirtschaft	+ 7	+ 6

Von den übrigen Wirtschaftszweigen, für die Daten vorliegen, hat nur die Elektrizitätswirtschaft mehr investiert als im Vorjahr (+7% laut Investitionstest). Daß trotz den Investitionseinschränkungen der wirtschaftlichen Unternehmungen die gesamten Anlageinvestitionen etwa den Vorjahresstand behaupten konnten, war Mehrausgaben der öffentlichen Hand, insbesondere dem „Investitionsstoß“ des Bundes zu danken, der seine Investitionspläne (+20%) voll realisierte, obschon sich ein unerwartet hohes Budgetdefizit abzeichnete.

Starke konjunkturdämpfende Einflüsse gingen bisher von der Lagerwirtschaft aus. Sofern die *Vorräte* nicht gegen Jahresende noch ergänzt werden, dürften sie 1967 nur um etwa 1,5 Mrd. S gestiegen sein, wobei fast der gesamte Zuwachs auf landwirtschaftliche Produkte (höhere Vorräte an Brotgetreide und Wein dank guten Ernten, höhere Holzvorräte) entfällt. 1966 dagegen war der Lageraufbau mit 5,6 Mrd. S, ähnlich wie in den meisten westeuropäischen Ländern, besonders stark. Die Tendenz, Vorräte abzubauen, läßt sich an verschiedenen Symptomen nachweisen. Die Umsätze des Groß- und Einzelhandels stiegen in den ersten zehn Monaten (+4% und +5%) stärker als die Wareneingänge (+2,5% und +3%). Die Einfuhr an Rohstoffen (ohne Brennstoffe) war um 7% niedriger, die Industrieproduktion um fast 1% höher als im Vorjahr (1966 wuchsen die Rohstoffimporte um 6% und die Industrieproduktion um 4%). Am wenigsten gelang es bisher der Industrie, ihre Fertigwarenbestände den Absatzverhältnissen anzupassen. Da mehr produziert wurde, als verkauft werden konnte, stauten sich zunächst bei den Erzeugerfirmen größere Fertigwarenbestände. Allerdings zeichnet sich auch hier bereits eine Tendenzumkehr ab. (Die Lagerbeurteilung der

Firmen ist nach den bisherigen Erfahrungen ein wichtiger Indikator für die künftige Industriekonjunktur.)

Aktive Zahlungsbilanz — wachsende Liquidität der Kreditunternehmungen

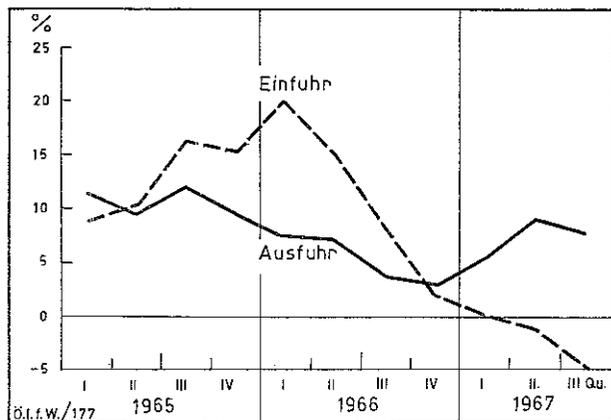
Im Außenhandel setzte sich die gegenläufige Entwicklungstendenz von Exporten und Importen fort. Die *Ausfuhr* lag von Juli bis Oktober um 9% (im 1. Halbjahr um 7%) über dem Vorjahresstand. Der Exportzuwachs war hauptsächlich Fertigwaren (+12%) und Nahrungsmitteln (+42%) zu danken. Die Exporte von halbfertigen Waren wuchsen nur mäßig (+3%), der Rohstoffexport ging (—4%) weiter zurück. Warenstruktur und Zielländer des Fertigwarenexportes lassen erkennen, daß die heimische Industrie versuchte, neue Märkte aufzuspüren und alle sich bietenden Absatzchancen auszunützen, auch wenn die Erlöse nur die Grenzkosten decken. Die Maschinenindustrie (Exportzuwachs Juli bis Oktober +13%) konnte den Absatzrückgang im Inland und auf verschiedenen westeuropäischen Märkten durch Mehrexporte nach Übersee (China, USA, Kanada, Iran, Argentinien) sowie nach Osteuropa ausgleichen. Elektrogeräte (+9%) wurden nach Großbritannien, Jugoslawien und in den Iran in weit größeren Mengen geliefert als bisher Kautschukwaren (+16%), Papier (+11%) und Schuhe (+40%) fanden in Osteuropa und zum Teil in der EFTA zusätzlichen Absatz, Metallwaren (+10%) wurden vor allem nach Nord- und Südamerika mehr ausgeführt. Die Exporte von Textilien (+12%) verlagerten sich von der EWG auf die EFTA.

Struktur der Ausfuhr

Zeit	Nahrungs- u. Genuß- mittel	Roh- stoffe	Halb- fertig- waren	Fertig- waren	Ins- gesamt	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Ø 1965	+31,1	+8,6	+6,8	+11,3	+10,6					
Ø 1966	— 8,8	—1,0	+9,0	+ 6,7	+ 5,2					
1967. I. Quartal	+26,6	+2,6	+4,6	+ 4,4	+ 5,2					
II „	+52,2	—6,5	+5,1	+11,3	+ 8,9					
Juli bis Okt	+42,1	—4,4	+2,6	+12,5	+ 8,6					

Die *Einfuhr* lag von Juli bis Oktober um 4% unter dem Vorjahresstand (im 1. Halbjahr hatte sie ihn knapp erreicht). Ihr Rückgang erstreckte sich auf fast alle Obergruppen Fertigwaren wurden um 2%, Rohstoffe um 8% sowie Nahrungs- und Genußmittel um 15% weniger eingeführt. Nur der Import von Halbfertigwaren war infolge größerer Bezüge im Oktober etwas höher als im Vorjahr (+0,5%).

Einfuhr und Ausfuhr



Die Warenausfuhr expandierte auch im III. Quartal kräftig. Die Importe hatten weiter eine rückläufige Tendenz und sanken unter den Vorjahresstand.

Die Einfuhr lag im Sommer und Herbst 1967 beträchtlich unter dem Normalwert, der auf Grund der längerfristigen Beziehungen zwischen ihr und dem Nationalprodukt zu erwarten war. Das hängt zum Teil damit zusammen, daß dank hohen Getreideernten und reichlichem Fleischangebot weit weniger ausländische Agrarprodukte benötigt wurden als in den letzten Jahren. Außerdem scheint die Einfuhr konjunktur reagibler geworden zu sein, seit Investitionsgüter und technische Konsumgüter an Bedeutung gewinnen. Die Investitionsflaute verringerte den Bedarf an ausländischen Investitionsgütern, die Verflachung des Konsumauftriebes dämpfte vor allem die Nachfrage nach Personenkraftwagen und anderen langlebigen Konsumgütern, die zu einem relativ großen Teil im Ausland bezogen werden.

Struktur der Einfuhr

Zeit	Nahrungs- u. Genussmittel	Rohstoffe	Halbfertigwaren	Fertigwaren	Insgesamt
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Ø 1965	+23,2	+1,0	+9,6	+16,5	+12,8
Ø 1966	+3,8	+5,3	+13,3	+13,6	+10,8
1967 I. Quartal	-16,7	-5,2	-0,3	+6,3	+0,0
II. "	-3,5	-3,3	-2,9	+1,0	-1,0
Juli bis Okt.	-15,4	-7,6	+0,5	-2,0	-4,0

Die gegenläufige Entwicklung von Exporten und Importen entlastete die Handelsbilanz. Der Einfuhrüberschuß war von Juli bis Oktober mit 3.006 Mill. S um 2.101 Mill. S niedriger als im Vorjahr und der niedrigste seit 1963. Obwohl die Dienstleistungen mit 5.014 Mill. S um 583 Mill. S geringere Erträge abwarfen (der Ausfall im Sommerreiseverkehr konnte durch eine relativ gute Herbstsaison nicht aufgeholt werden), war der saisonbedingte Überschuß in der Leistungsbilanz mit 2.286 Mill. S (einschließlich unentgeltlicher Leistungen) unerwartet

hoch (im Vorjahr betrug er nur 633 Mill. S). Nach den Ergebnissen in den ersten zehn Monaten zeichnet sich für das Jahr 1967 ein Leistungsbilanzdefizit von etwa 2 Mrd. S ab, gegen 4,9 Mrd. S im Jahr 1966.

Die gesamte Zahlungsbilanz wird 1967 voraussichtlich mit einem beträchtlichen Überschuß (etwa 5 Mrd. S) schließen, da mehr ausländisches Kapital aufgenommen wurde als je zuvor. Allein von Juli bis Oktober erreichten die kurz- und langfristigen Netto-Kapitalimporte 2.446 Mill. S. Die Saldendrehung in der Kapitalbilanz, die sich schon vor Jahresfrist anbahnte, wurde ursprünglich dadurch ausgelöst, daß Liquiditätsschwierigkeiten des heimischen Kreditapparates potente Kreditwerber auf die ausländischen Kapitalmärkte drängten, die sich bereits früher als die heimischen Finanzmärkte entspannt hatten. Der Zustrom ausländischen Kapitals hielt jedoch auch an, nachdem der heimische Kreditapparat wieder flüssiger wurde, teils weil bereits früher vereinbarte Auslandskredite abgerufen wurden, teils weil sich die Kreditnachfrage mit zunehmender Konjunkturabschwächung von Klein- und Mittelbetrieben zugunsten der öffentlichen Haushalte, öffentlicher Versorgungsunternehmungen und verstaatlichter Betriebe verschob, die meist große Beträge benötigen, die aus verschiedenen Gründen vom heimischen Kreditapparat nicht ohne weiteres bereitgestellt werden. Besonders stark hat der Bund seine Finanzierung von inländischen Finanzierungsquellen auf ausländische verlagert. Öffentliche Stellen nahmen in den ersten drei Quartalen per Saldo 2.270 Mill. S Kredite im Ausland auf, wogegen sie im Vorjahr 656 Mill. S getilgt hatten.

Im Gegensatz zu den Kapitalimporten hat sich die heimische Kreditexpansion merklich verflacht. Von Juli bis Oktober wurden 1.830 Mill. S zusätzliche Kredite beansprucht, um 2.610 Mill. S weniger als im Vorjahr. Die Zuwachsrate des Kreditvolumens, die zu Jahresbeginn noch 16,0% betragen hatte, sank bis Oktober auf 10,0%. Der heimische Wertpapiermarkt war etwas ergiebiger als im Vorjahr. Im 1. Halbjahr wurden 2.193 Mill. S und im 2. Halbjahr dank einer größeren Veranlagungsbereitschaft der Kapitalsammelstellen und zum Teil auch des Publikums weitere 2.995 Mill. S Anleihen untergebracht, um 177 Mill. S und 756 Mill. S mehr als im Vorjahr.

Die Überschüsse in der Zahlungsbilanz und die relativ geringe Beanspruchung im Inland steigerten die Liquidität der Kreditunternehmungen. Die zusätzlichen flüssigen Mittel wurden nur zum Teil dazu verwendet, die Nettoposition gegenüber der Notenbank (Erhöhung der Notenbankguthaben, Abbau der Verschuldung an die Notenbank) zu verbessern. Der größte Teil wurde kurzfristig im Ausland angelegt.

Von Ende Juni bis Ende Oktober wuchsen die kurzfristigen Auslandsguthaben der Kreditunternehmungen um 3.012 Mill. S, und ihre kurzfristigen Auslandsverpflichtungen verringerten sich um 395 Mill. S. Dennoch war die Devisenposition der Kreditunternehmungen Ende Oktober mit 171 Mill. S noch ungünstiger als in der Liquiditätsschwemme 1963 und 1964. Die Senkung der Mindestreserven im Oktober sowie die hohen Auslandskredite, die der Bund noch vor Jahresende aufnahm, erleichtern es den Kreditunternehmungen, die Zahlungsspitzen zu Jahresultimo zu finanzieren.

Dämpfung des Preis-Lohn-Auftriebes

Der Preis auftrieb hat etwas nachgelassen, doch zeichnet sich trotz der schwachen Konjunktur keine nachhaltige Beruhigung ab. Der Verbraucherpreisindex war im III. Quartal ebenso wie im 1. Halbjahr um 4,1% höher als im Vorjahr. Im Oktober sank die Teuerungsrate auf 3,9% und im November auf 3,3%. Die kurzfristigen Schwankungen wurden großteils durch die Saisonprodukte verursacht. Sie waren im III. Quartal um 7,5% teurer, im Oktober und November aber (u. a. dank einer guten Apfelernte) um 0,3% und 4,0% billiger als im Vorjahr. Scheidet man die Saisonprodukte aus, dann verringerte sich die Steigerungsrate des Verbraucherpreisindex nur von 3,9% (III. Quartal) auf 3,7% (November).

Der zögernde Rückgang der Preissteigerungsrate ist um so auffällender, als sich der Lohnauftrieb merklich beruhigte und die Produktivität zumindest in der Industrie ziemlich kräftig wuchs. Die Erklärung liegt darin, daß im Laufe des Jahres zahlreiche amtlich geregelte oder kontrollierte Preise erhöht wurden. Zu Jahresbeginn wurden Milch und Brot (Abbau von Nahrungsmittelsubventionen) sowie verschiedene öffentliche Verkehrsmittel teurer, im September wurden die Rundfunkgebühren und die Kraftfahrzeug-Haftpflichtprämien kräftig hinaufgesetzt. Dementsprechend kosteten Mitte November amtlich preisregelte Waren und Leistungen um 9,2% mehr als im Vorjahr. Die Preise aller übrigen Waren und Leistungen stiegen nur um 1,6%, wobei die Preise für Dienstleistungen (zum Teil infolge von Lohnerhöhungen im Friseurgewerbe und anderen Dienstleistungszweigen im Laufe des Jahres) im allgemeinen stärker anzogen als die für gewerbliche Produkte. Verbrauchsgüter waren Mitte November nur um 2,1% und Gebrauchsgüter um 0,8% teurer als im Vorjahr.

Die Erhöhung der amtlich geregelten Preise im Laufe von 1967 weist auf ein wichtiges preispolitisches Problem hin. Diese Preise werden nur in größeren Zeitabständen und dann ziemlich kräftig erhöht, wobei die Steigerungen häufig in Zeiten schwacher Konjunktur vorgenommen werden und eine Beruhi-

gung des Preis-Lohn-Auftriebes erschweren. Die Zusammenarbeit der Sozialpartner muß daher durch eine Abstimmung zwischen privatem und öffentlichem Bedarf ergänzt werden. Das gilt um so mehr, als die öffentlichen Körperschaften auf längere Sicht zunehmend Aufgaben übernehmen und zumindest einen Teil ihrer zusätzlichen Ausgaben durch Erhöhung von Tarifen, Monopolabgaben oder indirekten Steuern decken müssen.

Zeit	Preise und Löhne				Tariflohnindex
	Verbraucherpreisindex I einschl. Saisonprodukte	Masseneinkommen insgesamt netto	Monatsverdienste der Industriebeschäftigten brutto	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Ø 1965	+5,0	+3,4	+8,9	+ 8,9	
Ø 1966	+2,2	+3,4	+9,5	+12,0	
1967, I. Qu.	+4,1 ¹⁾	+4,9 ¹⁾	+9,8	+11,9	+10,4
II Qu.	+4,0	+4,4	+8,7	+11,4	+10,9
III. Qu.	+4,1	+3,9	+7,4	+ 5,2	+ 6,2
Okt./Nov.	+3,6	+3,9		+ 4,6	

¹⁾ Ab Jänner 1967 Index der Verbraucherpreise 66.

Der Auftrieb der Löhne wurde seit dem Sommer merklich geringer. Die Tariflöhne (Durchschnitt aus Gewerbe, Industrie und Handel) stiegen von Ende Juni bis Ende Oktober nur um 0,5%, hauptsächlich weil einige Gruppen des Gewerbes neue Tarifverträge abschlossen. Ihr Abstand zum Vorjahr sank von 10,8% auf 4,2%. Im Oktober waren die Tariflöhne in der Industrie nur um 1,6%, im Gewerbe jedoch infolge der Lohnerhöhungen im Laufe des Jahres um 6,3% und im Handel, wo bisher jeweils im Jänner neue Lohnvereinbarungen getroffen wurden, um 9,2% höher als im Vorjahr.

Die Konjunkturschwäche dämpfte die Lohndrift. Die Brutto-Monatsverdienste der Industrie stiegen 1966 noch merklich stärker als die kollektivvertraglichen Grundbezüge. In den ersten zehn Monaten 1967 verringerte sich jedoch der Abstand auf 1,1 Prozentpunkte (8,9% gegen 7,8%). Die Verdienste wurden vor allem durch Ausfälle von Überstunden geschmälert. Auch scheinen die Unternehmungen Sonderzahlungen nicht mehr so stark ausgeweitet zu haben wie bisher. Dagegen dürfte es den Arbeitnehmern im allgemeinen gelungen sein, die in den Kollektivverträgen vereinbarten Steigerungssätze der Mindestlöhne auch in den Verdiensten durchzusetzen. Da sich außerdem die Beschäftigtenstruktur zugunsten höher entlohnter Gruppen verschob, stiegen die Stundenverdienste der Industriearbeiter (ohne Sonderzahlungen) etwas stärker als die Tariflöhne (8,3% gegen 7,9%).

Im Herbst haben neue Kollektivvertragsverhandlungen begonnen, die inzwischen auf einen Großteil der Arbeitnehmer ausgedehnt wurden. Bisher liegen erst einige Abschlüsse vor. Ab 1. Dezember erhielten die Arbeiter in der Süßwarenindustrie sowie in der Obst-

und Gemüseverwertung um 7,3% höhere Tariflöhne. Am 1. Jänner werden die Lohnvereinbarungen in der Zuckerindustrie (+7%), im Speditionsgewerbe (Soll-Löhne +10%, Ist-Löhne +6%) und im Handel (Angestellte +5,5%, männliche Arbeiter +5,5%, weibliche Arbeiter +7%) wirksam. Für die Eisen- und Metallarbeiter wurden ab 1. Februar um 7% höhere Tariflöhne (Ist-Löhne Industrie +5%, Gewerbe +4½%) vereinbart. Obschon die bisher abgeschlossenen Verträge noch keine eindeutigen Schlüsse zulassen, dürften die Tariflohnerhöhungen im Durchschnitt 7% kaum überschreiten und damit geringer sein als die letzten Vereinbarungen (in der Industrie durchschnittlich 11%). In manchen Zweigen mit schlechter Absatz- und Ertragslage wird es zunächst nicht möglich sein, die Effektivverdienste ebenso wie die Mindestlöhne zu steigern.

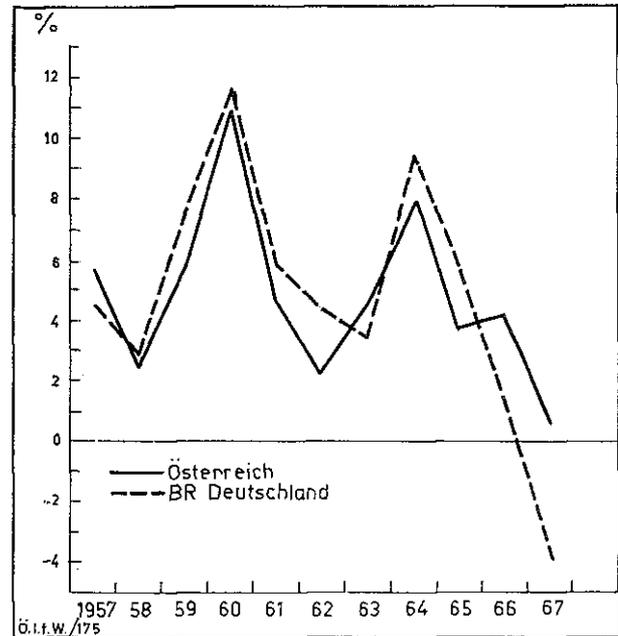
Vorschau auf 1968¹⁾

Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft im Jahr 1968 läßt sich nur schwer schätzen. Zur Zeit liegen noch keine eindeutigen Anzeichen vor, daß die Konjunkturflaute zu Ende geht und sich ein neuer Aufschwung anbaut. Die Produktionserwartungen und Investitionspläne der Unternehmungen sind nach wie vor ziemlich pessimistisch, und die voraussichtlich größere Winterarbeitslosigkeit könnte die Konsumneigung der Arbeitnehmer dämpfen. Einzelne positive Symptome dürfen vorerst nicht überschätzt werden.

Andererseits zeichnet sich in den westeuropäischen Industriestaaten ein kräftigeres Wirtschaftswachstum ab. Die westdeutsche Konjunktur hat ihren Tiefpunkt bereits überschritten und wird sich 1968 wieder erholen (Ausmaß und Tempo des Aufschwunges sind allerdings noch umstritten). Auch in Frankreich und (ab Mitte 1968) in England werden bessere Ergebnisse erwartet. Die italienische Konjunktur dürfte anhalten und eher zu Überhitzungserscheinungen neigen. Verschiedene internationale Prognosegremien rechnen damit, daß das reale Brutto-Nationalprodukt in Westeuropa 1968 3,5% bis 4% wachsen wird, um etwa 1½ bis 2 Prozentpunkte stärker als 1967.

Die Belebung der internationalen und insbesondere der deutschen Konjunktur wird auch der heimischen Wirtschaft neue Impulse geben, wobei die mittelbaren Auswirkungen (auf Erwartungen und Ausgabenbereitschaft der heimischen Unternehmer und

Industrieproduktion in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich



Die Konjunkturwendepunkte der Industrieproduktion in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich fielen in den letzten zehn Jahren zusammen. Seit Mitte 1966 ging die deutsche Konjunktur stärker zurück als die österreichische, dürfte sich aber 1968 früher erholen.

Haushalte) wahrscheinlich höher zu veranschlagen sind als die unmittelbaren Auswirkungen (auf Export und Fremdenverkehr). Abweichend von den bisherigen Erfahrungen dürfte jedoch der untere Konjunkturwendepunkt in Österreich erst später als in Westdeutschland überschritten werden. Wichtige Konjunkturindikatoren, wie Auftragseingänge, Investitionserwartungen der Unternehmungen und Stellenangebote, lassen erkennen, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich der westdeutschen nachhinkt. Wahrscheinlich wird sich die heimische Konjunktur erst im Frühjahr und möglicherweise sogar erst im Sommer 1968 erholen.

Die von der Weltkonjunktur zu erwartenden Auftriebskräfte könnten durch wirtschaftspolitische Maßnahmen unterstützt werden. Der Manövrierspielraum der Finanzpolitik ist beschränkt, da der Bund schon 1967 ein beträchtliches Defizit in Kauf nahm. Nach vorläufigen Schätzungen dürfte der Brutto-Abgang 7,5 Mrd. S bis 8,0 Mrd. S und das inlandswirksame Netto-Defizit (ohne Schuldentilgungen und Transaktionen mit dem Ausland) etwa 4 Mrd. S erreichen. Das Bundesfinanzgesetz für 1968 sieht ein formales Defizit von 7,0 Mrd. S (inlandswirksames Defizit 3,2 Mrd. S) vor. Ferner wurde ein Eventualbudget von 2,4 Mrd. S erstellt, von dem die Hälfte bald nach

¹⁾ Die Vorschau wurde von der Arbeitsgruppe für vorausschauende volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen im Institut mit Unterstützung des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen erarbeitet. Die wissenschaftliche Verantwortung für die Prognose trägt das Institut.

Jahresbeginn freigegeben werden soll. Berücksichtigt man, daß die Einnahmenschätzung eine relativ gute Konjunktur unterstellt, dann läßt sich etwa folgender Schluß ziehen: Das Normalbudget wird 1968 „expansiv“ wirken (das Defizit wird größer sein als 1967), wenn das reale Wirtschaftswachstum unter 2% zu sinken droht. Stärkere Konjunkturimpulse sind jedoch nur dann zu erwarten, wenn das Eventualbudget verwirklicht wird.

Von der monetären Seite stehen einer Konjunkturbelebung zur Zeit keine Hindernisse entgegen. Die Aktivierung der Zahlungsbilanz und die Senkung der Mindestreserven haben den Kreditapparat verflüssigt. Zahlungsbilanzprognosen sind erfahrungsgemäß besonders unsicher, da die Zahlungsbilanz sehr rasch auf die Entwicklung der Konjunktur und der Finanzierungsbedingungen im In- und Ausland reagiert. Der hohe Kreditbedarf des Bundes, der zu einem namhaften Teil im Ausland gedeckt wird, sowie der Umstand, daß die heimische Konjunktur der internationalen Konjunktur eher etwas nachhinken dürfte, lassen jedoch zumindest für die nächste Zeit weiterhin Zahlungsbilanzüberschüsse und damit eine relativ hohe Liquidität des Kreditapparates erwarten.

Je nachdem wie rasch die heimische Wirtschaft auf die internationale Konjunktur reagiert, ob das Wetter Landwirtschaft und Bauwirtschaft begünstigt und welche Maßnahmen die Wirtschaftspolitik trifft, zeichnet sich für 1968 ein *reales Wirtschaftswachstum von 2% bis 3%* ab. Die Obergrenze des Schätzbereiches wird allerdings voraussichtlich nur dann erreicht werden, wenn das gesamte Eventualbudget des Bundes verwirklicht wird und (oder) stärkere Impulse von der Weltkonjunktur ausgehen. Die Wachstumsrate wird demnach 1968 nicht nennenswert höher sein als 1967. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß das 2%ige Wachstum im Jahr 1967 hauptsächlich einer kräftigen Produktionsausweitung der Land- und Forstwirtschaft zu danken war, wogegen 1968 eine Belebung der gewerblichen Produktion bei etwa gleichbleibender Agrarproduktion zu erwarten ist. Außerdem dürften die Wachstumsraten im Lauf von 1968 eine steigende Tendenz haben.

Die Untergrenze des voraussichtlichen Wachstums von 2%, die zumindest gegenwärtig noch realistischer erscheint als die Obergrenze, wurde aus folgenden Schätzwerten für die wichtigsten Nachfrageströme abgeleitet:

Der *Warenexport* wird 1968 voraussichtlich etwas schwächer steigen als 1967 (nominell um etwa 6,5% gegen 7,5%). Zwar werden die Bundesrepublik Deutschland und vermutlich auch Frankreich, Italien und einige andere westeuropäische Länder mehr

österreichische Waren kaufen als in diesem Jahr. Andererseits begrenzen die verstopften Clearingkonten die Ostexporte. Auch könnten unrentable Notexporte unterbleiben, wenn sich der Inlandsabsatz belebt. Vor allem aber schmälert die Abwertung des englischen Pfundes und einiger anderer Währungen die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Wirtschaft. Die Einbußen im Gebiet mit abgewerteten Währungen und auf Drittmärkten dürften groben Schätzungen zufolge 1% bis 1½% der gesamten Ausfuhr erreichen. Die Einführung der Mehrwertsteuer in der Bundesrepublik Deutschland und die Beseitigung der restlichen Binnenzölle in der EWG bilden weitere Exporthemmnisse, die nur teilweise durch die Zollsenkungen in der Kennedy-Runde ausgeglichen werden dürften.

Im *Ausländer-Fremdenverkehr* dürfte die Stagnation vom Sommer 1967 überwunden werden (Deviseneinnahmen brutto +7%). Die Bestellungen versprechen eine gute Wintersaison. Für den Sommer werden wieder mehr deutsche Gäste erwartet. Die Abwertung in Großbritannien und Spanien läßt allerdings in Tirol (geringere Ausgaben der englischen Besucher) und Kärnten (Verlagerung des Sommerreiseverkehrs zugunsten von Spanien) Einbußen befürchten.

Die *Warenimporte* werden 1968 wieder steigen (nominell +5%). Die Einfuhr von Rohstoffen, Maschinen und Verkehrsmitteln, die 1967 eine rückläufige Tendenz hatte, dürfte sich wieder erholen. Landwirtschaftliche Produkte werden zumindest gleich viel importiert werden wie 1967, obwohl der Zuschußbedarf an Futtermitteln infolge der Verfütterung von Weizen bis Jahresmitte sehr gering sein wird. Die steigende Tendenz der Importe von Konsumfertigwaren dürfte anhalten. Einen importdämpfenden Effekt wird die Erhöhung der Ausgleichsteuer haben.

Die *Investitionen* dürften auch 1968 der schwache Punkt der heimischen Wirtschaft bleiben. Nach den Ergebnissen im Investitionstest planen Industrie (—7%) und Bauwirtschaft (—16%) weitere Investitionskürzungen, die allerdings nicht mehr so stark ausfallen werden wie 1967. Energiewirtschaft (+6%) und Stadtwerke (+13%) werden etwas mehr investieren. Zusätzliche Impulse werden vom Bau der AWP-Pipeline ausgehen. Auch die Landwirtschaft dürfte einen Teil der relativ guten Erträge von 1967 zum Kauf von Traktoren und Landmaschinen verwenden. Der Bund wird (einschließlich Investitionsförderung) 1968 real nur etwa gleich viel investieren wie 1967, wenn das Eventualbudget zur Hälfte verwirklicht wird. Die Landesbudgets sehen höhere Investitionen vor, die zum Teil auf dem Kreditweg finanziert werden müssen. Die Gemeinden (mit Ausnahme einiger großer Städte) dürften ihre Ausgaben

eher den Einnahmemöglichkeiten anpassen. Im Wohnungsbau verursacht der Übergang der öffentlichen Förderung vom Bund auf die Länder organisatorische Schwierigkeiten, doch dürfte dank Vorfinanzierungen annähernd das Bauvolumen vom Jahr 1967 gehalten werden können, sofern nicht die privaten Bauaufträge stärker zurückgehen. Über die Investitionen des Gewerbes und der verschiedenen Dienstleistungsbereiche, die in den letzten Jahren stets überdurchschnittlich stiegen, liegen keine Informationen vor. Wahrscheinlich werden die Investitionen der Gesamtwirtschaft real nur knapp den Vorjahresstand übersteigen, es sei denn, daß das Eventualbudget voll verwirklicht wird oder günstigere Konjunkturerwartungen die Unternehmungen relativ kurzfristig zu einer Revision ihrer Investitionspläne veranlassen.

Von der *Lagerwirtschaft* könnten mäßige Impulse ausgehen, da die Lager-Umsatz-Relation in vielen Bereichen unter den Normalwert gesunken ist. Eine nennenswerte Aufstockung der Vorräte wäre allerdings nur zu erwarten, wenn die Unternehmungen ihre Absatzchancen günstiger beurteilen und sie rechtzeitig darüber informiert werden, wann die Mehrwertsteuer eingeführt wird und ob die auf den

Vorräten lastende Umsatzsteuer weiter verrechnet werden kann. Als grober Anhaltspunkt wurde angenommen, daß sich die Lager-Umsatz-Relation 1968 nicht ändern wird. Danach würden die Vorräte an gewerblichen Produkten, die 1967 absolut gleich blieben, um etwa 1 5 Mrd. S steigen.

Die *Konsumausgaben* der privaten Haushalte dürften 1968 stärker steigen als die Ausgaben der Unternehmungen für Vorräte und Anlageinvestitionen. Die reale Zuwachsrate wird jedoch voraussichtlich mit etwa 3% etwas geringer sein als 1967. Diese Schätzung geht davon aus, daß der Effekt der Lohnsteuersenkung großteils durch die Erhöhung der Umsatz- und Ausgleichsteuer sowie der Sozialversicherungsbeiträge ausgeglichen wird. Obwohl die Transfereinkommen und die Lohnsumme der öffentlich Bediensteten stärker steigen werden als die Lohnsumme der Unternehmungen, wird zwischen der Steigerung der Netto-Masseneinkommen (7 5%) und der Verbraucherpreise (3 5% ohne Saisonprodukte) nur eine etwa gleich große Spanne bestehen wie 1967. Der Konsum der Selbständigen dürfte kaum zunehmen, und die Sparneigung der Unselbständigen wird voraussichtlich etwas höher sein.

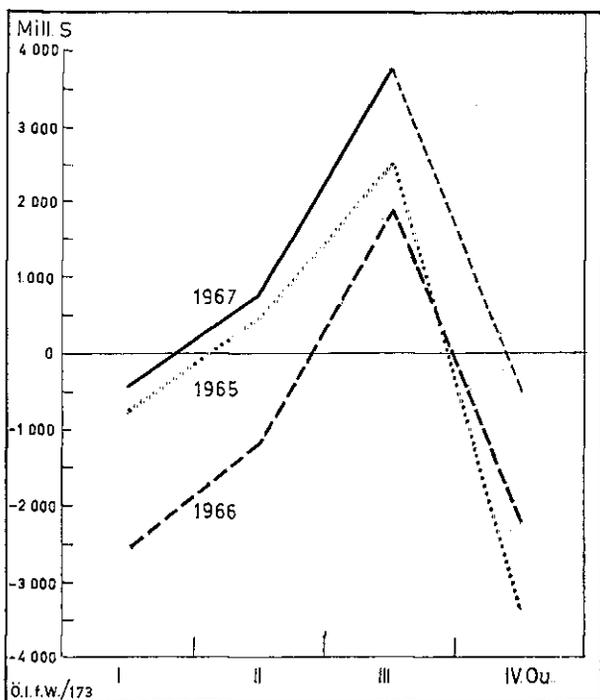
Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1 1 bis 1.11

Aktive Zahlungsbilanz

Die *Zahlungsbilanz* hatte im III. Quartal einen Überschuß von 3.892 Mill. S, um 2 Mrd. S mehr als im Vorjahr (ein ähnlich hoher Überschuß wurde zuletzt im III. Quartal 1963 erzielt) Die seit Ende 1966 zu beobachtende Aktivierungstendenz setzte sich damitverstarkt fort. Im Gegensatz zu den beiden Vorquartalen „verbesserte“ sich die Handelsbilanz mehr als die Kapitalbilanz. Dagegen sank der Überschuß in der Dienstleistungsbilanz unter den Stand von 1964

Die Aktivierung der Grundbilanz



Bereits im 2. Halbjahr 1966 zogen vermehrte Kapitalimporte eine Aktivierung der Grundbilanz nach sich. Dank anhaltend starken Kapitalzuflüssen und einer zunehmenden Verringerung der Defizite der Handelsbilanz entwickelte sich die Grundbilanz in allen Quartalen des Jahres 1967 günstiger als in den beiden Vorjahren.

Das Defizit aus dem *Warenverkehr mit dem Ausland* war mit 2.143 Mill. S um 1.552 Mill. S oder 42% niedriger als im Vorjahr, da die Importe um 4,7% sanken, die Exporte aber um 7,6% gesteigert werden konnten. Die *Dienstleistungsbilanz* hatte einen Überschuß von 4.576 Mill. S, um 637 Mill. S weniger als im Vorjahr. Aus dem Reiseverkehr gingen netto nur 4.850 Mill. S ein (— 434 Mill. S oder —8%). Auch die übrigen Dienstleistungen brachten geringere Erträge

Zahlungsbilanz¹⁾ im III. Quartal

	1963	1964	III Quartal 1965	1966	1967 ²⁾
	Mill. S				
Handelsbilanz ³⁾	-2 024	-2 292	-3.124	-3.843	-2 256
Dienstleistungsbilanz	+4 339	+5 095	+5 394	+5 213	+4 576
davon Reiseverkehr	+4 105	+4 924	+5 325	+5 284	+4 850
Unentgeltliche Leistungen	+ 75	+ 186	+ 300	+ 281	+ 323
Leistungsbilanz	+2 390	+2 989	+2 570	+1 651	+2 643
Langfristiger Kapitalverkehr ⁴⁾	+1.434	+ 3	- 121	+ 250	+1.086
Grundbilanz	+3.824	+2.992	+2.449	+1.901	+3.729
Kurzfristiger Kapitalverkehr ⁵⁾	+ 261	+ 205	+ 16	+ 129	- 50
Statistische Differenz	- 93	- 532	- 264	- 162	+ 213
Veränderung der Auslandsreserven	+3 992	+2 665	+2 201	+1 868	+3.892
davon					
Veränderung der Wahrungreserven der Oesterreichischen Nationalbank	+2 514	+ 974	+1 504	+1 485	+1 202
Veränderung der kurzfristigen Auslandsposition der Kreditunternehmen	+1 478	+1 691	+ 698	+ 335	+2 690
Förderung aus der Beteiligung des Bundes am IMF	-	-	-	+ 48	-

¹⁾ Bilanz der nicht-monetären Transaktionen mit dem Ausland — ²⁾ Vorläufige Zahlen — ³⁾ Einschließlich nicht-monetärer Goldtransaktionen — ⁴⁾ Ohne Beteiligung des Bundes am Internationalen Währungsfonds Aufgliederung in der folgenden Übersicht. — ⁵⁾ Ohne reservewertige kurzfristige Auslandsposition der Kreditunternehmen: siehe Position Veränderung der Auslandsreserven

oder hatten höhere Defizite. Die Zinsenzahlungen an das Ausland stiegen weiterhin stärker als die Zinseneinnahmen aus dem Ausland. Aus dem Transportgeschaft und aus diversen Dienstleistungen gingen weniger Devisen ein. Die *unentgeltlichen Leistungen* brachten einen Überschuß von 323 Mill. S Er war vor allem deshalb etwas höher (um 42 Mill. S) als im Vorjahr, weil aus dem Ausland mehr Sozialleistungen überwiesen wurden (219 Mill. S gegen 128 Mill. S). Aus der Summe dieser Teilbilanzen ergab sich ein saisonbedingter Leistungsbilanzüberschuß von 2.643 Mill. S, weit mehr als im Vorjahr, aber auch mehr als 1965.

Der *langfristige Kapitalverkehr* war mit 1 086 Mill. S (im Vorjahr 202 Mill. S) aktiv. Der Überschuß deckt sich annähernd mit den Auslandskrediten an Oesterreich, die mehr als dreimal so hoch waren wie 1966 (331 Mill. S). Hatte der Bund im Vorjahr per Saldo noch 334 Mill. S zurückgezahlt, so verschuldete er sich heuer um 514 Mill. S. Die Kredite an Industrie und Wirtschaft waren mit (netto) 710 Mill. S fast so hoch wie im Vorjahr (759 Mill. S). Es wurden zwar mehr neue Kredite beansprucht (1.179 Mill. S gegen 961 Mill. S), gleichzeitig aber auch mehr alte Kredite zurückgezahlt (469 Mill. S gegen 202 Mill. S). So wie bisher nahmen Energiewirtschaft (359 Mill. S gegen 390 Mill. S), Verkehrswirtschaft (328 Mill. S gegen 267 Mill. S) sowie Metall- und Fahrzeugindustrie (164 Mill. S gegen 43 Mill. S) die meisten Auslandskredite auf. Die höchsten Tilgungen hatten Energiewirtschaft mit 312 Mill. S sowie Metall- und Fahrzeugindustrie mit 54 Mill. S. Zum Unterschied von den letzten

Jahren traten jedoch auch alle anderen wichtigen Wirtschaftszweige als Kreditwerber im Ausland auf.

Die Wertpapierbilanz ergab im III. Quartal ein mäßiges Defizit (60 Mill. S). Die Transaktionen mit heimischen Wertpapieren waren gering. Dagegen kauften Inländer ziemlich viel ausländische Aktien (zeitweilige Belebung der Auslandsbörsen), gaben aber auch größere Bestände an ausländischen Obligationen und Aktien ab. Die ausländischen *Beteiligungen* an der heimischen Wirtschaft nahmen weiter ab (103 Mill. S, gegen 269 Mill. S im Vorjahr).

Langfristiger Kapitalverkehr

	1963	1964	III. Quartal 1965 Mill S	1966	1967 ¹⁾
Kredite an Österreich	+1.207	+168	+302	+ 331	+1.082
Aufnahme (Deviseneingang)	1.363	400	542	1.007	1.745
Rückzahlung (Devisenausgang)	156	232	240	676	663
Kredite an das Ausland	— 49	—221	—380	— 81	— 71
Rückzahlung (Deviseneingang)	1	18	39	124	57
Aufnahme (Devisenausgang)	50	239	419	205	128
Österr. festverzinsliche Wertpapiere	+ 213	— 47	— 97	— 233	+ 13
Auslandskäufe (Deviseneingang)	336	170	123	105	197
Auslandsverkäufe (Devisenausgang)	123	217	220	338	184
Österr. Aktien	— 8	+ 12	— 2	+ 12	— 1
Auslandskäufe (Deviseneingang)	42	48	44	53	35
Auslandsverkäufe (Devisenausgang)	50	36	46	41	36
Ausland, festverzinsl. Wertpapiere	— 29	—	— 31	— 68	+ 17
Inländische Verkäufe (Deviseneing.)	— 6	30	11	14	77
Inländische Käufe (Devisenausgang)	35	30	42	82	60
Ausländische Aktien	— 25	— 16	— 32	— 50	— 89
Inländische Verkäufe (Deviseneing.)	23	60	43	55	174
Inländische Käufe (Devisenausgang)	48	76	75	105	263
Beteiligungen	+ 70	+131	+239	+ 269	+ 103
Grundstücke	— 16	— 18	— 52	— 66	— 43
Internationale Finanzinstitutionen	— 9	—	— 14	— 69	— 33
Sonstige	+ 80	— 6	— 53	+ 157	+ 108
Saldo des langfristigen Kapitalverkehrs	+1.434	+ 3	—120	+ 202	+1.086

¹⁾ Vorläufige Zahlen

Im *kurzfristigen Kapitalverkehr* entstand wegen größeren Auslandsveranlagungen der Kreditunternehmungen ein Defizit von 50 Mill. S (im Vorjahr betrug der Überschuß 129 Mill. S). Industrie und Wirtschaft nahmen wie schon im 1. Halbjahr netto 417 Mill. S (im Vorjahr — 172 Mill. S) kurzfristige Auslandskredite auf. Hauptschuldner waren Energie (390 Mill. S) und Handel (86 Mill. S)

Vom Zuwachs der österreichischen Währungsreserven im III. Quartal um 3.892 Mill. S flossen nur 1.202 Mill. S an die Notenbank. 2.690 Mill. S behielten die Kreditunternehmungen. Sie erwarben hauptsächlich kurzfristige Forderungen an das Ausland, zum Teil bauten sie auch ihre kurzfristigen Verpflichtungen ab. Es kam zu einer Saldendrehung der gesamten Netto-Auslandsposition (Auslandsaktiva minus Auslandspassiva) der Kreditunternehmungen von — 1.313

Mill. S zu Quartalsbeginn auf + 1.525 Mill. S zu Quartalsende. Ende September hatten die österreichischen Kreditunternehmungen 25 Mrd. S langfristige und 73 Mrd. S kurzfristige Forderungen an das Ausland, denen 12 Mrd. S langfristige und 79 Mrd. S kurzfristige Auslandsverpflichtungen gegenüberstanden.

Im Oktober hielt die Aktivierungstendenz der Zahlungsbilanz an. Das Leistungsbilanzdefizit betrug nur 357 Mill. S (im Vorjahr 1.018 Mill. S). Der Einfuhrüberschuß war um 40% niedriger, der Netto-Ertrag aus Dienstleistungen um 14% höher als im Vorjahr. Da gleichzeitig mehr langfristiges Kapital einströmte (1.062 Mill. S gegen 700 Mill. S), hatte die Zahlungsbilanz einen Überschuß von 331 Mill. S (im Vorjahr — 142 Mill. S). Es wurde zusammen mit 387 Mill. S Devisen, die die Kreditunternehmungen von der Notenbank kauften, kurzfristig im Ausland angelegt.

Weitere Entspannung der Liquidität — hohe Auslandsveranlagung

Der hohe Zahlungsbilanzüberschuß und die geringe heimische „Kreditschöpfung“ bewirkten im III. Quartal eine fühlbare Entspannung der Liquidität. Die Kreditunternehmungen ließen ihre durchschnittlichen Überschußreserven um 176 Mill. S (im Vorjahr um 317 Mill. S) auf 1.189 Mill. S (889 Mill. S) steigen, bauten ihre Notenbankverschuldung um 391 Mill. S

Quellen der Veränderung der Kassenliquidität der Kreditunternehmungen¹⁾

	1963	1964	III. Quartal 1965 Mill S	1966	1967
A Dispositionen im Nicht-Bankensektor					
Auslandsreserven	+3.992	+2.665	+2.201	+1.868	+3.892
Notenumlauf (+Münzen — Kassenbestände des Kreditapparates)	— 81	— 374	— 21	— 913	— 16
Einlagen von Nicht-Banken bei der Notenbank	+ 393	+ 411	— 7	+ 375	— 17
Forderungen der Notenbank gegen den Bundesschatz	—	+ 701	+ 5	+ 46	+ 21
Direkteskonten	— 206	— 21	+ 55	+ 41	+ 32
Eskontierte Wechsel für ERP-Kredite	— 105	— 33	— 72	— 110	— 45
Sonstiges	— 16	— 468	— 173	+ 157	+ 554
B Dispositionen der Notenbank					
Offen-Markt-Papiere und Geldmarkt-Schatzscheine	—	—	— 193	—	— 601
Geldmarkt-Schatzscheine (M-Tranche)	—	—	— 1.000	+ 1.000	—
C Dispositionen der Kreditunternehmungen					
Notenbankverschuldung des Kreditapparates ²⁾	— 43	— 87	— 99	— 352	— 524
Netto-Devisenposition	— 1.478	— 1.691	— 698	— 335	— 2.690
Veränderung der Kassenliquidität	+2.456	+1.103	— 2	+1.777	+ 606

¹⁾ Die Tabelle enthält in der untersten Zeile die Veränderung der liquiden Mittel der Kreditinstitute. In den oberen Zeilen werden die Quellen dieser Veränderung aus der Bilanz der Notenbank und dem Auslandsstatus der Kreditunternehmungen erklärt. — ²⁾ Eskont von Wechseln und Schatzscheinen sowie Lombardierung von Wertpapieren.

Liquide Mittel der Kreditunternehmen

	1963		1964		1965		1966		1967	
	Juni	Sept.	Juni	Sept.	Juni	Sept.	Juni	Sept.	Juni	Sept.
Nationalbankguthaben	5 835	8.204	7 890	9 008	8 913	8 970	8.439	10.649	10 837	11 565
Kassenbestände	1.400	1.487	1.652	1.637	1.912	1.853	2.160	1.727	2.049	1.927
Kassenliquidität	7.235	9.691	9 542	10.645	10 825	10.823	10.599	12 376	12 886	13.492
Minus Notenbankverschuldung	351	308	344	257	393	294	2 803	2 452	2 209	1 684
Plus Netto-Devisenposition ¹⁾	-464	1.014	2.005	3.696	753	1.451	-2.116	-1.781	-3.237	-547
In- und ausländische liquide Mittel (netto)	6 420	10.397	11 203	14 084	11 185	11.980	5.680	8.143	7.440	11 261
Mindestreserven in Form von Notenbankguthaben ²⁾	4 594	4 886	5 804	7 072	8 342	8 946	10 228	10 563	10 040	10 442

¹⁾ Saldo der reservewertigen kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten der österreichischen Kreditinstitute gegenüber dem Ausland. — ²⁾ Monatsdurchschnitte

(857 Mill. S) auf 1.360 Mill. S (2.291 Mill. S) ab und verminderten damit ihre durchschnittliche „geborgte“ Reserve um 567 Mill. S (1.174 Mill. S) auf 171 Mill. S (1.402 Mill. S).

Viel stärker als die inländische Liquidität verbesserte sich die ausländische Liquidität. Den Kreditunternehmen schienen offenbar kurzfristige Anlagen auf internationalen Geldmärkten attraktiver als inländische Geldmarktangebote. Umgekehrt bauten sie vermutlich aus Kostenerwägungen eher Notenbankverpflichtungen als kurzfristige Verpflichtungen an das Ausland ab. Insgesamt erhöhten sich die in- und ausländischen liquiden Mittel der Kreditunternehmen im III. Quartal um 3.821 Mill. S (im Vorjahr um 2.463 Mill. S) auf 11.261 Mill. S (8.143 Mill. S). Sie erreichten damit wieder etwa den Quartalsendstand von 1965, waren aber noch niedriger als 1964, obwohl damals nicht einmal halb so viel liquide Mittel als Mindesteinlagen gebunden waren. Im Oktober stieg die Kassenliquidität um 51 Mill. S. Die hauptsächlich aus dem saisonüblichen Rückgang des Bargeldumlaufes (1.176 Mill. S) und der aktiven Zahlungsbilanz (331 Mill. S) stammenden flüssigen Mittel wurden größtenteils im Ausland angelegt (718 Mill. S) oder zum Abbau der Notenbankverschuldung (392 Mill. S) verwendet.

Der zunehmenden Liquidität entsprechend und um allzu starken Geldexporten vorzubeugen (die Zinssätze auf dem US-amerikanischen und den Euro-Geldmärkten haben seit Quartalsmitte eine steigende Tendenz), erleichterte die Notenbank ihre Refinanzierungshilfe, indem sie den seit April d. J. gültigen Diskontsatz von 4¼% auf 3¾% senkte und die Lombardsätze um jeweils ½ Prozentpunkt auf 4¼% bzw. 4¾% zurücknahm. Weiters reduzierte die Notenbank die ebenfalls seit April geltenden Mindestreservensätze, und zwar im Hinblick auf Kreditunternehmen mit einer Einlagensumme Ende 1966 über 25 Mill. S (unter 25 Mill. S) für Sichteinlagen von 11% (7%) auf 10% (6%) und für Termin- und Spareinlagen mit Bindungsfristen unter 12 Monaten von 9% (7%) auf 8% (5½%) und mit Bindungsfristen

über 12 Monaten von 9% (7%) auf 7% (5%). Die Reservensenkung wurde für Raiffeisenkassen ab September, für Raiffeisenzentalkassen, Sparkassen, Volksbanken und Konsumgenossenschaften ab Oktober und für alle anderen Kreditunternehmen (einschließlich der Postsparkasse) ab November unbefristet wirksam.

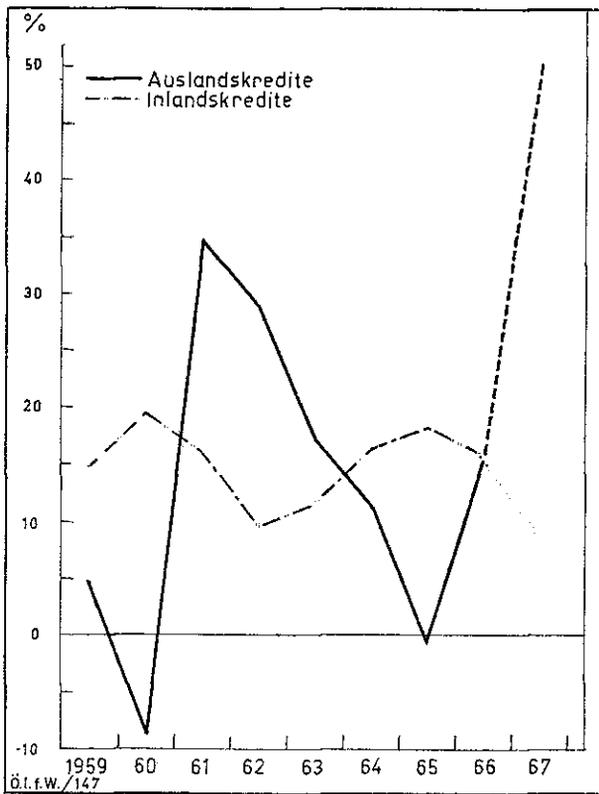
Niedrige Inlandskredite — Hohe Auslandskredite — Verstärkter Fremdmittelzufluss

Die *nichttitrierten Inlandskredite* der Kreditunternehmen wuchsen im III. Quartal per Saldo um 1.338 Mill. S, nicht einmal halb so stark wie im Vorjahr und auch schwächer als in den beiden Jahren vorher. Berücksichtigt man aber die vom Ausland an öffentliche Stellen und die Wirtschaft gewährten Kredite (1.660 Mill. S, gegen 253 Mill. S im Vorjahr), so war die gesamte Kreditnachfrage kaum geringer als im Vorjahr.

Nach den bisherigen Erfahrungen stiegen die Auslandskredite immer dann stark, wenn die Kreditunternehmen nach einer Periode lebhafter heimischer Nachfrage wegen Liquiditätsschwierigkeiten oder aus Risikoerwägungen nicht mehr imstande waren oder zögerten, zusätzliche Kreditansprüche zu befriedigen. Im Jahre 1967 fiel offenbar auch ins Gewicht, daß der Kreditapparat aus verschiedenen Gründen (mangelnder Ausgleich zwischen verschiedenen Sektoren, ungelöste Probleme der Risiken- und Fristentransformation) vor allem größere Projekte nicht finanzieren konnte.

Am stärksten weiteten im III. Quartal die Aktienbanken (417 Mill. S), die Bausparkassen (382 Mill. S) und Hypothekenbanken (341 Mill. S) ihre Kredite aus. Mehr Rückzahlungen als Ausleihungen hatten dagegen die Volksbanken und die Bankiers. Das *Wertpapierportefeuille* der Kreditunternehmen wuchs mit (netto) 44 Mill. S merklich schwächer als in den Vorjahren. Das gleiche gilt für die Schatzscheinbestände, die nur bei den Raiffeisenkassen (360 Mill. S) stärker zunahmen. Insgesamt wurden im III. Quartal

Entwicklung der in- und ausländischen Direktkredite



Nach starken Anspannungen auf dem heimischen Kredit- und Kapitalmarkt werden die Auslandskredite meist kräftig ausgeweitet, vor allem von öffentlichen Stellen, Energie-wirtschaft und verstaatlichter Industrie. Es sind Sektoren, deren Finanzierungsbedarf weniger konjunkturabhängig und langfristig ist, die aber bei Liquiditätsgpässen der Kreditunternehmungen vor allem Schwierigkeiten in einer laufzeitkonformen Finanzierung haben dürften.

1.395 Mill. S veranlagt, obwohl das Aufkommen an längerfristigen Fremdmitteln mit 3.311 Mill. S viel größer war als in den beiden Vorjahren. Auf Spar- und Terminkonten wurde vor allem bei den Sparkassen (717 Mill. S und 299 Mill. S) mehr eingelegt.

Inländische Geldanlagen und Zufluß längerfristiger Mittel (Kreditunternehmungen)

	1963	1964	III. Quartal 1965	1966	1967
	Mill. S				
Kredite	937	2 618	2 395	3 001	1 338
Wertpapiere	84	477	335	256	44
Schatzscheine ¹⁾	-75	-330	136	175	13
Inländische Geldanlagen	946	2 765	2 866	3 432	1 395
Spareinlagen	1 377	2 197	2 262	2 152	2 345
Termineinlagen und Kassenscheine	46	805	10	-81	360
Bei inländischen Nicht-Banken aufgenommene Gelder	34	66	249	91	197
Bankobligationen ²⁾	329	333	423	622	409
Zufluß längerfristiger Mittel	1 786	3 401	2 944	2 784	3 311

¹⁾ Nur inländisch wirksame Transaktionen ohne „Offen-Markt-Schatzscheine“ und „Geldmarkt-Schatzscheine“. — ²⁾ Pfandbriefe, Kommunalobligationen, Kassenobligationen, Namensschuldverschreibungen.

Bankobligationen konnten um 409 Mill. S verkauft werden, um 213 Mill. S weniger als im Vorjahr.

Im Oktober setzten sich die Tendenzen vom III. Quartal fort. Kredite wurden neuerlich weniger gewährt als im Vorjahr (492 Mill. S gegen 1.439 Mill. S). Ihre Zwölfmonatszuwachsrate verringerte sich auf 10,0%. Der Wertpapierbestand nahm per Saldo um 43 Mill. S ab. Nur die Schatzscheinportefolios wuchsen (vor allem bei den Sparkassen) mit 500 Mill. S (ohne Geldmarkt-Schatzscheine) ziemlich kräftig. Auf Sparkonten wurden im Oktober (Weltspartag) 1.675 Mill. S (im Vorjahr nur 1.407 Mill. S) eingelegt.

Quellen der Veränderung des Geldumlaufes

	1963	1964	III. Quartal 1965	1966	1967
	Mill. S				
Auslandstransaktionen	4 154	3 118	2 549	2 109	4 040
Notenbank ¹⁾	2 514	974	1 503	1 533	1 202
Kreditunternehmungen ²⁾	1 640	2 144	1 046	576	2 838
Inländische Geldanlagen des Kreditapparates ³⁾	946	2 765	2 866	3 432	1 395
Abzüglich Geldkapitalzufluß ⁴⁾	1 786	3 401	2 944	2 784	3 311
Sonstiges	-1 411	-520	-527	-1 825	-479
Veränderung des Geldvolumens	1 903	1 962	1 944	932	1 645
davon Barggeld	81	374	21	913	16
Sichteinlagen bei Kreditunternehmungen	2 147	1 996	1 894	365	1 602
Sichteinlagen bei der Notenbank ⁵⁾	-325	-408	29	-346	27

¹⁾ Änderung der Währungsreserven (Netto-Bestände) der Notenbank einschließlich Änderung der Forderung aus der Beteiligung des Bundes am Internationalen Währungsfonds. — ²⁾ Änderung der Netto-Auslandsposition. — ³⁾ Ohne „Offen-Markt-Schatzscheine“ und ohne „Geldmarkt-Schatzscheine“. — ⁴⁾ Zunahme wirkt umlaufshemmend. — ⁵⁾ Ohne Einlagen von Kreditunternehmungen.

Das Geldvolumen stieg dank der hohen Auslandstransaktionen im III. Quartal um 1.645 Mill. S, viel stärker als im Vorjahr, das aber eher eine atypische Entwicklung hatte. Die Umlauferhöhung schlug sich ebenso wie in den Jahren 1963 bis 1965 fast ausschließlich im Giralgeld der Kreditunternehmungen nieder. Im Oktober fiel das Geldvolumen wegen der saisonüblich stärkeren Geldkapitalbildung um 1.384 Mill. S (813 Mill. S).

Hohe Herbstemissionen

Der Rentenmarkt blieb im III. Quartal unverändert. Ebenso wie in den Vorquartalen wurden höher verzinsliche Werte stärker nachgefragt. An der Wiener Börse wurden 122 Mill. S Obligationen umgesetzt, um 36 Mill. S weniger als im Vorjahr.

Die Herbstemissionen begannen im September mit der Stickstoff-Anleihe (200 Mill. S) und schlossen im Dezember mit einer 300-Mill.-S-Anleihe der III-Werke. Der Kapitalmarkt wurde mit rund 26 Mrd. S beansprucht, gegen 17 Mrd. S im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mehr emittierten Bund (300 Mill. S), Ener-

giewirtschaft (250 Mill. S), Städte (150 Mill. S) und Industrie (200 Mill. S). Die Anleihen waren meist mit einer kürzeren Laufzeit ausgestattet als im Vorjahr (Bundesanleihe 12 Jahre, Energieanleihe II 15 Jahre, Stickstoff-Anleihe, Brenner-Autobahn-Anleihe und Wohnbaufonds-Anleihen 10 Jahre). Ein relativ großer Teil der Emissionen wurde von den Kapitalsammelstellen übernommen (Stickstoff 27%, Brenner-Autobahn 67%, Kelag 20%, OKA 20%).

Im Oktober und November belebte sich der Handel mit Rentenwerten, teils weil größere Neuemissionen auf den Markt kamen, teils weil die Abwertung des englischen Pfundes die Spekulation nährte. Im Oktober waren die Börsenumsätze mit 59 Mill. S und im November mit 103 Mill. S viel höher als im Vorjahr (48 Mill. S bzw. 52 Mill. S). Nach der Pfund-Abwertung gaben Ausländer vor allem Euro-Dollar-Anleihen, höherverzinsliche Staatsanleihen und Anleihen der Elektrizitätswirtschaft ab und drückten damit auf die Kurse.

Auf dem *Aktienmarkt* herrschte in den Monaten August und September eine überwiegend freundliche Grundstimmung. Die Börsenumsätze waren besonders im September mit 21 Mill. S viel höher als im Vorjahr (12 Mill. S). Dementsprechend zog der Gesamtindex der Aktienkurse im III. Quartal um 3,8% und der für Industrierwerte um 3,6% an. In den beiden folgenden Monaten hatten die Kurse bei relativ hohen Umsätzen keine einheitliche Tendenz, gaben aber überwiegend nach (Gesamtindex -0,3 und -0,2 Prozentpunkte, Industrierwerte -1,7 und -1,1 Prozentpunkte). Nach der Pfund-Abwertung stieg zunächst die Nachfrage nach Aktien (Flucht in Sachwerte). Später kam es wegen größerer Auslandsabgaben zu einem Angebotsüberhang, der leicht auf die Kurse drückte. Die Pfund-Abwertung dürfte auch für den lebhaften Handel mit Investmentzertifikaten verantwortlich sein. Die Umsätze übertrafen im November mit 3,3 Mill. S den bisherigen Höchstwert um fast das Doppelte (1,6 Mill. S im August).

Preise und Löhne

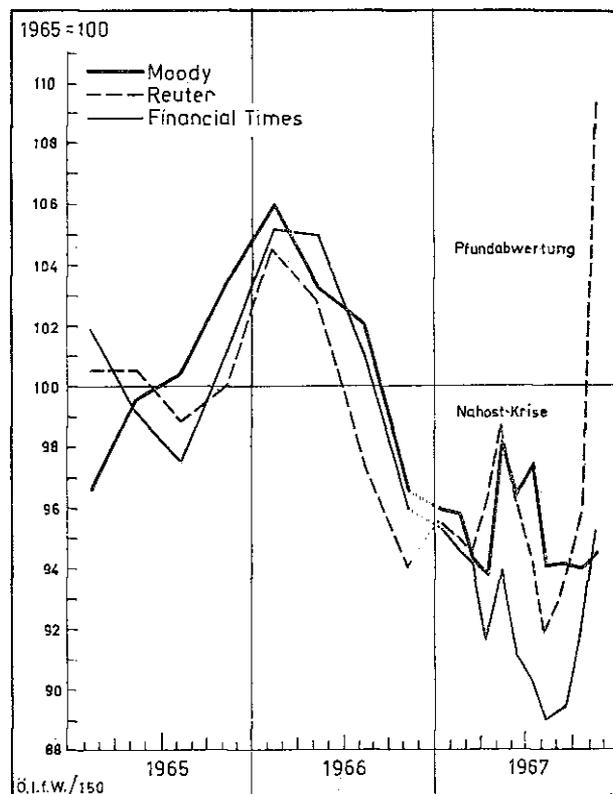
Dazu Statistische Übersichten 2 1 bis 2 7

Rohstoffmärkte im Zeichen der Pfund-Krise

Die Weltmärkte wurden im Herbst durch die Schwäche des englischen Pfundes beeinflusst. Schon vor der Pfund-Abwertung ließen Spekulationskäufe verschiedene Rohwarenpreise steigen. Nach der Abwertung zogen die Londoner Preise allgemein an, da sich wider Erwarten einige Länder des Sterling-Raumes

der britischen Maßnahme nicht anschlossen. Das Ausmaß der Erhöhung richtete sich nach der Lage auf den einzelnen Teilmärkten. Güter mit Angebotsüberschüssen (wie Kautschuk und Wolle) verteuerten sich nicht im vollen Umfang der Abwertung. Ob die erhöhten Preise gehalten werden können, hängt nicht zuletzt davon ab, in welchem Maß die verschärften britischen Restriktionsmaßnahmen die Nachfrage dämpfen werden.

Indizes der Rohstoffpreise



Seit Anfang 1966 sinken die Weltmarktpreise. Infolge der weltweiten Konjunkturabschwächung blieb die Nachfrage nach Rohstoffen immer mehr hinter dem wachsenden Angebot zurück. Die Nahostkrise und die Pfund-Abwertung ließen die Rohstoffpreise nur kurzfristig stark anziehen, konnten jedoch die Preistendenz nicht umkehren, da sich die Marktsituation nicht verändert hat.

Sieht man von der Pfund-Krise und ihren Folgen ab, hat sich die Lage auf den Weltmärkten nicht geändert. Infolge der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den westlichen Industrieländern stand dem wachsenden Rohwarenangebot seit Mitte 1966 eine nur noch schwach expandierende und schließlich stagnierende Nachfrage gegenüber. Diese Marktsituation spiegelt sich in rückläufigen Preisen. Erste Anzeichen einer Belebung der Konjunktur brachten noch keine Umkehr der sinkenden Preistendenz. Während der britische Reuter-Index im November infolge der Pfund-Abwertung um rund 14% stieg und Ende des Monats rund 17% über dem Vorjahres-

stand lag, erhöhte sich der amerikanische Moody-Index nur geringfügig und blieb weiterhin unter dem Vorjahresniveau (—2,2%). Ein ähnliches Bild vermittelt der von der Pfund-Abwertung bereinigte Index des „Economist“: Er zeigt im November für alle Warengruppen Preisrückgänge und war am Monatsende ebenfalls um 2,2% niedriger als 1966 (Metalle und Nahrungsmittel kosteten um 7% und 2% mehr als Ende November 1966, Faserstoffe um 13% weniger).

Preise wichtiger Welthandelsgüter

		Ende Oktober 1967	Ende November 1967 August 1967 in %	gegen Ende November 1966
Nicht-Eisenmetalle				
Kupfer	London	+14,2	+47,1	+25,7
Blei	London	+13,0	+11,9	+13,7
Zinn	London	+12,6	+14,0	+11,7
Zink	London	+16,3	+16,9	+7,7
Faserstoffe				
Baumwolle	London	+37,6	+40,6	+43,5
Wolle	London	+11,2	+11,2	+4,4
Jute	London	+14,7	+14,2	-4,7
Sisal	London	+8,7	+15,0	-6,8
Wolle	New York	-2,5	-3,1	-6,9
Kautschuk	London	+8,1	+8,9	-9,2
Nahrungs- und Genußmittel				
Gerste	Winnipeg	-0,1	-3,5	-7,6
Weizen	New York	-2,7	+1,1	-13,9
Mais	Chicago	-0,3	-5,7	-18,5
Zucker	London	+20,5	+46,9	+67,9
Zucker	New York	-11,4	+30,7	+45,6
Palmoil	New York	-	+7,3	-3,3
Sojabohnen	Chicago	+0,0	-5,6	-12,3
Erdnußöl	New Orleans	+1,1	-3,9	-13,2
Kaffee	London	-	+19,5	+17,1
Kaffee	New York	-2,0	-5,2	-8,3
Kakao	London	+15,8	+17,7	+43,9
Kakao	New York	+0,8	+1,3	+25,8
Rohstoffpreisindizes				
Reuter		+13,9	+18,8	+16,9
Financial Times		+5,1	+7,0	-0,7
Moody		+0,7	+0,5	-2,2
Economist ¹⁾		-1,6	-	-2,2
Metalle		-1,2	-	+6,6
Nahrungsmittel		-1,4	-	+1,9
Faserstoffe		-3,2	-	-12,8

Q: Financial Times, Süddeutsche Zeitung, Economist. — ¹⁾ Vorläufig, von der Pfund-Abwertung bereinigt

Die Rohstoffspekulation konzentrierte sich auf die *Nicht-Eisenmetalle*. Schon vor der Abwertung zogen die Preise kräftig an und nahmen den neuen Wechselkurs vorweg. Ende November notierte Kupfer in London um 26% höher als im Vorjahr. Die Preise für Blei, Zinn und Zink stiegen gleichzeitig um 14%, 13% und 8%. Vermindert man die Preise um den Abwertungssatz, so zeigt nur Kupfer einen echten Preisaufrtrieb. Er geht auf den nun schon seit Juli andauernden Streik in der amerikanischen Kupferindustrie zurück, der statt des erwarteten Produk-

tionsüberschusses für 1967 ein beträchtliches Defizit zur Folge hat. Berücksichtigt man diesen Umstand, hat der Kupferpreis eher mäßig angezogen. Die Normalisierung in den übrigen Produktionsgebieten sowie die vorsorgliche Vorratsbildung verhinderten bisher eine stärkere Hausse.

Unter den *Faserstoffen* hat Baumwolle weiterhin steigende Preise. Der Produktionsrückgang in den USA (in der laufenden Saison dürfte nur halb so viel geerntet werden wie Anfang der sechziger Jahre) führte zu akutem Mangel an den bevorzugten Baumwollqualitäten. Ende November kostete Baumwolle in London um 44% und in New York um 14% mehr als vor einem Jahr. Die Preise der übrigen Faserstoffe hatten sinkende Tendenz. Wolle war nach der Abwertung in London um 4% teurer als 1966, in New York um 7% billiger. Während eine Rekordernie erwartet wird, sank der Wollverbrauch im 1. Halbjahr 1967 um 10% unter das Vorjahresniveau. Der Kautschukpreis zog durch die Intervention der malaysischen Regierung nur vorübergehend an. Trotz Pfund-Abwertung lag er unter dem Niveau von Ende November 1966 (—9%).

Die Preise für *Nahrungs- und Genußmittel* entwickelten sich unterschiedlich. Pflanzenöle und Getreide verbilligten sich unter dem Druck des wachsenden Angebotes. Der Weizenpreis sank unter das Niveau des im neuen Weizenabkommen vorgesehenen Mindestpreises. Infolge der reichlichen Versorgung dürften die Exportpreise weiter gedrückt bleiben. Die hohen Seefrachten (Suezkanalsperre) verhinderten bisher einen Rückgang der Importpreise. Ende November kostete Weizen um 14%, Mais um 18% weniger als 1966. Der Zuckerpreis hat sich nach dem Tiefstand im Vorjahr erholt. Ende November lag er in London um 68% und in New York um 46% über dem Vorjahr. Produktion und Verbrauch halten sich nun annähernd die Waage, doch sind die Vorräte noch sehr groß. Auch der Kakaopreis steigt weiter (London +44%, New York +26%). Die Ernten dürften ungünstig ausfallen und der zweitgrößte Produzent, Nigeria, leidet unter dem Bürgerkrieg. Das Kaffeeüberangebot hingegen wird voraussichtlich weiter zunehmen. Die Preise gaben daher weiter nach (New York —8%, London +17%, November 1967 gegen November 1966).

Das internationale Kaffeeabkommen läuft 1968 aus. Der an seine Stelle tretende Vertrag soll die Exportquoten neu verteilen. Über ein Kakaoabkommen konnte man sich weitgehend einigen. Es soll von einer Konferenz der Vereinten Nationen in Genf beschlossen werden und sieht Höchst- und Mindestpreise, Exportkontingente und die Schaffung eines

Puffervorrates vor. Die Kautschukproduzenten vereinbarten die Einrichtung einer ständigen Organisation und drängen auf den Abschluß eines internationalen Abkommens.

Die westeuropäischen Stahlexportpreise gaben in den letzten Monaten durchwegs nach und lagen im November mit Ausnahme von Beton-Rundstahl und Walzdraht unter dem Vorjahresniveau. Am stärksten fielen die Preise für Bleche, die 8% bis 10% weniger kosteten als 1966 und damit unter den Nachkriegstiefstand sanken. Die Nachfrage hat sich noch nicht entscheidend gebessert.

Westeuropäische Exportpreise für Walzware

	Effektive Exportpreise			Veränderung November 1967 gegen	
	November 1967	September 1967	November 1966	September 1967	November 1966
	in \$			in %	
Knüppel	60 50	61 50	62 00	-1 6	- 2 4
Betonrundstahl	73 50	75 50	71 50	-2 7	+ 2 8
Sonstiger Stabstahl	75 50	77 50	80 50	-2 6	- 6 2
Walzdraht	80 50	81 50	79 50	-1 2	+ 1 3
Formstahl (Träger)	78 00	81 00	79 00	-3 7	- 1 3
Warmbandstahl	84 00	85 50	86 50	-1 8	- 2 9
Warmgewalzte Röhrenstreifen	80 50				
Grobbleche	78 00	85 50	85 00	-8 8	- 8 2
Mittelleche	78 00	85 50	85 00	-8 8	- 8 2
Feinbleche, warmgewalzt	97 00	103 50	106 00	-6 3	- 8 5
Feinbleche kaltgewalzt	98 00	103 50	109 50	-5 3	-10 5

Q: Walzstahlbüro Je Tonne. fob Verschiffungshafen bzw. frei Grenze netto

Preisauftrieb im Inland weiterhin mäßig

Obwohl die Teuerungsraten (gegen das Vorjahr) bis zuletzt hoch blieben, war der Preisauftrieb im Herbst nicht sehr stark. Das Zusammentreffen von Erhöhungen amtlich geregelter Preise mit Verteuerungen von Dienstleistungen ließ wohl im September das Niveau der Verbraucherpreise kräftig steigen. Seither aber hat sich der Preisauftrieb wieder abgeschwächt. Zur Dämpfung trugen auch die Saisonprodukte bei, die nach einer vorübergehenden Verteuerung in den Sommermonaten wieder weniger kosteten als im Vorjahr.

Der Index der Verbraucherpreise erhöhte sich in den letzten drei Monaten (von August bis November) um 0 9% (ohne Saisonwaren um 1 3%). Die meisten Preissteigerungen waren bereits im September: Rundfunkgebühr (Auswirkung auf den Gesamtindex 0 62%), Pkw-Haftpflichtversicherung (0 14%), Autoservice (0 07%), Friseur (0 15%). Die Teuerungsrate gegen das Vorjahr, die sich im September auf 4 2% erhöhte (ohne Saisonwaren auf 4 3%) und im Durchschnitt des III. Quartals 4 1% (3 9%) betrug, sank bis November auf 3 3% (3 7%).

Entwicklung der Verbraucherpreise

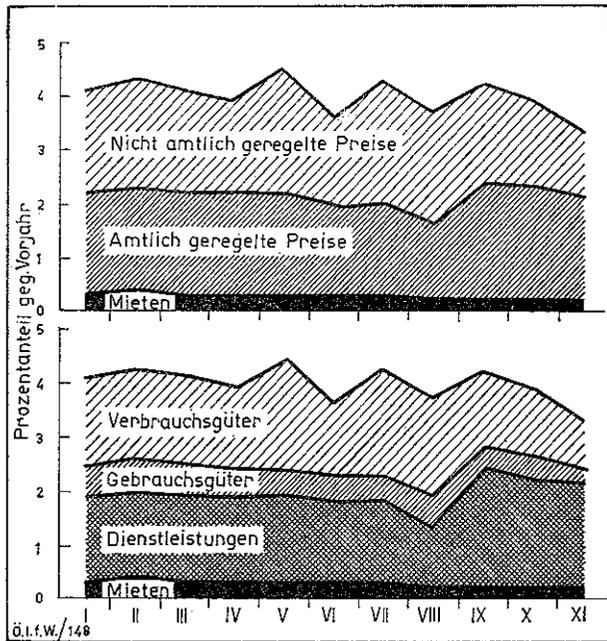
	November 1967 gegen	
	August 1967	November 1966
	Veränderung in %	
Ernährung und Getränke	- 1 1	+ 2 5
Saisonprodukte	-10 2	- 4 0
Ernährung ohne Saisonprodukte	+ 0 2	+ 3 3
Fleisch	+ 0 6	+ 0 2
Tabakwaren	—	—
Wohnung	+ 1 3	+ 5 2
Beleuchtung und Beheizung	+ 1 2	+ 0 4
Körper- und Gesundheitspflege	+ 3 7	+ 6 5
Bekleidung	+ 0 4	+ 1 4
Reinigung von Wohnung, Wäsche u. Bekleidung	+ 0 1	+ 4 5
Hausrat	—	+ 0 9
Bildung, Unterricht, Erholung	+ 7 9	+ 8 3
Verkehr	+ 1 9	+ 5 9
Verbrauchsgüter	- 0 9	+ 2 1
Nahrungsmittel	- 1 4	+ 2 4
Sonstige	+ 0 7	+ 1 0
Gebrauchsgüter	+ 0 2	+ 0 8
Langlebige	—	+ 0 4
Kurzlebige	+ 0 4	+ 1 4
Dienstleistungen	+ 5 1	+ 9 3
Wohnungsaufwand	+ 1 7	+ 4 4
Amtlich preisgeregelter Waren und Leistungen	+ 3 8	+ 9 2
Nicht amtlich preisgeregelter Waren und Leistungen	- 0 1	+ 1 6
Verbraucherpreisindex insgesamt	+ 0 9	+ 3 3
Insgesamt ohne Saisonprodukte	+ 1 3	+ 3 7

Die Saisonprodukte waren im Juli um 12% teurer als 1966; seither verbilligten sie sich gegen das Vorjahr von Monat zu Monat. Im III. Quartal kosteten sie noch um 7 5% mehr als 1966, im Oktober geringfügig und im November um 4% weniger. Kartoffeln blieben viel teurer als im Vorjahr (+37% im III. Quartal, 28% im Oktober und November). Obst, im III. Quartal noch um 15% teurer als 1966, war dank guter Ernten im November um 11% billiger. Die Gemüsepreise blieben wie im Sommer unter dem Vorjahresniveau. Auch Eier kosteten weiterhin etwas weniger als 1966.

Durch die Verbilligung der Saisonwaren sank der Teilindex für Ernährung und Getränke in den letzten drei Monaten (August bis November) um 1 1% und war im November nur noch um 2 5% höher als im Vorjahr. Ohne Saisonwaren stieg der Ernährungsaufwand geringfügig und lag um 3 3% höher als im November 1966. Fleisch verteuerte sich etwas, kostete aber im November etwa gleich viel wie vor einem Jahr. Von den übrigen Teilindizes erhöhte sich von August bis November jener für Bildung, Unterricht und Erholung mit 7 9% am meisten (Rundfunkgebühr), stark stiegen die Indizes für Körper- und Gesundheitspflege (3 7%, Friseur) und Verkehr (1 9%, Pkw-Haftpflichtversicherung, Service), Wohnung (1 3%) sowie Beleuchtung und Beheizung (1 2%). Im Vergleich mit dem Vorjahr ergibt sich ein ähnliches Bild: Seit November 1966 erhöhte sich der

Aufwand für Bildung, Unterricht und Erholung am stärksten (8,3%), dann folgen Körper- und Gesundheitspflege (6,5%), Verkehr (5,9%) und Wohnung (5,2%). Nur die Preise für Beleuchtung und Beheizung, die saisonbedingt anziehen, lagen kaum über dem Vorjahresniveau (+0,4%).

Anteil wichtiger Preisgruppen an der Teuerungsrate



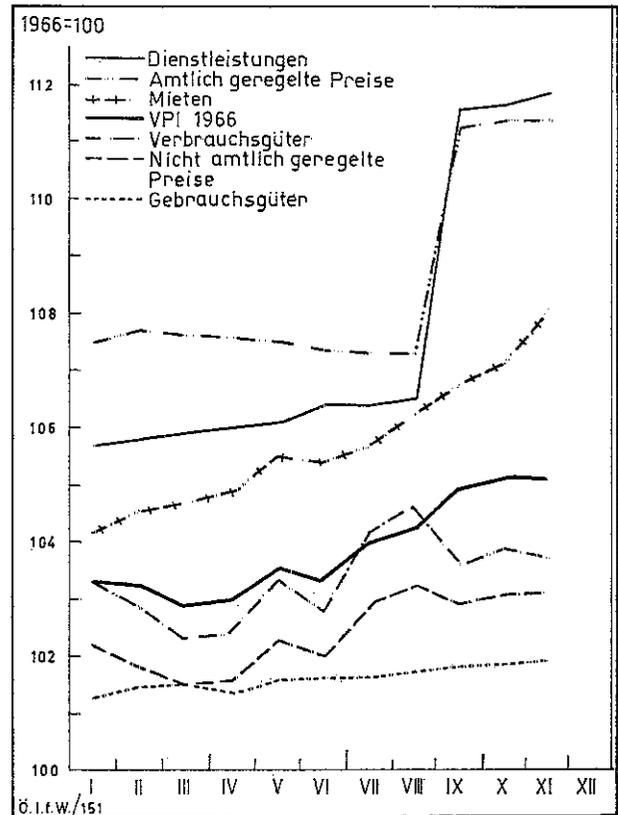
Die amtlich geregelten Preise und die Preise der Dienstleistungen trugen am meisten zur Teuerung bei. Auf sie entfällt jeweils mehr als die Hälfte der Preissteigerungsrate. Wie zu Jahresbeginn erhöhten im November allein die Verteuerungen amtlich preis geregelter Waren und Leistungen den Verbraucherpreisindex um 1,9% (gegen den entsprechenden Vorjahresmonat). Gleichzeitig ging aber die Steigerungsrate des Gesamtindex von 4,2% auf 3,3% zurück.

Am meisten trugen in den einzelnen Preisgruppen die amtlich preis geregelten Waren und Leistungen und die Dienstleistungen zur Preissteigerung bei. Auf sie entfällt jeweils mehr als die Hälfte der Teuerungsrate. So wie zu Jahresbeginn wäre der Gesamtindex auch im November allein auf Grund der Verteuerung von preis geregelten Waren und Leistungen im Vergleich zum Vorjahr um 1,9% gestiegen. Zu Jahresanfang bedeutete dies 46% der Teuerungsrate von 4,1%, im November 58%, der auf 3,3% verringerten Steigerungsrate. Die Dienstleistungen hatten im Jänner das Preisniveau um 1,6% erhöht, im November um 1,9%. Der Beitrag der Verbrauchsgüter verringerte sich von 1,6% auf 0,9%. Gebrauchsgüter und Mieten waren vergleichsweise gering an der Teuerung beteiligt.

Ähnliches gilt für die letzten drei Monate (von August bis November). Während sich die preis geregelten

Waren und Leistungen um 3,8% verteuerten, wurden die übrigen Güter etwas billiger. Im November betragen die Steigerungsrate gegen das Vorjahr 9,2% und bloß 1,6%. Dienstleistungen verteuerten sich seit August um 5,1%, Mieten um 1,7%, Verbrauchsgüter kaum, Verbrauchsgüter wurden billiger. Im Vergleich mit November 1966 lagen Dienstleistungen um 9,3%, Mieten um 4,4%, Verbrauchs- und Gebrauchsgüter hingegen nur um 2,1% und 0,8% höher.

Entwicklung wichtiger Teilindizes des Verbraucherpreisindex



Die Preise der Dienstleistungen und der amtlich preis geregelten Waren und Leistungen sind seit dem Vorjahr dem durchschnittlichen Preisniveau (repräsentiert durch den Verbraucherpreisindex) weit vorausgeeilt. Überdurchschnittlich verteuerten sich auch die Mieten, die kontinuierlich stiegen. Die nichtpreis geregelten Waren sowie die Verbrauchs- und Gebrauchsgüter wurden im Laufe des Jahres nur wenig teurer.

Im IV. Quartal 1967 wird die Jahressteigerungsrate des Verbraucherpreisindex dank der günstigen Entwicklung der Saisonwarenpreise voraussichtlich auf 3,5% sinken (ohne Saisonwaren etwa 3,8%). Im Jahresdurchschnitt 1967 ergäbe sich damit eine Teuerung um 4% (4,2%). Anfang nächsten Jahres dürfte der Abstand des Index zum Vorjahr auf fast 2% zurückgehen. Gegen die Jahresmitte wird er sich voraussichtlich wieder vergrößern, da mit der Überwälzung der Umsatz- und Ausgleichsteuererhöhung

(Steigerung des Preisniveaus um etwa 1 1/2%) und von Lohnsteigerungen zu rechnen ist. Unter der Annahme, daß die Preise für Saisonprodukte, die zwei Jahre zurückgingen, im nächsten Jahr anziehen werden, ist 1968 eine nicht viel geringere Preissteigerungsrate als 1967 zu erwarten.

Entwicklung der Großhandelspreise

	November 1967 gegen	
	August 1967	November 1966
	Veränderung in %	
Agrarerzeugnisse, Lebens- und Genußmittel	-3,0	+5,2
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+0,7	-0,9
Fertigwaren	+0,4	+1,4
Insgesamt	-0,7	+1,9
Insgesamt ohne Saisonprodukte	+0,8	+2,0

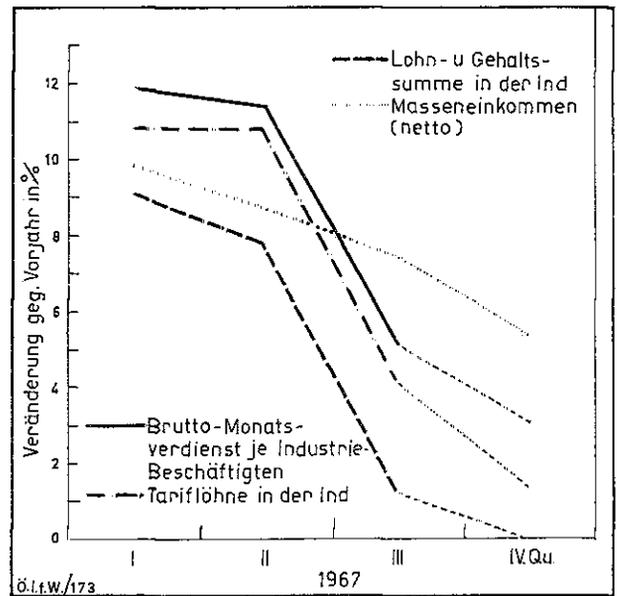
Die Verbilligung der Saisonwaren ließ den *Großhandelspreisindex* seit August ständig zurückgehen. Sein Abstand zum Vorjahr verringerte sich von 3,4% auf 1,9% im November. Ohne Saisonwaren hingegen erhöhten sich die Großhandelspreise in den letzten Monaten (+0,8% August bis November), nachdem sie im 1. Halbjahr ständig rückläufig waren. Agrarerzeugnisse, Lebens- und Genußmittel verbilligten sich seit Sommer beträchtlich, waren aber im November noch um 5,2% teurer als 1966 (gegen 9,7% im August). Die Preise für Rohstoffe, Halberzeugnisse und Fertigwaren hatten in letzter Zeit wieder steigende Tendenz. Rohstoffe und Halberzeugnisse kosteten im November um 0,9% weniger als im Vorjahr (gegen -1,7% im III. Quartal), Fertigwaren waren um 1,4% teurer (+1,9%).

Löhne nur noch wenig höher als im Vorjahr. Beginn der neuen Lohnrunde

Der Lohnauftrieb ließ im III. Quartal merklich nach. Die Steigerungsraten der Tariflöhne gegen das Vorjahr sanken seit Sommer ständig, da der Schwerpunkt der letzten Lohnrunde im III. Quartal 1966 lag, heuer aber nur wenige Tariflöhne erhöht wurden. Auch der Auftrieb der Verdienste verringerte sich deutlich. Das läßt sich nur teilweise aus der Entwicklung der Mindestlöhne erklären, zu einem guten Teil dürfte es eine Folge der Konjunkturabschwächung sein.

Im III. Quartal beschränkten sich die Erhöhungen der *Kollektivvertragslöhne* auf einige kleinere Gruppen (Arbeiter im Friseurgewerbe, Kosmetikgewerbe, Kürschnergewerbe und im papierverarbeitenden Gewerbe). Dadurch erhöhte sich das Niveau der Tariflöhne (gewogener Durchschnitt aus Gewerbe, Industrie und Handel) gegen das Vorquartal um 0,4%, ihr Abstand vom Vorjahr hingegen verringerte sich auf +6,2% (im II. Quartal betrug er noch +10,9%) und

Starker Rückgang der Lohnsteigerungsraten



Der Lohnauftrieb hat im Laufe des Jahres 1967 deutlich nachgelassen. Die Steigerungsraten der Tariflöhne im Vergleich zum Vorjahr gingen nach Auslaufen der letzten Lohnrunde stark zurück. Auch die Wachstumsraten der Verdienste verringerten sich merklich. Sie stehen außerdem unter dem Druck der Konjunkturflaute. Die Lohnsumme in der Industrie sank infolge des Beschäftigungsrückganges auf das Vorjahresniveau. Auch die Masseneinkommen stiegen trotz der gleichmäßig wachsenden Transfereinkommen nicht mehr so kräftig wie zu Jahresbeginn.

sank bis Oktober weiter auf +4,2%. Noch relativ groß war im Oktober die Lohnsteigerungsrate im Gewerbe mit +6,3% (im III. Quartal +8,1%), in der Industrie jedoch waren die Mindestlöhne nur noch um 1,6% höher als 1966 (4,2% im III. Quartal).

Tariflohnindex 66

	1966			1967		
	II. Quartal	III. Quartal	Oktober ¹⁾	II. Quartal	III. Quartal	Oktober ¹⁾
	Ø 1966=100			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Gewerbearbeiter	108,2	109,5	110,0	+11,3	+8,1	+5,8
Gewerbeangestellte	109,3	109,4	109,4	+11,9	+9,4	+9,4
Industriearbeiter	106,9	107,0	107,0	+10,7	+4,5	+1,6
Industrieangestellte	106,4	106,4	106,4	+11,2	+2,5	+1,4
Handelsarbeiter	109,5	109,5	109,5	+9,5	+9,5	+9,5
Handelsangestellte	109,0	109,0	109,0	+9,0	+9,0	+9,0

¹⁾ Vorläufige Werte

Inzwischen hat die neue Lohnrunde begonnen und einen großen Teil der Arbeitnehmer erfaßt. Die Arbeiter in der Süßwarenindustrie sowie in der Obst- und Gemüseverwertungsindustrie erreichten ab 1. Dezember eine Erhöhung ihrer Kollektivvertragslöhne um 7,3% (der niedrigste Stundenlohn für Frauen wurde auf 12,10 S erhöht). Die Arbeitnehmer in der

Zuckerindustrie erhalten ab 1. Jänner 1968 um 7% (mit Umstufungen etwa 8%) höhere Mindestlöhne. Die Speditionsbediensteten konnten eine Erhöhung der Tariflöhne um 10% und der Ist-Löhne um 6% durchsetzen (ab 1. Jänner). Ebenfalls für 1. Jänner 1968 vereinbarten die Handelsangestellten (5½%) sowie die Handelsarbeiter (5½%, Frauen 7%) Lohn-erhöhungen, wobei die Paritätische Kommission die Freigabe von der Bedingung abhängig machte, daß der Kollektivvertrag für 16 Monate abgeschlossen wird. Die Eisen- und Metallarbeiter werden ab 1. Februar um 7% höhere Kollektivvertragslöhne erhalten (die Ist-Löhne steigen in der Industrie um 5%, im Gewerbe um 4½%). Die Paritätische Kommission hat Fühlungen zugestimmt über Lohnforderungen der Arbeiter in der erdölverarbeitenden Industrie, der chemischen Industrie, der Textilindustrie, der Papierindustrie, der Holzverarbeitenden Industrie, der Glasindustrie, der Wäsche-, Mieder- und Krawattenindustrie, der Arbeiter im Bau- und Baunebengewerbe (mit der Bedingung, daß die Erhöhungen nicht vor März 1968 erfolgen) sowie über Gehaltsforderungen der Bankangestellten und eines Großteils der Angestellten in Industrie und Gewerbe.

Im IV. Quartal 1967 werden die Tariflöhne voraussichtlich um knapp 4% höher sein als im Vorjahr (in der Industrie nur um rund 1½%). Im Jahresdurchschnitt dürfte sich damit eine Mindestlohn-erhöhung von 7,8% ergeben (in der Industrie etwa 6,8%). Aus dem bisherigen Verlauf der Lohnrunde ist zu schließen, daß wegen der schwachen Konjunkturlage die Lohnerhöhungen geringer bleiben als in der letzten Lohnwelle. Die Tariflöhne dürften daher im Jahresdurchschnitt 1968 weniger steigen als heuer.

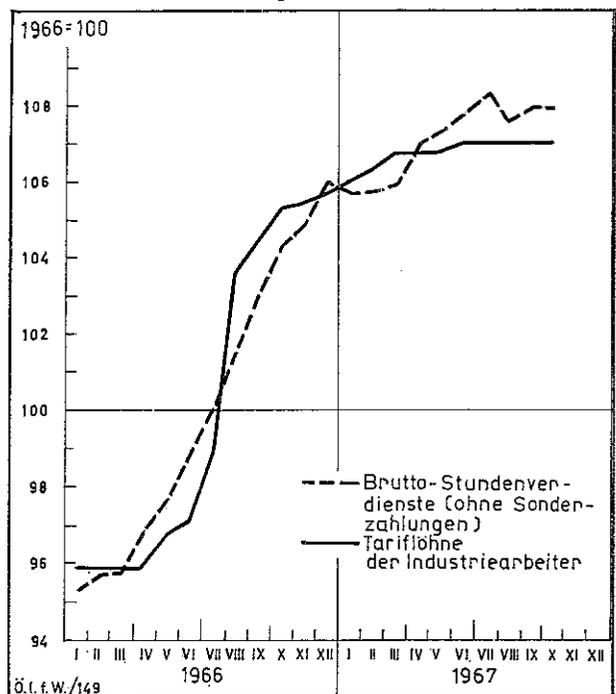
Löhne, Gehälter, Masseneinkommen

	1967				Ø I./III. Qu.
	I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Private Lohn- u Gehaltssumme	+ 83	+ 79	+ 53	+ 71	
Öffentliche Lohn- u. Gehaltssumme	+182	+110	+114	+134	
Leistungseinkommen, brutto	+105	+ 86	+ 66	+ 85	
Leistungseinkommen je Beschäftigten	+121	+103	+ 76	+ 99	
Transfereinkommen brutto	+104	+106	+ 99	+103	
Abzüge, insgesamt	+152	+120	+ 70	+111	
Masseneinkommen, netto	+ 98	+ 87	+ 74	+ 86	
Brutto-Monatsverdienst je Industriebeschäftigten	+119	+114	+ 52	+ 93	
Brutto-Wochenverdienst je Arbeiter in Wien	+ 86	+ 74	+ 48	+ 69	
Brutto-Stundenverdienst je Arbeiter in Wien	+ 87	+ 79	+ 49	+ 71	

Die *Effektivverdienste* reagierten im 2. Halbjahr deutlich auf die Konjunkturabschwächung. Die Löhne und Gehälter in der Privatwirtschaft waren im III. Quartal nur noch um 5,3% höher als im Vorjahr

(gegen 7,9% im Vorquartal). Da die Lohn- und Gehaltssumme im öffentlichen Dienst weiterhin stark wuchs (+11,4% gegen das Vorjahr), übertrafen die gesamten Leistungseinkommen (brutto) den Vorjahresstand im III. Quartal um 6,6% (8,6% im Vorquartal). Infolge des weiteren Rückganges der Beschäftigung stiegen die Pro-Kopf-Einkommen etwas stärker (+7,6%), aber merklich schwächer als im II. Quartal (+10,3%). Die Transfereinkommen erhöhten sich im III. Quartal etwa gleich stark wie im 1. Halbjahr (+9,9%). Die Steigerungsrate der Abzüge hingegen ging stark zurück (+7,0% gegen +12% im Vorquartal). Daraus ergibt sich im III. Quartal für die Masseneinkommen (netto) ein Zuwachs von 7,4%, womit sich der rückläufige Trend des 1. Halbjahres fortsetzte (+9,8%, +8,7%).

Abschwächung des Lohnauftriebes



Die Tariflöhne der Industriearbeiter stiegen nach Ende der Lohnrunde im Frühjahr nur noch wenig. Die Brutto-Stundenverdienste (ohne Sonderzahlungen) entwickeln sich ziemlich parallel mit den Kollektivvertragslöhnen. Daraus läßt sich einerseits die enge Abhängigkeit der Verdienste von den Mindestlöhnen ersehen. Andererseits kann aus dem Kurvenverlauf geschlossen werden, daß infolge der Konjunkturabschwächung die Lohndrift sehr gering ist.

In der Industrie war diese Entwicklung stärker ausgeprägt als in der Gesamtwirtschaft. Der Abstand der Monatsverdienste (brutto, je Beschäftigten) zum Vorjahr sank von +11,4% im II. Quartal auf +5,2% im III. Quartal (Arbeiter +5,6%, Angestellte +2,6%). Da die Zahl der Beschäftigten im III. Quartal wieder merklich unter dem Vorjahresstand lag (-3,7%), war die Lohn- und Gehaltssumme in der Industrie nur noch um 1,3% höher als 1966. Erstmals

erhöhten sich die Verdienste ohne Sonderzahlungen stärker (+5,7%) als die Monatsverdienste insgesamt (+5,2%). Im Vorjahr waren die Gesamtverdienste noch um rund 2% mehr gestiegen als die Grundlöhne, im 1. Halbjahr 1967 noch um etwa 1%. Diese Umkehr deutet darauf hin, daß unter dem Druck der Konjunkturflaute die Sonderzahlungen nicht mehr im gleichen Maß ausgeweitet werden wie bisher. Die Konjunkturabschwächung spiegelt sich auch darin, daß im Gegensatz zum 1. Halbjahr im III. Quartal die Stundenverdienste der Industriearbeiter stärker stiegen (+6,2%) als die Pro-Kopf-Verdienste (+5,6%). Die Zahl der Arbeitsstunden nahm somit noch mehr ab als die Zahl der Arbeiter. In Wien erhöhten sich die Wochenverdienste der Arbeiter schon seit Jahresbeginn schwächer als die Stundenverdienste. Sie waren im III. Quartal um 4,8% höher als 1966 (im II. Quartal 7,4%), die Stundenverdienste stiegen um 4,9% (7,9%). Ohne Baugewerbe war der Lohnauftrieb noch geringer: Wochenverdienste 3,2% (II. Quartal 6,6%), Stundenverdienste 3,8% (6,3%). Im Oktober waren die Monatsverdienste in der Industrie um 5,1% höher als 1966. Die Wiener Arbeiterverdienste (pro Stunde) lagen um 4,0% über dem Vorjahresniveau (ohne Baugewerbe um 2,6%).

Im letzten Jahresviertel dürfte der Lohnauftrieb noch weiter abgenommen haben. Die Löhne und Gehälter werden voraussichtlich um 4,3% höher sein als 1966. Für den Jahresdurchschnitt ergibt sich damit eine Steigerungsrate von 7,3% (gegen 10,1% im Vorjahr). Bei einer Teuerungsrate von etwa 4% wird die Reallohnerhöhung etwa 3% ausmachen (pro Kopf dürfte die Steigerung infolge des Beschäftigungsrückganges um etwa 1% größer sein), gegen 7% im Jahre 1966. Da sich gleichzeitig das reale Wachstum des Brutto-Nationalproduktes um mehr als die Hälfte verringerte (von 4,3% auf 2,0%), dürften die Löhne und Gehälter auch heuer stärker steigen als das Brutto-Nationalprodukt (wenn auch nicht mehr in dem Maße wie im Vorjahr) und die Lohnquote weiter zunehmen. Im nächsten Jahr wird mit einer geringeren Steigerung der Löhne und Gehälter gerechnet.

Landwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3.1 bis 3.8

Mehr Körnerfrüchte und Wein, weniger Hackfrüchte und Heu als 1966

Die Landwirtschaft brachte eine in Menge und Qualität ausgezeichnete Getreideernte ein; sie lag nach jüngsten Angaben mit 2,9 Mill. t um 10% über der

Rekordernte des Vorjahres. Die Weinernte, deren Ergebnis zuletzt auf 2 Mill. bis 2,5 Mill. hl geschätzt wurde, war die zweitgrößte, die je in Österreich erzielt wurde. Die Erträge an Raps (+11%), Marillen (+19%), Äpfeln (+9%) und Birnen (+3%) waren höher als 1966. Niedrigere Ernten¹⁾ — die Angaben sind vorläufige — lieferten die übrigen Obstarten sowie Kartoffeln (—5%), Zuckerrüben (—13%), Futterrüben (—4%) und das Grünland (—3%). Der Rohrertrag des Pflanzenbaues ist einer ersten überschlägigen Schätzung zufolge gegen 1966 um ungefähr 6% gestiegen.

Die *Anbaustruktur* hat sich im einzelnen zum Teil merklich verschoben. Die Flächen für Weizen (+1%) und Gerste (+1%) wurden dem Trend folgend etwas ausgeweitet, jene für Roggen (—4%), Hafer (—2%), Kartoffeln (—3%) und Futterrüben (—1%) eingeschränkt. Auf Kosten von Zuckerrüben, deren Anbau infolge geringerer Lieferkontingente um 4.500 ha (10%) zurückging, wurde mehr Körnermais (+9%) angebaut. Im ganzen jedoch blieb das Anbauverhältnis zwischen Getreide, Hackfrüchten und Futterpflanzen fast unverändert.

Weizen (+15%), Roggen (+8%), Gerste (+8%), Hafer (+5%) und Raps (+8%) erbrachten höhere, Körnermais (—3%), Heu (—3%), Zuckerrüben (—4%) und Futterrüben (—5%) niedrigere *Hektarerträge* als 1966. Am stärksten drückte die Trockenheit im Juli und August den Flächenertrag von Kartoffeln (—8%).

Die *Brotgetreidebilanz* 1967/68 weist einen Nettoüberschuß von 283.000 t Normalweizen aus; er soll denaturiert und an Stelle von Mais verfüttert werden. Der Versorgungsplan des Getreideausgleichsfonds geht von einer inländischen Marktleistung von 732.000 t Weizen (davon 160.000 t Qualitätsweizen) und 190.000 t Roggen aus. Der Bedarf der Handlungsmühlen wurde mit 490.000 t Weizen (davon 110.000 t Qualitäts- und 35.000 t Hartweizen) und 225.000 t Roggen angenommen. Werden die Überschüsse aus dem Wirtschaftsjahr 1966/67 berücksichtigt, dann ergibt sich ein Einfuhrbedarf von nur 15.000 t Hartweizen und 24.000 t Roggen. Eine Reserve von 50.000 t Qualitätsweizen soll gelagert und im Wirtschaftsjahr 1968/69 vermahlen werden. Anfang Oktober hatten Mühlen, Genossenschaften und Handelsfirmen 740.000 t Weizen und 130.000 t Roggen auf Lager, 27% und 6% mehr als ein Jahr vorher.

Von Juli bis Oktober brachte die Landwirtschaft 850.000 t Brotgetreide auf den Markt, um 17% mehr als im gleichen Zeitraum 1966 (Weizen +21%, Rog-

¹⁾ Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes.

gen +2%) und um 2% mehr als im ganzen Wirtschaftsjahr 1966/67. Da 1967/68 die Hälfte des gelieferten Normalweizens zu Verlustpreisen verfüttert oder exportiert werden muß, hat man erste Schritte unternommen, die Erzeugung allmählich mit der Struktur und den Veränderungen der Nachfrage abzustimmen. Der Preis als Mengenregulator soll in der Weise wirksam werden, daß die Produzenten zur Verwertung der Überschüsse Beiträge von 7 Groschen je kg Normalweizen bzw. 3 Groschen je kg Qualitätsweizen abführen. Gleichzeitig wurde die Relation Weizenpreis zu Futtergetreidepreis durch Erhöhung der Preise für Futtergerste und Futterweizen um 10 Groschen je kg verengt. Die Senkung des Weizenpreises und die Erhöhung der Futtergetreidepreise sollen die Produktion von Weizen zu Gerste und Körnermais umschichten. Der Preis für Roggen dagegen wird um 5 Groschen je kg erhöht, um den ständigen Rückgang der Produktion zu bremsen.

Die Zuckerkampagne begann Mitte Oktober. Es werden 2 Mill. t Rüben verarbeitet, gegen 231 Mill. t im Vorjahr. Obschon heuer der Zuckergehalt und die Ausbeute infolge der Regenfälle im September niedriger sind, wird die produzierte Zuckermenge den heimischen Bedarf 1968 decken.

Teilabbau der Düngerpreisstützung, geringerer Einsatz an Futtermitteln und neuen Maschinen

Da man aus der Ernte 1966 fast 180.000 t inländisches Brotgetreide denaturiert und verfüttert hat, war die Einfuhr von Futtermitteln sehr niedrig. Im I. Quartal 1967 wurde um 65%, im II. und III. Quartal um 29% und 12% weniger Futtergetreide importiert als im Vorjahr. Einschließlich Eiweißfutter lagen die Importe von Jänner bis September mit 467.000 t Getreideeinheiten um 32% tiefer. Die landwirtschaftlichen Betriebe kauften laut Getreideausgleichsfonds 481.000 t Importgetreide, denaturierten Mahlweizen und Mahlroggen sowie inländisches Futtergetreide aus Überschußgebieten, 19% weniger als im Vorjahr. Die Vorräte des Handels waren Anfang Oktober mit 70.600 t Getreideeinheiten (einschließlich Kleie, Futtermehl und Ölkuchen) um 11% niedriger.

Der Importplan 1967/68 des Getreideausgleichsfonds veranschlagt lediglich Einfuhren von 28.000 t Futtermais, 95.000 t Futtergerste und 25.000 t Hirse. Der Bedarf an Mais wurde auf insgesamt 400.000 t geschätzt. Er soll zu mehr als 70% durch denaturierten inländischen Mahlweizen ersetzt werden. Außerdem erwartet man Maisimporte aus den Einfuhrzusagen vom letzten Wirtschaftsjahr. Der Einfuhrplan wird nur dann voll eingehalten werden können, wenn die

Futtermittelleinfuhr

	1966		1967	
	Ø	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Futtergetreide ¹⁾	-15,9	-65,2	-28,7	-11,9
Ölkuchen	+9,2	+13,9	+15,7	-0,6
Fisch- und Fleischmehl ²⁾	-4,5	+2,9	+37,0	+26,6
Insgesamt ³⁾	-11,6	-53,0	-16,9	-4,2

¹⁾ Mit Futterweizen, Kleie und Futtermehl — ²⁾ Mit Grießen, Blutmehl und sonstigen tierischen Abfällen — ³⁾ In Getreideeinheiten

Bauern genügend Weizen an Stelle von Mais verfüttern.

Der Absatz von Handelsdünger, der im 1. Halbjahr um 4% niedriger war als im Vorjahr, ist im III. Quartal sprunghaft (um 37%) gestiegen. Der Nachfrageboom wurde durch Nachrichten über bevorstehende Kürzungen der Subventionen und über Verteuerungen der Düngemittel ausgelöst. Die am 1. November neu festgesetzten Preise sind für Kalisalz um 9%, Patentkali um 15%, Superphosphat um 21%, Thomasmehl um 29% und Hyperphosphat um 45% höher als bisher. Wie sich die Verteuerung auf die Bestellungen im November und Dezember ausgewirkt hat und wie sie sich künftig auswirken wird, kann erst später festgestellt werden. Die volle Reaktion der Nachfrage auf die Preisänderung wird frühestens anlässlich der Frühjahrssaat 1968 sichtbar werden. Mit einem zumindest vorübergehenden Rückgang des Düngerverbrauches ist zu rechnen. Damit würden auch die Produktionssteigerungen im Pflanzenbau schwächer werden.

Absatz von Mineraldünger¹⁾

	Jänner bis September				Veränderung gegen 1966 %
	Menge ²⁾		Wert ³⁾		
	1966	1967	1966	1967	
	1 000 t		Mill. S		
Stickstoff	69,4	75,5	467,8	508,9	+8,8
Phosphorsäure	94,3	92,3	357,9	350,3	-2,1
Kali	110,3	117,2	242,7	257,8	+6,2
Kalk	38,7	42,3	11,6	12,7	+9,5
Insgesamt			1.080,0	1.129,7	+4,6

¹⁾ Institutsberechnung nach Angaben der Österreichischen Düngerberatungsstelle — ²⁾ Reinnährstoffe. — ³⁾ Preise 1965/66.

Das Volumen der maschinellen Brutto-Investitionen der Landwirtschaft blieb im III. Quartal um 14% (von Jänner bis September um 7%) unter dem Niveau des Vorjahres. In Traktoren wurde um 8% (11%), in Landmaschinen um 16% (5%) weniger investiert. Von der rückläufigen Nachfrage waren ausländische Erzeugnisse stärker betroffen als inländische: Ausländische Traktoren wurden im III. Quartal um 12%, inländische um 5%, ausländische Landmaschinen um 19%, inländische um 15% weniger angeschafft als im gleichen Quartal 1966. Die Marktanteile der hei-

Brutto-Investitionen in Traktoren und Landmaschinen¹⁾

	1966	1967	Veränderung gegen 1966	
	Mill. S zu laufenden Preisen		nominell %	real
I. Quartal	953,3	897,2	- 5,9	-10,5
II	1 125,2	1 179,7	+ 4,8	+ 0,8
III	816,6	731,4	-10,4	-13,6
I. bis III. Quartal	2 895,1	2 808,3	- 3,0	- 7,0

¹⁾ Institutsberechnung (vorläufige Angaben für 1967).

mischen Erzeugnisse stiegen von 53% auf 54% (Traktoren) und von 60% auf 61% (Landmaschinen).

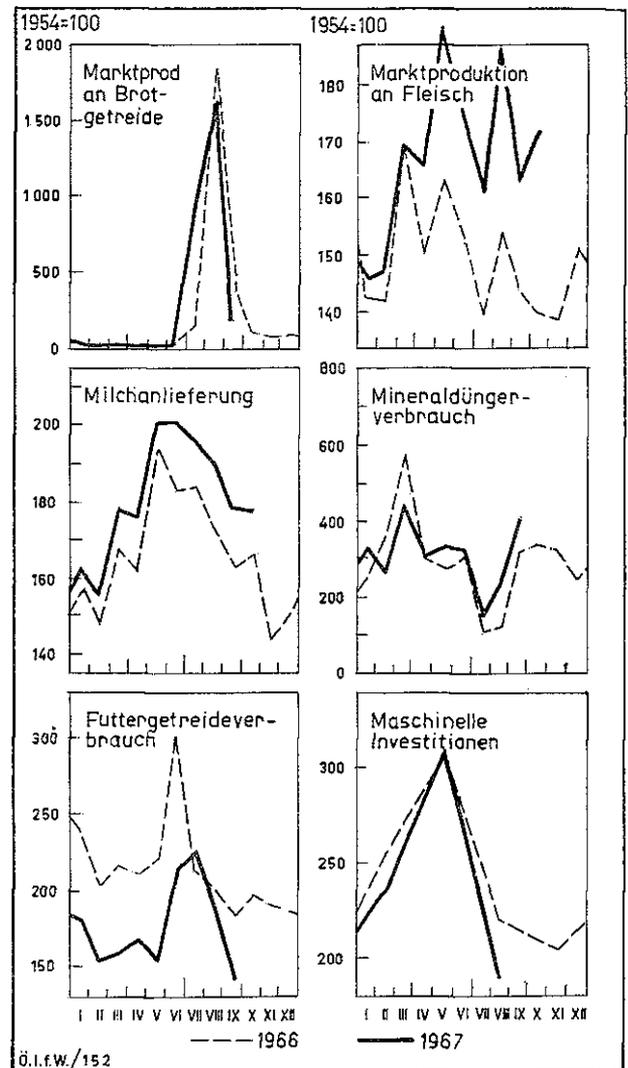
Die *Investitionsausgaben* für Traktoren und Landmaschinen beliefen sich von Jänner bis September auf 281 Mrd. S und unterschritten den entsprechenden Vorjahreswert um 3%. Die Traktorenpreise waren im III. Quartal durchschnittlich um 3%, die Landmaschinenpreise um 4% höher. Daß die Landwirtschaft trotz steigender Produktion und höheren Verkaufserlösen weniger in Maschinen investiert, läßt auf eine gewisse Sättigung des Bedarfes schließen. Die Ersatzinvestitionen in der Landwirtschaft sind derzeit noch verhältnismäßig gering.

Starke Expansion der Rinderausfuhr, höhere Beiträge der Landwirtschaft zur Verwertung der Milchüberschüsse

Die Produktion aus der Tierhaltung ist 1967 überdurchschnittlich gewachsen. Schaltet man die Saisonbewegung aus, dann war die Marktproduktion an Milch und Fleisch im III. Quartal um je 12% höher als im IV. Quartal 1966. Die Veränderungsdaten für Fleisch waren im einzelnen sehr verschieden: Die Produktion von Schweinefleisch (+22%) stieg um mehr als zwei Drittel stärker als die von Rindfleisch (+13%); Kalbfleisch wurde sogar weniger auf den Markt gebracht (-1%). In der zweiten Jahreshälfte hat sich der Produktionsaufschwung verlangsamt. Die Milchlieferung stieg vom II. auf das III. Quartal um 2%, die Fleischlieferung um 3% (Schweinefleisch +5%, Rindfleisch +1%, Kalbfleisch -1%). Die überdurchschnittlichen Verkäufe von Rindern wurden der Zahl nach teilweise durch verstärkte Kälberaufzucht, die von Schweinen durch intensive Ferkelaufzucht ausgeglichen. Die allgemeine Viehzählung vom 3. Dezember wird voraussichtlich einen um ungefähr 1% niedrigeren Rinderbestand, aber einen um 4% bis 5% höheren Schweinebestand ausweisen als ein Jahr vorher.

Die *Marktproduktion an Fleisch* stieg nach vorläufigen Berechnungen in den ersten zehn Monaten um 12% auf 315.200 t (Schweine-, Rind- und Kalbfleisch). Der Vergleich mit den Vorjahresdaten ergibt einen Zuwachs von 2% für das I. Quartal, von 14% für das

Marktproduktion und Produktionsmitteleinsatz



Die Landwirtschaft brachte von Jänner bis Oktober 15% Brotgetreide, 12% Schweine-, Rind- und Kalbfleisch sowie 7% Milch mehr auf den Markt als im Vorjahr. Handelsdünger wurden von Jänner bis September real um 5% mehr eingesetzt, neue Traktoren und Landmaschinen dagegen um 7% und Zukauf-Futtermittel um 19% weniger

II. Quartal und von 18% für den Zeitraum Juli bis Oktober. Besonders kräftig (von -3% auf +10% und +21%) wuchs das Angebot an Schweinefleisch. Die Veränderungsdaten für Rindfleisch waren mit +20% im II. Quartal, jene für Kalbfleisch mit +9% von Juli bis Oktober am höchsten.

Insgesamt gab es von Jänner bis September 8% Schweinefleisch, 15% Rindfleisch und 5% Kalbfleisch mehr. 22.200 t Fleisch (Schlachtvieh in Fleisch umgerechnet), fast doppelt so viel wie im Vorjahr, wurden exportiert, 13.500 t, 54% weniger, wurden importiert. Der heimische Markt nahm 306.500 t

Schweine-, Rind- und Kalbfleisch (einschließlich Einlagerungen) auf, 2 4% mehr als ein Jahr vorher.

Marktproduktion, Aus- und Einfuhr von Fleisch¹⁾

Marktproduktion	1966		1967	
	Ø	I. Qu.	II. Qu.	Juli/Okt.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Schweinefleisch	-13 9	- 3 0	+ 10 5	+21 3
Rindfleisch	+ 9 5	+ 9 3	+ 19 7	+15 5
Kalbfleisch	- 7 8	+ 4 8	+ 4 9	+ 8 9
Insgesamt	- 5 3	+ 2 1	+ 13 9	+18 2
Ausfuhr ²⁾	-33 7	+61 8	+107 2	+91 2
Einfuhr ²⁾	+74 2	+45 5	- 73 2	-77 9
Absatz im Inland	+ 1 1	+ 2 3	+ 1 9	+ 2 8

¹⁾ Institutsberechnung nach amtlichen Angaben über Schlachtungen und Schlachtgewichte — ²⁾ Schlachttiere lebend (Fleischäquivalent) plus Schweine-, Rind- und Kalbfleisch, ohne Speck und Innereien

Der *Fleischverbrauch* ist kräftiger gewachsen als im Vorjahr, vermutlich weil die Preise im Durchschnitt nicht gestiegen sind. Im 1. Halbjahr wurde um 2%, von Juli bis Oktober um 3% mehr Fleisch konsumiert. 1966 hatte die durchschnittliche Steigerungsrate 1% betragen. Der Schweinefleischverbrauch, der 1966 um 1% und 3% zurückgegangen war, lag heuer um knapp 1% und 2% höher. Der Verbrauch von Rind- und Kalbfleisch hatte mit +4% im 1. Halbjahr eine fast gleich hohe und von Juli bis Oktober eine etwas geringere Zuwachsrate als 1966.

Veränderungen im Fleischverbrauch¹⁾

	1. Halbjahr		Juli/Oktober	
	1966	1967	1966	1967
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Schweinefleisch	-0 9	+0 9	-2 6	+1 7
Rind- und Kalbfleisch	+4 1	+3 9	+6 3	+4 5
Insgesamt	+1 0	+2 1	+0 9	+2 8

¹⁾ Institutsberechnung einschließlich Einlagerung, ohne Auslagerung

Der *Außenhandel mit Vieh und Fleisch* erreichte vom I. bis III. Quartal einen Ausfuhrüberschuß von 541 Mill. S; im gleichen Zeitraum 1966 hatte es einen Einfuhrüberschuß von 39 Mill. S gegeben. Der Rinderexport von Jänner bis Oktober nahm von 53.600 Stück auf 100.600 Stück zu, der Schweineimport von 220.200 Stück auf 96.300 Stück ab. Ausfuhrsteigerung und Importrückgang verhinderten einen stärkeren Druck auf die österreichischen Vieh- und Fleischpreise. Seit Mitte November allerdings hebt Italien neben einem 16%igen Zoll wieder so hohe Ausgleichsbeträge ein, daß die österreichische Schlachtrinderausfuhr unterbunden ist. Durch Interventionskäufe und Fleischeinlagerungen hofft man, den Markt eine begrenzte Zeit stabilisieren zu können.

Die *Milchproduktion* wuchs laut Statistischem Zentralamt in den ersten drei Quartalen um 2% auf 2 48 Mill. t, die Milchlieferung an Molkereien und

Direktverbraucher laut Milchwirtschaftsfonds um 7% auf 1 61 Mill. t. Im Oktober kam um 8% mehr Milch auf den Markt als im gleichen Monat des Vorjahres.

Butter wurde heuer im Inland um 2% (ohne Rücklieferung an die Milchproduzenten), Schlagobers um 5% und Sauerrahm um 1% mehr verbraucht. Die Molkereien setzten im I. und II. Quartal um 5% und 4% weniger Trinkmilch ab als 1966 — im Jänner 1967 hatte man den Verbraucherpreis für Trinkmilch um 29% erhöht —, von Juli bis Oktober aber um 1% mehr. Es wurden insgesamt 35.600 t Butter (+8%), 31.800 t Käse (+8%), 24.400 t Vollmilchpulver (+37%), 32.200 t Magermilchpulver (+33%), 6.900 t Kondensmilch (+20%) und 1.100 t Kasein (+7%) erzeugt. Der Export von 4.300 t Butter war um 46%, der Export von 12.100 t Käse um 17% und der Export von 21.300 t Vollmilchpulver um 41% höher. Ende September waren in den westeuropäischen Ländern 356.000 t Butter auf Lager, gegen 300.000 t ein Jahr zuvor.

Produktion, Aus- und Einfuhr von Milch, Butter und Käse

	1966		1967	
	Ø	I. Qu.	II. Qu.	Juli/Okt.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Produktion von Milch	+ 0 2	+ 0 4	+ 1 2	+ 3 3 ¹⁾
Lieferung von Milch	+ 2 4	+ 5 3	+ 7 2	+ 8 4
Marktproduktion von Butter	+ 2 1	+ 12 2	+13 1	+ 3 0
Marktproduktion von Käse	+ 3 1	+ 6 3	+ 7 5	+10 2
Ausfuhr von Butter	-35 5	+162 9	+32 1	+ 3 0
Ausfuhr von Käse	+ 8 2	+ 3 8	+40 2	+18 0
Einfuhr von Käse	+ 8 1	+ 34 0	+19 1	-21 6

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt und Milchwirtschaftsfonds — ¹⁾ Juli/September

Die Marktproduktion an Milch übersteigt den heimischen Bedarf um ein Drittel. Da der Überschuß zu Verlustpreisen exportiert werden muß und ein weiterer Abbau der Subventionslast notwendig war, wurde folgendes beschlossen: Der von den Produzenten zu entrichtende Beitrag zur Milchabsatzförderung (früher Krisengroschen) wird von 2 auf 5 Groschen je Liter erhöht. Er könnte eine Verlagerung der Produktion von Milch zu Rind- und Kalbfleisch begünstigen. Würden die Abzüge vom staatlich garantierten Erzeugerpreis nicht starr festgesetzt, sondern den Absatzchancen angepaßt, wäre die Landwirtschaft am Marktrisiko unmittelbar beteiligt. Die niedrigeren oder höheren Beiträge würden produktionslenkend wirken. Weitere Maßnahmen der Budgetentlastung, die gleichzeitig die Schwierigkeiten der Milchwirtschaft mildern sollen, sind die Streichung der *Preisstützung für Magermilchpulver* (Ersparnis 40 Mill. S) sowie Rationalisierungs- und

Sparmaßnahmen durch *Konzentration der Milchverarbeitung*¹⁾ (angestrebte Ersparnis 110 Mill. S)

Der höhere Preis für Milchpulver und der niedrigere Nettoerlös für Liefermilch könnten die *Kälbermast mit Vollmilch* anregen und den in letzter Zeit stark gestiegenen Verbrauch von Milchersatzmitteln in der Kälbermast senken. Außerdem hat das Landwirtschaftsministerium den Export von Mastkälbern mit einem Mindestgewicht von 110 kg (für die Bundesländer Tirol und Vorarlberg mit einem Mindestgewicht von 100 kg oder einem Durchschnittsgewicht von 70 bis 80 kg) freigegeben, um die Fleischproduktion zu verstärken. Werden Kälber bis zu einem Gewicht von 150 kg mit Vollmilch gemästet, gewährt das Landwirtschaftsministerium Prämien von 800 S je Stück.

Die erwünschten Umschichtungseffekte werden 1968 noch nicht sichtbar werden. Da die Landwirtschaft 1967 mehr Milch geliefert hat, als im Herbst 1966 anlässlich der Budgeterstellung angenommen wurde, und da die Marktleistung weiter steigen wird, dürften 1968 um ungefähr 300 Mill. S mehr *Stützungsmittel* notwendig sein, als 1967 präliminiert waren. Damit wird der Subventionsabbau für Milch vom Jänner 1967, der heuer 600 Mill. S Budgetmittel einsparen sollte und die Konsumenten mit höheren Verbraucherpreisen für Trinkmilch und Butter belastet hat, zur Hälfte aufgezehrt.

Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3.9 bis 3.12

Hoher Schadholtzanfall belastet den Markt — Einschlag im III. Quartal 2'30 Mill. fm (+ 5%)

Die Lage auf dem europäischen Holzmarkt hat sich nicht gebessert. Nach Meldungen der ECE werden die katastrophalen Windwürfe in den mitteleuropäischen Wäldern (insgesamt 29 Mill. fm) überraschend zügig aufgearbeitet. Große Mengen an Schadholtz belasten den Markt und ließen die Preise von Rohholz um 15% bis 30% sinken. Der Absatz von Schnittholz stagniert, die Lager der Sägen sind

¹⁾ Heute arbeiten nur Trinkmilch- und Butterbetriebe mit einer Tageskapazität von 50.000 Liter Milch aufwärts rationell. Tatsächlich haben aber von den österreichischen Molkereibetrieben 52% eine durchschnittliche Verarbeitung von weniger als 27.000 Liter Milch und 36% von weniger als 20.000 Liter täglich. Von den Schnitt- und Weichkäsefabriken sind mehr als die Hälfte, von den Hartkäsebetrieben drei Viertel zu klein. (Vgl. R. Bleier und W. Schwendinger, „Über die Struktur der Molkereiwirtschaft in Österreich“, Die österreichische Milchwirtschaft, Jg 1967, Heft 17, S 293 ff.)

stark gestiegen. Eine Normalisierung des Marktes wird erst für die 2. Hälfte 1968 erwartet. Die heimische Holzwirtschaft ist stark exportorientiert und von dieser Entwicklung hart betroffen.

Im III. Quartal wurden 2'30 Mill. fm *Derbholz*²⁾ geschlagen, 5% mehr als im Vorjahr. Der Gesamteinschlag von Jänner bis September war mit 6'90 Mill. fm um 7% höher. 2'51 Mill. fm oder 36% (1966: 17%) entfielen auf *Schadholtz* (+126% gegen 1966). Damit dürfte der Schadholtzanfall vom vergangenen Winter weitgehend aufgearbeitet sein.

Den einzelnen Besitzkategorien ist es sehr unterschiedlich gelungen, das Katastrophenholz im normalen Einschlagplan unterzubringen. Der Staatswald hatte mit 49% seines Einschlages den höchsten Schadholtzanfall, der jedoch durch Einsparungen im Normaleinschlag ausgeglichen wurde. Im privaten Großwald, mit einem Anteil von 41% Schadholtz, stieg die Gesamtnutzung um 9%. Im Bauernwald fiel am wenigsten Katastrophenholz an (25%), trotzdem wurde der Einschlag um 9% erhöht. In den Bundesländern Burgenland (+28%), Vorarlberg (+21%), Tirol (+17%), Oberösterreich (+15%), Niederösterreich (+10%) und Steiermark (+4%) wurde mehr Holz geschlagen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, in Kärnten etwa gleich viel, in Wien (—30%) und Salzburg (—7%) weniger.

Nimmt man an, daß im IV. Quartal nur um 50.000 fm mehr Holz genutzt wird als im Vorjahr, dann wäre der Jahreseinschlag 1967 mit 10'5 Mill. fm um 5% höher als 1966. Wegen der hohen Schadholtzmengen, die den Markt belasten, und des damit zusammenhängenden Preisverfalls haben die Forstausschüsse der Landwirtschaftskammern den Waldbesitzern beim Holzeinschlag 1967/68 erneut äußerste Zurückhaltung empfohlen. Die Holzexporteure halten es für unbedingt notwendig, zumindest den Überhang von 200.000 fm Sägerundholz aus dem laufenden Jahr im Normaleinschlag 1968 einzusparen. Nur so könne im kommenden Jahr ein Zusammenbruch des Holzmarktes vermieden werden³⁾.

Vom Gesamteinschlag Jänner bis September kamen 5'73 Mill. fm auf den *Markt* (+7% gegen 1966), 1'18 Mill. fm (+11%) waren für den *Eigenbedarf* der Waldbesitzer (einschließlich Servitute) bestimmt. Nutzholz wurden 5'07 Mill. fm verkauft, 74% davon in Form von Stammholz und Derbstangen, 21% als Schleifholz (1966 71% und 24%). Stammholz und

²⁾ Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft.

³⁾ Siehe „Holz-Kurier“, 22. Jg., Nr. 47, vom 23. November 1967: „Es geht um die Einsparung von 200.000 fm.“

Derbstangen (+14%), Maste (+8%), Schwellen (+5%) und Zeugholz (+4%) wurden mehr angeboten als im Vorjahr, Grubenholz (-6%) und Schleifholz (-5%) weniger.

Holzeinschlag

	1966					1967		
	I Qu.	II Qu.	III Qu.	I./III Qu.	III Qu.	I./III Qu.	I./III Qu.	
	Veränderungen gegen das Vorjahr in %							
Für den Markt	-3,3	+1,0	+12,6	+6,1	+6,7	1 988,5	5 727,8	
Eigenbedarf ...	-4,9	+13,9	+16,3	+0,1	+10,6	312,4	1.175,1	
Insgesamt	-3,6	+3,7	+13,1	+5,2	+7,4	2 300,9	6 902,9	

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Die Papier- und Plattenindustrie kaufte im III. Quartal 384.000 fm inländisches *Schleifholz*, um 2% mehr, 134.000 fm wurden eingeführt, etwa gleich viel wie im Vorjahr. Von Jänner bis September waren es insgesamt 1 39 Mill. fm (-1%), 1'05 Mill. fm kamen aus dem Inland (-5%), 0,34 Mill. fm (+12%) wurden importiert. Zwischen der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern und der Vereinigung österreichischer Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappindustrieller wurde Anfang Oktober ein neues „Forst-Papier-Abkommen“ vereinbart. Unter Beachtung auf die Versorgung der heimischen Industrie soll der Rohholzexport künftig flexibler gestaltet werden.

Die Forstwirtschaft benötigte für den Einschlag und den Holztransport insgesamt 34 800 *Arbeitskräfte*, davon 12.700 ständig und 22.100 zeitweilig. 1966 waren es 34.300 (14.800 und 19.500). Zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit unter den Forstarbeitern hat das Sozialministerium für die Wintermonate 1967/68 erneut Mittel für die produktive Arbeitslosenfürsorge bereitgestellt. 1966/67 wurden insgesamt 47 Mill. S Zuschüsse gewährt und damit 2.346 Forstarbeiter gefördert.

Trotz Belegung der Inlandsnachfrage schwächerer Gesamtabsatz von Schnittholz — Lager weiter gestiegen

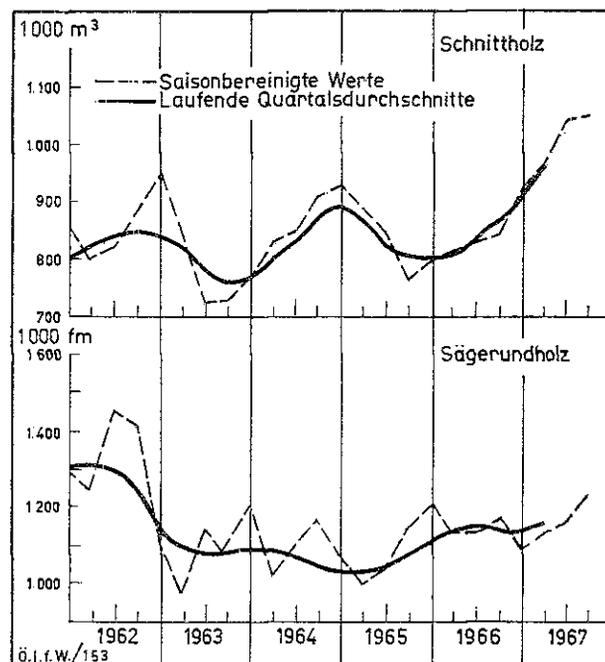
Die verstärkte Bautätigkeit belebte zwar die Inlandsnachfrage, konnte aber die Lage auf dem Holzmarkt im III. Quartal nicht bessern. Einbußen im Export und wachsendes Angebot an Rundholz ließen die überhöhten Lager weiter steigen, die Produktion von Schnittholz wurde leicht gedrosselt, und die Preise gaben erneut nach.

Die *Schnittholzproduktion*¹⁾ war im III. Quartal mit 1'19 Mill. m³ um 2% geringer als im Vorjahr. Von

¹⁾ Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates

Jänner bis September wurden 3 70 Mill. m³ erzeugt, um 1% weniger. Der Absatz war ebenfalls rückläufig. Im III. Quartal wurden insgesamt 1 25 Mill. m³ verkauft (-1%), von Jänner bis September 3 63 Mill. m³, um 100.000 m³ oder 3% weniger. Die Inlandsnachfrage war im III. Quartal zwar merklich höher (+6%), die Exporte sanken jedoch um 5% (Jänner bis September: Inland 1 58 Mill. m³, +3%, Export 2 05 Mill. m³, -6%). Vom gesamten Schnittholz, das im Berichtszeitraum zur Verfügung stand (Anfanglager + Produktion + Import), wurden 44% ausgeführt, 34% im Inland verkauft und 22% blieben auf Lager (1966: 45%, 36%, 18%). Die *Lager an Rund- und Schnittholz* haben weiterhin steigende Tendenz. Ende September waren zwar die Bestände an Rundholz um 13% und die Vorräte an Schnittholz um 3% geringer als Ende Juni. Langjährige Erfahrungen zufolge war jedoch ein Abbau um 18% und 4% zu erwarten. Im Vergleich zum Vorjahr hatten die Sägen Ende September mit 1 07 Mill. fm um 54.000 fm oder 5% mehr Rundholz auf Lager (Werk- und Waldlager). Die Vorräte an Schnittholz betragen 1 03 Mill. m³ (+205.000 m³ oder 25%). Es ist damit zu rechnen, daß die Lager auch im IV. Quartal leicht zunehmen. Der starke Aufbau der Lager wurde vor allem durch den hohen Anfall an Schadholz verursacht, er drückt die Marktlage sehr und wird auch die Entwicklung im Jahre 1968 beeinflussen.

Die Lagerbewegung



Der hohe Holzeinschlag als Folge von Windwürfen und die schlechte Absatzlage ließen die Lager weiter steigen. Ende September lagen 5% mehr Rundholz und 25% mehr Schnittholz auf Lager als im Vorjahr.

Verschnitt, Absatz und Vorräte an Holz

	1966		1967		
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I/III. Qu.	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Verschnitt von Sägerundholz	+ 7,4	+ 0,2	0,0	- 1,3	- 0,4
Produktion vom Schnittholz	+ 7,8	- 0,1	- 0,5	- 1,6	- 0,7
Schnittholzabsatz Inland ¹⁾	+ 10,5	+ 5,8	- 2,6	+ 5,5	+ 2,8
Schnittholzexport ²⁾	- 2,8	- 9,9	- 4,6	- 5,4	- 6,4
Schnittholzabsatz insgesamt ²⁾	+ 2,4	- 3,3	- 3,8	- 0,8	- 2,6
Schnittholzlager ³⁾	+ 16,4	+ 18,9	+ 25,1	+ 24,8	
Rundholzlager ³⁾	- 10,7	+ 0,3	+ 2,3	+ 5,3	

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Bundesholzwirtschaftsrat. —
¹⁾ Anfangslager — Endlager + Produktion + Import — Export. — ²⁾ Nadel- und Laubschnittholz, bezimmerles Bauholz, Kisten und Steigen — ³⁾ Stand Ende des Jahres bzw. Quartals — ⁴⁾ Werk- und Waldlager der Sägeindustrie

Preise für Rohholz weiter fallend — auch Schnittholzpreise rückläufig

Die Holzpreise sind weiter gesunken. Der oberösterreichische Landesholzwirtschaftsrat meldet für das III. Quartal Erlöse von 442 S je fm Sägerundholz und 283 S je fm Schleifholz frei autofahrbare Straße. Das bedeutet gegen 1966 einen Rückgang um 103 S je fm (19%) und 37 S je fm (11%). Im Vergleich zum Vorquartal sind die Preise um etwa 7% (Sägerundholz) und 2% (Schleifholz) gefallen. (Die steirischen Rohholzpreise im III. Quartal können wegen Umstellungen in der Preisnotierung ab Juli 1967 mit den früheren Werten nicht verglichen werden.) Mit einiger Verzögerung haben seit Jahresmitte auch die Schnittholzpreise fallende Tendenz. In Oberösterreich notierte Schnittholz im III. Quartal um 5%, in der Steiermark um 4% niedriger als im Vorjahr. Im Export gaben die Schnittholzpreise um 2% nach.

Die Exporterlöse der heimischen Forstwirtschaft und der Holzverarbeitenden Industrie waren im III. Quartal mit 1 59 Mrd. S knapp gleich hoch wie im Vorjahr. Von Jänner bis September wurden 472 Mrd. S Erlöst, um 1% weniger. Holz, Holzwaren und Möbel wurden um 6% weniger, Papierzeug, Papier und Papierwaren um 5% mehr ausgeführt.

Das Volumen der Holzausfuhr (berechnet auf Rohholzbasis) war im III. Quartal mit 1 16 Mill. fm um

**Volumen der Holzausfuhr
(Rohholzbasis)**

	1967				III Qu	Jänn / Okt.
	I. Qu.	II Qu	III Qu	Jänn / Okt.		
	Veränderung gegen Vorjahr in %				1 000 fm	
Schnittholz ¹⁾	- 9,7	- 4,9	- 5,5	- 5,9	1 058,8	3 548,6
Rundholz ²⁾	+ 35,6	+ 4,7	+ 19,6	+ 16,8	72,6	221,8
Brennholz und SpreiBelholz ²⁾	0,0	+ 14,5	- 0,8	+ 3,8	24,2	73,1
Summe	- 7,8	- 4,2	- 4,2	- 4,6	1 155,6	3 843,5

Q: Bundesholzwirtschaftsrat — ¹⁾ Nadelschnittholz Kisten, Steigen, Schwellen (Umrechnungsfaktor auf Rohholz 1,54), Laubschnittholz (1,43), Bauholz (1,11) — ²⁾ Grubenholz, Telegraphenstangen, Masten, Nadel- und Laubrundholz, Waldstangen, Rammpfähle. — ³⁾ Umrechnungsfaktor: Brennholz 0,7, SpreiBelholz 0,5.

4% niedriger als im Vorjahr. In den ersten zehn Monaten wurden 384 Mill. fm im Ausland abgesetzt (—5%). Die Exporte von Schnittholz nahmen jeweils um 6% ab. Rundholz wurde um 20% (III. Quartal) und 17% (Jänner/Oktober) mehr ausgeführt

Export von Nadelschnittholz im III. Quartal um 5% geringer — starke Verlagerung auf den italienischen Markt

Seit 1964 hat sich das Wirtschaftswachstum in Westeuropa merklich verlangsamt. Die Bauwirtschaft stagnierte und damit auch der Verbrauch von Schnittholz. Die Importnachfrage war sogar leicht rückläufig (Lagerabbau). Durch verheerende Windwürfe in den mitteleuropäischen Wäldern wurde der flauere Holzmarkt heuer zusätzlich schwer belastet. Selbst traditionelle Zuschußländer, wie z. B. die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland, versuchen, zum Teil mit staatlicher Unterstützung, die hohen Schadholzmengen im Export unterzubringen.

In den Nachbarländern Italien und Westdeutschland war auch im III. Quartal die wirtschaftliche Lage sehr unterschiedlich. In Italien dauert der Aufschwung an, die Bauwirtschaft floriert und der Schnittholzbedarf steigt. Von Jänner bis August hat Italien um 7% mehr Schnittholz importiert als im Vorjahr. Die Einfuhren aus Österreich stiegen sogar um 15% (44% der gesamten Einfuhren, gegen 41% 1966). Die Bundesrepublik Deutschland hat infolge der gedämpften Wirtschaftslage in den ersten drei Quartalen um 26% weniger Nadelschnittholz eingeführt als 1966. Davon wurden die österreichischen Exporte besonders getroffen (—47%).

Österreichs Export an Nadelschnittholz ist weiterhin rückläufig. Im III. Quartal wurden 659.000 m³ ausgeführt, 5% weniger als im Vorjahr, von Jänner bis Oktober 2 20 Mill. m³, um 135 000 m³ oder 6% weniger. Starke Einbußen im Export nach den westeuropäischen Ländern konnten durch Mehrlieferungen nach Italien nicht voll ausgeglichen werden. In die Bundesrepublik Deutschland wurde nur halb so viel geliefert wie im Vorjahr (—291.000 m³). Auch die Exporte nach Belgien (—42%), Frankreich (—35%), Holland (—33%), Griechenland (—9%) und in die Schweiz (—3%) nahmen zum Teil stark ab. Nach Italien wurde um 187.000 m³ mehr Schnittholz verkauft als 1966. Da sich die Lage auf den Exportmärkten im November und Dezember kaum geändert hat, wird der Gesamtexport 1967 voraussichtlich mit rund 2 6 Mill. m³ um etwa 5% unter dem Vorjahreswert liegen.

Das Holzkomitee der ECE nahm in seiner Oktobertagung an, daß die europäischen Importe an Nadel-

schnittholz 1967 etwa gleich hoch sein werden wie im Vorjahr. Für 1968 wird eine leichte Zunahme des Einfuhrbedarfes (+2%) erwartet. Diese Prognose wurde jedoch noch vor der Pfundabwertung erstellt. In der Bundesrepublik Deutschland wird im kommenden Jahr mit keinem weiteren Rückgang der Einfuhren gerechnet; die italienischen Importe dürften nur noch schwach steigen. Für Österreich sagt die ECE 1968 eine Steigerung der Ausfuhr von Nadelschnittholz um 3% voraus.

Für das kommende Jahr sieht das Finanzministerium die seit langem geforderte *Ausfuhrvergütung* für Laub- und Nadelschnittholz vor Schnittholz soll in die Gruppe 2 (Vergütung 255%) eingereiht werden. Gleichzeitig sollen die Importe von Laubschnittholz aus der Freiliste I gestrichen werden, d. h. der Ausgleichsteuer unterliegen. Die Einfuhr von Nadelschnittholz war schon bisher ausgleichsteuerpflichtig.

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.6

Energienachfrage auf Vorjahresniveau

Die *Energiebezüge* der österreichischen Wirtschaft lagen im III. Quartal um 0,7% unter dem eher mäßigen Bedarf des Vorjahres. In den ersten beiden Quartalen hatte der Verbrauch noch um 1,3% und 1,7% zugenommen. Von Jänner bis September wuchs die Energienachfrage heuer nur um 0,7%, gegen 3% im Vorjahr und 5% im Jahr 1965. Die Kohlenbestände bei den heimischen Gruben und den kalorischen Kraftwerken haben in den Sommermonaten weiter zugenommen. Der Lagerzugang war etwa gleich stark wie im Vorjahr.

Im III. Quartal gingen vor allem die Bezüge von Erdgas zurück. Die heimische Förderung blieb weit unter der hohen Produktion des Vorjahres; den Verbrauchern stand um 11% weniger Erdgas zur Verfügung. Der Kohlenverbrauch war auch im Sommer rückläufig. Nach den starken Absatzeinbußen im II. Quartal blieb die Nachfrage im III. Quartal wieder um 7% unter dem Vorjahr. Elektrische Energie aus Wasserkraft stand nur um 2% mehr zur Verfügung. Die Erzeugungsmöglichkeit der hydraulischen Kraftwerke war zwar um 10% höher als im langjährigen Mittel, 1966 war aber die Wasserführung noch besser. Nur der Verbrauch von Mineralölprodukten nahm mit 6% wieder beachtlich zu.

Besonders mäßig war der Energieverbrauch der Industrie. Der stagnierende bzw. zum Teil rückläufige

Auftragsbestand in einigen energieintensiven Branchen (Eisenerzeugung, Gießereien, Baustoffindustrie) dämpfte die gesamte Energienachfrage der Industrie. Die kalorischen Kraftwerke nahmen nur die vertraglich vereinbarten Kohlenmengen ab, die infolge Revisionen der Verträge zum Teil weit unter den Vorjahresbezügen lagen. Der ungewöhnlich heiße Sommer bewog die Haushalte, Kohle erst im September, später als üblich, einzulagern.

Seit Oktober hat die kalorische Stromerzeugung kräftig zugenommen, weil das Wasserdargebot nach langer Zeit unterdurchschnittlich war. In der Folge konnten auch die Lagerbestände etwas abgebaut werden.

Energieversorgung der österreichischen Wirtschaft

	I bis III Quartal 1967		Veränderung %	III. Quartal 1966		Veränderung %
	1 000 t (SKE)	1967		1966	1967	
Kohle	5 139 5	4 665 8	- 9 2	1 820 1	1 695 0	- 6 9
Wasserkraft ¹⁾	3 843 6	4 141 6	+ 7 8	1 421 6	1 146 4	+ 1 7
	4 324 1	4 659 3		1 599 3	1 627 2	
Erdölprodukte	5 493 2	5 819 6	+ 5 9	1 820 1	1 936 0	+ 6 4
Erdgas	1 567 8	1 532 4	- 2 3	486 3	431 7	-11 2
insgesamt	16 044 1	16 159 4	+ 0 7	5 548 1	5 509 1	- 0 7
	16 524 5	16 677 2		5 725 8	5 689 9	

¹⁾ Neuer Umrechnungsschlüssel für 1 kWh Wasserkraft = 0,40 kg Steinkohleneinheiten (SKE) *Kursivzahlen* mit bisherigem Umrechnungsschlüssel = 0,45 kg für 1 kWh.

Nahostkrise behinderte Mineralölimporte

Das *inländische Rohenergieaufkommen* lag im III. Quartal per Saldo um 1% unter dem Vorjahr. Im Gegensatz zur Kohlen- und Erdgasförderung, die um je 9% niedriger waren, wurde das heimische Erdölangebot um 14% ausgeweitet. Die österreichische Erdölindustrie hat bei Ausbruch der Nahostkrise ihre Fördertätigkeit sofort intensiviert, um Behinderungen des Rohölimportes vorzubeugen. Österreich bezieht zwar seine Importe überwiegend aus Ostblockstaaten und nicht aus dem Nahen Osten, erhielt aber doch beispielsweise aus der Bundesrepublik Deutschland und aus Jugoslawien weniger Rohöl.

Die heimische Kohlenförderung lag im III. Quartal um 114.000 t unter dem Vorjahr. Neben den Grubenschließungen im Frühjahr wirkte sich im Juli der Wassereinbruch im Lavanttaler Kohlenbergbau aus. Mitte September wurde der letzte Steinkohlenbergbau, Ober-Höflein, stillgelegt. Am 1. November brach in der Grube Wolkersdorf — sie ist bergmännisch eine der schwierigsten Gruben — ein Brand aus, der die Förderung sehr beeinträchtigte und den weiteren Bestand der Lavanttaler Kohlenbergbaugesellschaft in Frage stellt.

Die hydraulische Stromerzeugung sank im August und September unter das Vorjahresniveau, weil die Wasserführung, obschon überdurchschnittlich, nicht so günstig war wie 1966 und der Kapazitätszugang bisher relativ gering war.

Das heimische Energieaufkommen entsprach 77% (1966: 78%) des gesamten Verbrauches. Die Deckungsquote erhöhte sich bei Mineralöl von 48% auf 52%. 18% der Energie aus inländischen Vorkommen ging in Form von Stromexporten ins Ausland. Weil im Vorjahr die Stromexporte höher waren (20%), standen heuer trotz niedrigerem Inlandsaufkommen per Saldo gleich große Mengen heimischer Energie zur Verfügung.

Inländisches Rohenergieaufkommen

	I bis III. Quartal 1966		Veränderung %	III. Quartal 1967		Veränderung %
	1 000 t (SKE)	1 000 t (SKE)		1 000 t (SKE)	1 000 t (SKE)	
Kohle	2.023 7	1 755 0	-13 3	645 3	587 6	- 8 9
Wasserkraft ¹⁾	5 523 6	5 836 8	+ 5 7	2 240 4	2 168 4	- 3 2
	6 214 1	6 566 4		2 520 5	2 439 5	
Erdöl	3.020 5	2 958 1	- 2 1	880 4	999 9	+13 6
Erdgas	1.801 1	1 773 9	- 1 5	564 9	513 1	- 9 1
Insgesamt	12 368 9	12 323 8	- 0 4	4 331 0	4 269 0	- 1 4
	13 059 4	13 053 4		4 611 1	4 540 1	

¹⁾ Neuer Umrechnungsschlüssel für 1 kWh Wasserkraft = 0 40 kg Steinkohleneinheiten (SKE). Kursivzahlen mit bisherigem Umrechnungsschlüssel = 0 45 kg für 1 kWh

Die *Energieimporte* waren im III. Quartal um 8% niedriger als 1966. Die Kohleneinfuhr ging um 6%, die von Erdöl und Erdölprodukten um 10% zurück. Infolge der Verknappung des Mineralölangebotes in Europa verringerte sich auch in Österreich die Einfuhr. Im 1. Halbjahr hatten die Rohölimporte noch um 17% zugenommen. Der starke Rückgang der Einfuhr im Oktober erklärt sich vorwiegend aus dem Niederwasser der Donau. Infolge der geringen Mineralöleinfuhren sank der Anteil importierter Energieträger von 48% (III. Quartal 1966) auf 45% (III. Quartal 1967).

Energieimporte

	I bis III. Quartal 1966		Veränderung %	III. Quartal 1967		Veränderung %
	1 000 t (SKE)	1 000 t (SKE)		1 000 t (SKE)	1 000 t (SKE)	
Kohle	3.360 3	3 100 6	- 7 7	1 252 1	1 179 1	- 5 8
Elektr. Energie ¹⁾	180 0	193 2	+ 7 3	33 2	43 6	+31 3
	202 2	217 4		37 0	49 1	
Erdöl u. Erdölprodukte	3.526 5	3.464 6	- 1 8	1.398 1	1.260 0	- 9 9
Insgesamt	7 066 8	6 758 4	- 4 4	2 683 4	2 482 7	- 7 5
	7 089 0	6 782 6		2 687 2	2 488 2	

¹⁾ Neuer Umrechnungsschlüssel für 1 kWh Wasserkraft = 0 40 kg Steinkohleneinheiten (SKE). Kursivzahlen mit bisherigem Umrechnungsschlüssel = 0 45 kg für 1 kWh.

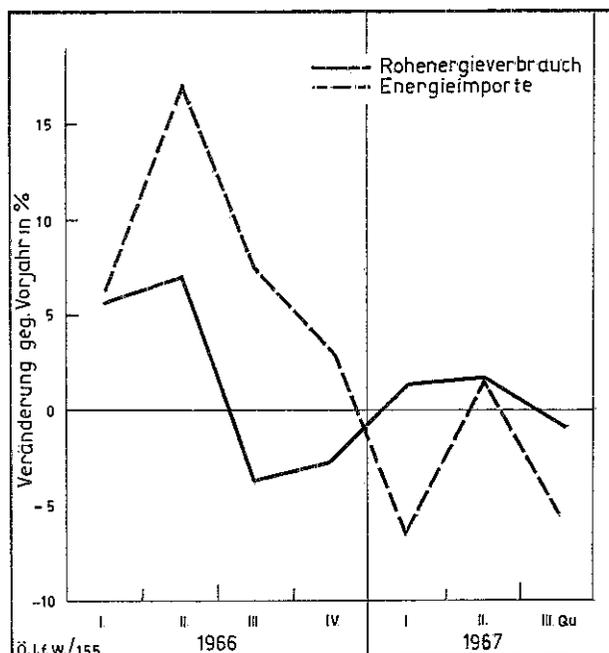
Stagnierende Stromerzeugung — mäßiges Wachstum des Verbrauches

Die *Stromerzeugung* blieb im Berichtsquartal mit 6 6 Mrd. kWh um 1% unter dem Vorjahr (Oktober +2%). Die öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen lieferten um 2%, die Kraftwerke der Österreichischen Bundesbahnen um 7% weniger Strom. Nur die Industrieanlagen produzierten um 5% mehr elektrische Energie und lieferten um zwei Drittel mehr Strom in das öffentliche Netz.

Das Wasserdargebot lag auch im III. Quartal weit über dem Durchschnitt. Die Erzeugungsmöglichkeit der Wasserkraftwerke war um 10% höher als im Regelmäßig, aber um 4% niedriger als im Vorjahr. Die Wasserführung der Flüsse war bis einschließlich September nahezu zwei Jahre ununterbrochen außergewöhnlich günstig gewesen. Im Oktober ist der Erzeugungskoeffizient erstmals unter das langjährige Mittel (93) gesunken.

In den Sommermonaten lieferten die Wasserkraftwerke mit 5 4 Mrd. kWh um 3% (Oktober gleichfalls -3%) weniger Strom als im Vorjahr. Die Speicher wurden gleich stark eingesetzt wie 1966, in den Laufwerken fiel um 5% weniger Strom an. Wie im Vorjahr lieferten die Laufwerke zwei Drittel (67%), die Speicherkraftwerke ein Drittel (33%) der gesamten hydraulischen Energie. In kalorischen Kraftwerken wurde wohl um 10% mehr Strom erzeugt. Mit 1 1 Mrd. kWh trugen sie aber nur 17% (1966: 16%) zur

Energieimporte



Im Gegensatz zum Vorjahr blieben heuer die Energieimporte stark hinter der Verbrauchsentwicklung zurück. Im Durchschnitt der Monate Jänner bis September wurden um 8% weniger Kohle und 2% weniger Erdöl und Mineralölprodukte eingeführt. Im III. Quartal beeinträchtigte der Nahostkrieg die Mineralölimporte. Die Rohöl- und Produkteinfuhr gingen um je 10% zurück.

Gesamterzeugung bei. In trockenen Sommern (1964) ist der Anteil gewöhnlich doppelt so hoch. Seit September stehen die Dampfkraftwerke wieder beschränkt, seit Oktober sogar voll im Einsatz. Nur der Einsatz der Kraftwerke Neusiedl und Korneuburg (Öblock der NEWAG) wurde auf Grund eines Abkommens mit der Verbundgesellschaft zugunsten der kohlenverfeuernden Dampfkraftwerke gedrosselt. Dennoch wurden 33% der kalorischen Energie aus Heizöl, 34% aus Erdgas und nur 20% aus Braunkohle erzeugt, gegen Anteile von 19%, 46% und 23% im Vorjahr. 1967 lieferten die Kraftwerke mit Heizölführung um 180 GWh mehr, die mit Erdgas und Braunkohlenfeuerung dagegen um 90 GWh und 6 GWh weniger elektrische Energie.

Trotz der Verlagerung der Stromerzeugung zugunsten der Dampfkraftwerke haben daher die Kohlenlager weiter stark zugenommen. Ende Juni lagerten bei den Kraftwerken 1,480.000 t (SKE) Kohle, Ende September 1,650.000 t, mehr als je zuvor. Dieser Höchststand war um 260.000 t oder 20% größer als der höchste Bestand im vergangenen Jahr. Die Fernheizkraftwerke und die Dampfkraftwerke bezogen im III. Quartal 277.000 t (SKE) Kohle, davon gingen zwei Drittel auf Lager.

Bis 10. Oktober hat sich die Lagersituation zunächst weiter verschlechtert. Zu diesem Zeitpunkt lagerten erstmals mehr als 3 Mill. t (Gewichtstonnen) Braunkohle. Seither konnten die Anlieferungen verfeuert und darüber hinaus der Bestand etwas abgebaut werden, weil die niedrige Wasserführung einen verstärkten Einsatz der Dampfkraftwerke erforderte und 39% des kalorischen Stromes in Braunkohlenanlagen (26% Heizöl, 20% Erdgas) erzeugt wurden.

Die geringeren Anlieferungen bei den Kraftwerken Zeltweg (von jährlich 350.000 t auf 250.000 t) und St. Andrä (von 600.000 t auf 450.000 t) sowie der Ausfall der Kohlenlieferungen durch die Grubenkatastrophe im Lavantaler Bergbau haben die kritische Lagersituation etwas entspannt. In Voitsberg hingegen, wo wie bisher jährlich 700.000 t Kohle bezogen werden, ist die Lage weiter sehr kritisch.

Der *Stromverbrauch* (ohne Pumpstrom) nahm im III. Quartal um 27% (Oktober 47%) zu. Im Durchschnitt der ersten neun Monate wurde heuer um 35% mehr elektrische Energie verbraucht, gegen jeweils 46% in den beiden vergangenen Jahren.

Obschon die Produktion etwas niedriger war, konnte der höhere Stromverbrauch aus der Inlandserzeugung gedeckt werden, weil die Exporte um 10% eingeschränkt wurden. Die Elektrizitätswirtschaft lieferte 19 Mrd. kWh, 29% (1966: 32%) der Gesamt-

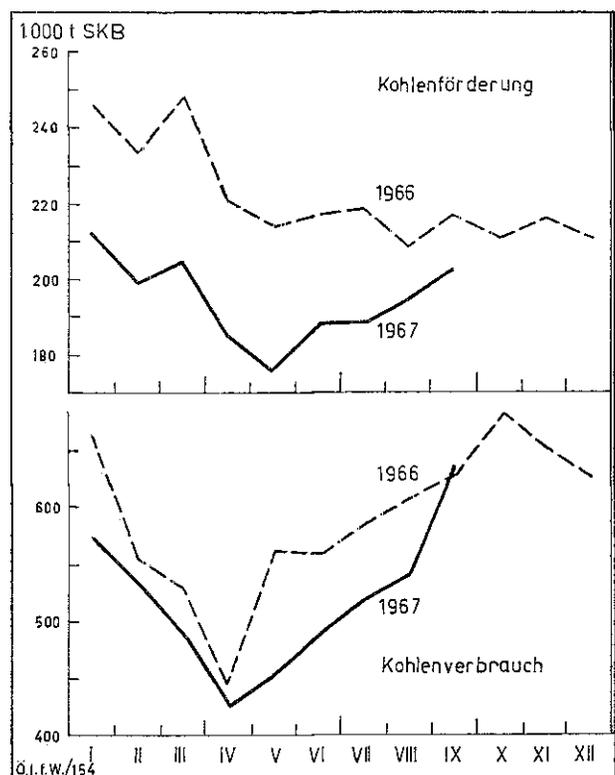
produktion oder 35% (1966: 38%) der hydraulischen Erzeugung ins Ausland. Die Stromausfuhr wurde annähernd in dem Ausmaß verringert, in dem weniger Wasserkraftstrom anfiel.

Gesamte Elektrizitätsversorgung¹⁾

	III. Quartal 1967		Veränderung %	Oktober 1967		Veränderung %
	1966	1967		1966	1967	
	Mill. kWh			Mill. kWh		
Erzeugung						
Wasserkraft	5 601	5 421	- 3,2	1 191	1 158	- 2,8
Dampfkraft	1 043	1 146	+ 9,9	675	744	+10,2
Insgesamt	6 644	6 567	- 1,2	1 866	1 902	+ 1,9
Import	83	110	+32,5	93	81	-12,9
Export	2 130	1 915	-10,1	330	287	-13,0
Verbrauch						
Mit Pumpstrom	4 597	4 762	+ 3,6	1 629	1 696	+ 4,1
Ohne Pumpstr.	4 493	4 615	+ 2,7	1 581	1 655	+ 4,7

Q: Bundeslastverteiler. — 1) Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Industrie-Eigenanlagen und Österreichische Bundesbahnen.

Kohlenförderung und Kohlenverbrauch



Die Förderung heimischer Kohle blieb seit Jahresbeginn im Durchschnitt um 13% unter dem Vorjahr, im III. Quartal um 9%. Die Gesamtnachfrage sank in den gleichen Perioden um 9% und 7%. Der Absatz von Inlandkohle ging stärker zurück, weil die Importe von Koks und Braunkohle nur geringe Einbußen erlitten.

Der *Kohlenverbrauch* war im III. Quartal um 7% (Oktober 2%) niedriger als 1966, obschon damals der Absatz besonders mäßig war. Alle Kohlenabnehmer haben ihre Käufe eingeschränkt. Wichtigster Kohlenbezieher im Herbst sind die Haushalte. Sie haben im

Juli und August weniger, im September mehr und per Saldo um 3% weniger Kohle eingelagert. Die Käufe der Gaswerke sowie der Kokerei Linz, die ihre Koksproduktion einschränkten, gingen um 26% und 11% zurück. Auch der Verbrauch der Industrie (einschließlich Hochöfen) war um 4% niedriger. Die Auftragschwäche in einigen energieintensiven Branchen ließ deren Kohlenkäufe empfindlich sinken. In der Eisen- und Metallerzeugung ging der Verbrauch um 5%, in der Baustoffproduktion um 3% zurück, dagegen bezog die Papierindustrie um 24% mehr Kohle. An die Elektrizitätswerke wurden um 8%, an den Verkehrssektor um 2% weniger Kohle geliefert.

Vom Verbrauchsrückgang wurden Steinkohle (—10%) und Braunkohle (—9%) etwa im gleichen Maße betroffen, die Kokskäufe blieben gleich hoch. Vor allem die Kokerei Linz und die Gaswerke schränkten ihre Steinkohlenbezüge stark ein. Den Verbrauch von Braunkohle verringerten alle Käufergruppen, am stärksten die Haushalte und die Dampfkraftwerke. Die Mehrabnahmen von Koks der Haushalte und der ÖBB kompensierten den Rückgang bei den restlichen Verbrauchern. Die Hochöfen verlagerten ihre Kokskäufe zugunsten von Importen.

Weil der Absatz inländischer und ausländischer Steinkohle bzw. Braunkohle etwa gleich stark zurückging, die Importe von Koks aber um 8% zunahmen, hat sich auch der Anteil der Importkohle auf 70% (1966: 69%) erhöht.

Die Kohlenförderung ging mit 9% stärker zurück als der Verbrauch (—7%). Im September wurde die Steinkohlenförderung im einzigen Steinkohlenbergbau Österreichs eingestellt. Im III. Quartal 1967 wurden noch 3.000 t Steinkohle gefördert (1966: 4.600 t); die Braunkohlenförderung betrug 1.169.000 t, gegen 1.281.000 t vor einem Jahr. Von Juni bis September hat der Beschäftigtenstand der Bergbaue wieder um 280 abgenommen, seit Jahresbeginn um 1.100.

Obschon die Förderung stärker abnahm als der Verbrauch, nahmen die Lager bei den Gruben stark zu. Von Juni bis September erhöhten sie sich um 16% auf 236.000 t (SKE). Ende September lagen 460.000 t Braunkohle und 6.000 t Steinkohle bei den Bergbauen, der höchste Stand seit 1962. Im Oktober konnten die Lager saisongemäß um 19.000 t (SKE) abgebaut werden.

Im November wurde der Lavanttaler Bergbau von einer Brandkatastrophe betroffen, die bis Jahresende einen beträchtlichen Förderausfall verursachen wird. Anfang November wurde dem Ministerrat von der ÖIG der Kohlenplan für die Jahre 1968 bis 1970 vorgelegt. In Anbetracht der Grubenkatastrophe

wird der Entwurf überarbeitet werden. Der Plan enthielt vier Varianten mit Förderzielen für 1970 zwischen 3 Mill. t und 4 Mill. t. Wahrscheinlich werden wegen der ungünstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes 1968 keine Gruben geschlossen, die Förderung aber zum Teil stark eingeschränkt werden.

Kohlenversorgung

	1967		Veränderung gegen 1966		
	III. Qu.	Okt.	I/III. Qu.	III. Qu.	Okt.
	1.000 t		%		
Gesamtversorgung (SKE)	1 695 0	670 2	— 9 2	— 6 9	— 1 7
Braunkohle	1.194 9	474 0	—10 8	— 8 8	+ 1 0
Steinkohle	804 1	315 7	— 9 4	—10 0	— 5 1
Koks ¹⁾	706 4	268 9	— 5 3	+ 0 1	+ 1 5
Verkehr	162 1	45 9	— 9 4	— 1 6	— 8 2
Stromerzeugung	234 5	111 1	—12 3	— 7 7	— 2 1
Gaswerke	68 9	34 6	—29 1	—26 0	—25 3
Hochöfen	297 5	109 9	— 7 7	— 1 6	+ 3 1
Industrie	255 3	87 7	— 8 3	— 6 0	— 8 7
Fernheizkraftwerke	42 9	17 2	— 9 3	— 5 9	—11 7
Hausbrand	581 0	245 5	— 4 7	— 3 4	+ 6 7
Kokerei Linz	465 7	169 8	— 6 7	—10 8	— 0 4

Q: Oberste Bergbehörde — ¹⁾ Einschließlich Inlandkoks, der aus ausländischer Kohle erzeugt wird

Starker Rückgang der Mineralölimporte

Die Nachfrage nach Mineralölprodukten war im III. Quartal um 6% (Oktober 20%) höher als im Vorjahr. Auch im Zeitraum Jänner bis September hat der Absatz um 6% zugenommen (1966 um 9%). Am stärksten wuchs im III. Quartal der Verbrauch von Benzin mit 7% und Dieselöl mit 5%. Der Heizölabsatz läßt sich aus statistischen Gründen schwer mit dem Vorjahr vergleichen, dürfte aber weiter zugenommen haben. 49% des Absatzes an Mineralölprodukten entfielen auf Heizöl, 29% auf Benzin und 21% auf Dieselöl.

Insgesamt wurden 1.291.000 t Mineralölprodukte verbraucht. Aus der heimischen Produktion standen 960.000 t (+19%), aus Importen 465.000 t (—10%) zur Verfügung, insgesamt 1'4 Mill. t, um 8% mehr als im Vorjahr. Die Raffinerien lieferten um 33% mehr Benzin, um 19% mehr Heizöl und um 8% mehr Dieselöl. Die Importe von Benzin und Heizöl sind dagegen um 12% und 9% zurückgegangen. Aus der Inlandsförderung standen den Raffinerien 667.000 t (+14%) Rohöl, aus Importen 375.000 t (—10%) zur Verfügung.

Die Importe von Rohöl und Mineralölprodukten gingen nach Ausbruch des Nahostkrieges stark zurück. Die Rohölexporture, wie Jugoslawien und die Bundesrepublik Deutschland, drosselten ihre Ausfuhr, um vorerst ihre eigene Rohölversorgung zu sichern. Die Ostblockstaaten dagegen lieferten uneingeschränkt weiter, sogar um 15% mehr als im Vorjahr. Ihr Anteil hat sich damit auf weit mehr als die Hälfte der Gesamtimporte erhöht.

Infolge des großen Importausfalles wurde die heimische Förderung von Rohöl und die Produktion in den Raffinerien intensiviert, um die steigende Nachfrage zu decken.

Absatz von Mineralölprodukten

	III. Quartal		Veränderung %	Oktober		Veränderung %
	1966	1967		1966	1967	
	1 000 t			1 000 t		
Motorenbenzin	354,3	380,0	+ 7,3	93,2	105,9	+13,6
Dieselloil	257,8	271,7	+ 5,4	85,9	100,1	+12,6
Petroleum	2,7	2,0	-27,0	1,6	0,9	-45,0
Heizöl	598,6	637,0	+ 6,4	233,7	291,6	+24,8
davon inländisch	320,8			148,0		
ausländisch	277,8			85,7		

Q: Pressedienst des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie —
 1) Für 1967 vorläufige Zahlen.

Die Erdgasförderung ging um 9% (Oktober 3%) zurück; sie war etwa gleich hoch wie 1965. Von den gefördertem 386 Mill. m³ wurden 325 Mill. m³ den Verbrauchern zur Verfügung gestellt. Da Ende Juni die Spitzenlieferungen von der ÖMV gekündigt wurden und die Erdgasverträge Ende März 1968 ablaufen, sahen sich die Wiener Stadtwerke sowie die Niogas gezwungen, die Erdgasverträge mit den Industriebetrieben zu kündigen. Die Wiener Stadtwerke kündigten im August für das Jahresende. Die Verringerung der Erdgaslieferungen an die Wiener Gaswerke im vorgesehenen Ausmaß hätte die Gasversorgung ernstlich gefährdet. Nach Verhandlungen im Juli und August sicherte die ÖMV zu, im Falle eines Engpasses im heurigen Winter die Liefermengen etwas zu erhöhen. Derzeit wird noch verhandelt, wieweit die Niogas bereit ist, Teile ihres Kontingentes den Wiener Stadtwerken zur Verfügung zu stellen. Bis März 1968 müssen allerdings die Gesellschaften neue Vereinbarungen mit der ÖMV treffen; die künftigen Lieferungen werden weit unter den bisherigen Mengen liegen.

Der seit Jahresmitte herrschende Engpaß in der Versorgung der österreichischen Wirtschaft mit Erdgas macht die Dringlichkeit von Importen deutlich. Im Herbst wurden die Verhandlungen über den Erdgasimport zwischen ÖMV/VÖEST und Vertretern der Sowjetunion weitergeführt. Die Gründung einer Dachgesellschaft der Ferngasgesellschaften dürfte eine bessere Koordinierung der Landesinteressen ermöglichen. Um bei Importverhandlungen geschlossen aufzutreten, wäre aber die Gründung einer Holdinggesellschaft für Erdgasimporte notwendig, in der auch die ÖMV vertreten ist. Für die Erdgasimporte sind die Erfahrungen und Speichermöglichkeit der ÖMV ebenso unentbehrlich wie der Kundenstock und das Verteilungsnetz der Landesgesellschaften.

Die Erdgasbezüge haben sich im Sommer deutlich zur Petrochemie verlagert (+51%), auch die Kleinverbraucher (+1%) sowie die Fernheizwerke (+6%) erhielten mehr Erdgas. Die Gaswerke bekamen um 3% weniger, die Elektrizitätswerke verfeuerten 25% weniger Erdgas. Die Belieferung von Industriebetrieben wurde um 11% eingeschränkt. Im Oktober meldete die Oberösterreichische Ferngasgesellschaft, daß die RAG die Erdgasbelieferung — aus dem Vorkommen Lindach — der Papierfabrik Steyrmühl begonnen hat.

Erdgasförderung- und -verbrauch

	III. Quartal			Oktober		
	1965	1966	1967	1965	1966	1967
	Mill. m ³					
Förderung	388,6	424,7	385,8	157,2	153,3	148,0
Verbrauch	339,9	365,6	324,6	137,2	129,4	127,1

Q: Oberste Bergbehörde

Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.29

Keine Belebung der Industrieproduktion zu Beginn der Herbstsaison

Die Industrieproduktion konnte sich auch im III. Quartal 1967 nicht aus ihrer Stagnation lösen; im Gegenteil, zum erstenmal im gegenwärtigen Konjunkturabschwung blieb sie knapp unter dem Vorjahresniveau (-0,5%). Insgesamt konnte von Jänner bis September der Produktionsumfang des Vorjahres noch gehalten werden (+0,3%). Die Unternehmerangaben im Konjunkturtest des Institutes von Ende Oktober sind zwar nicht pessimistischer geworden, lassen aber für das IV. Quartal keine grundlegende Änderung der Konjunkturlage erwarten.

Auch im Oktober stagnierte die Industrieproduktion. Die Industrie erzeugte je Arbeitstag um 1% weniger als 1966. Von den Hauptgruppen der Industrieproduktion konnte nur die Elektrizitätswirtschaft (+1%) ihr Vorjahresergebnis knapp übertreffen. In den üb-

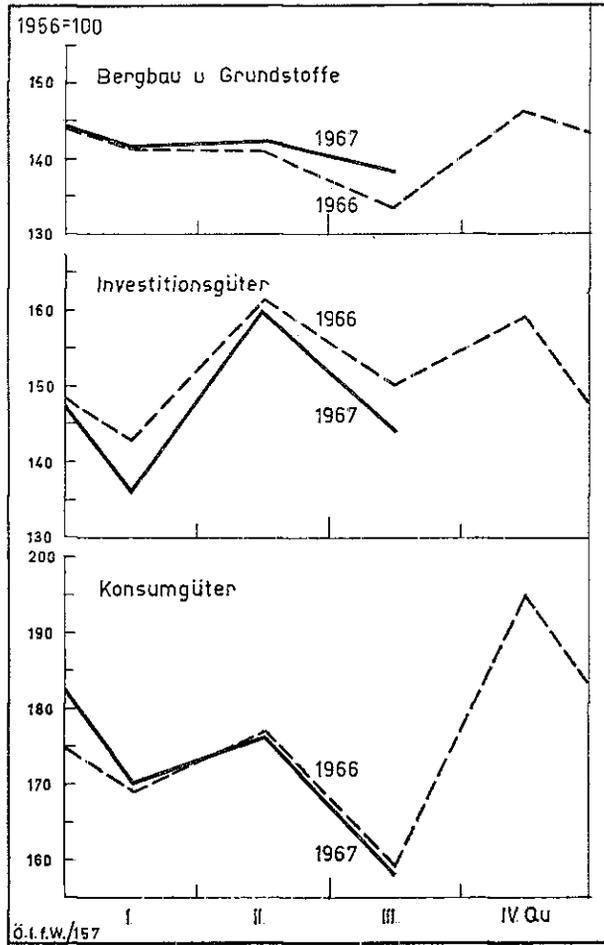
Produktion, Beschäftigung und Produktivität

	Ø 1965		Ø 1966		1967 1)		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Jän./Sept.			
Produktion	+3,7	+4,2	+0,3	+1,0	-0,5	+0,3	
Beschäftigung	+0,1	-0,8	-2,6	-3,2	-3,7	-3,2	
Produktivität ²⁾	+3,6	+5,1	+3,0	+4,3	+3,3	+3,6	

1) Vorläufige Ergebnisse 1967 gegen vorläufige Ergebnisse 1966 — 2) Produktion je Beschäftigten.

rigen Hauptgruppen mußte durchwegs die Erzeugung eingeschränkt werden (Bergbau und Grundstoffe —2%, Investitionsgüter —1%, Konsumgüter —2%).

Die Produktion in den Hauptgruppen



Die Industrieproduktion stagnierte auch im III. Quartal. Von den drei Hauptgruppen wurde der Investitionsgüterbereich am schwersten von der Konjunkturabschwächung getroffen. Die Konsumgüterindustrien konnten ihre Vorjahresproduktion knapp halten. Die Grundstoffherzeugung expandierte im III. Quartal mäßig.

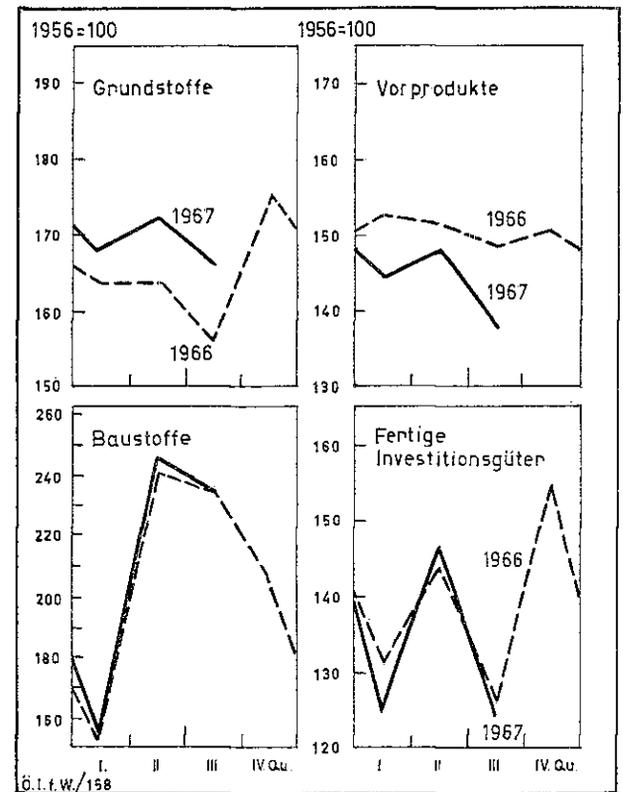
Die Entwicklung verläuft in den einzelnen Hauptgruppen, ähnlich wie in den früheren Rezessionsphasen, sehr unterschiedlich. Hatte im I. Quartal der Konsumgüterbereich noch mäßig expandiert, so entspannte sich im III. Quartal die Lage im Grundstoffbereich etwas, wogegen die anderen Sparten stagnierten. Die Investitionsgüterzweige schränkten nach einer leichten Belebung im II. Quartal erneut ihre Produktion ein. Zum Teil mag das daran liegen, daß viele Unternehmen dieser Sparte im Sommer Betriebsferien machen. Die Konsumgüterzweige erzeugten nur wenig mehr als im Vorjahr.

Industrieproduktion nach Gruppen und Untergruppen

Gruppe Untergruppe	1967 ¹⁾			
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Jän./Sept.
Insgesamt	+ 03	+ 10	- 05	+ 03
Bergbau und Grundstoffe	- 07	+ 08	+ 42	+ 14
Bergbau und Magnesit	-124	-131	- 53	-104
Grundstoffe	+ 34	+ 57	+ 73	+ 54
Elektrizität	+ 74	+ 40	- 13	+ 31
Investitionsgüter	- 42	+ 05	- 38	- 24
Vorprodukte	- 41	- 14	- 78	- 44
Baustoffe	+ 14	+ 22	± 00	+ 12
Fertige Investitionsgüter	- 61	+ 14	- 16	- 20
Konsumgüter	+ 23	+ 08	+ 08	+ 13
Nahrungs- und Genußmittel	+ 32	+ 44	+ 54	+ 44
Bekleidung	- 15	- 24	- 39	- 25
Verbrauchsgüter	+ 56	+ 30	+ 49	+ 45
Langlebige Konsumgüter	+ 25	- 22	- 57	- 17

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse 1967 gegen vorläufige Ergebnisse 1966

Die Produktion im Grundstoff- und Investitionsgüterbereich



Die Grundstoffindustrien hielten sich bisher in der Rezessionsphase bemerkenswert gut; das ist vor allem der günstigen Entwicklung in der Schwerchemie zu danken. Die Investitionsgüterindustrien hingegen gerieten zusehends in Schwierigkeiten; vor allem die Erzeugung von Vorprodukten litt unter der geringen Nachfrage der nachgelagerten Betriebe.

Weiterhin kräftig steigende Exporte und mäßige Importe

Die gesamte *Ausfuhr* (immer dem Wert nach) lag auch im III. Quartal um 8% über dem Vorjahres-

niveau. Der Trend zur Umschichtung der Exporte von Rohstoffen zu technisch komplizierteren Fertigwaren hielt unvermindert an. Im Zeitraum Jänner bis September 1967 waren die Exporte von Maschinen und Verkehrsmitteln um 11% höher, die von Rohstoffen um 4% niedriger als 1966. Auch im III. Quartal (+10%) erreichte die Ausfuhr von Maschinen und Verkehrsmitteln annähernd diese Zuwachsrate. Besonders kräftig konnte die Ausfuhr von Elektroartikeln (+14%) ausgeweitet werden, die im 1. Halbjahr auf dem Vorjahresniveau stagniert hatte. Auch die Ausfuhr von Maschinen (+11%) nahm wieder stark zu, wenn auch nicht mehr so stark wie im II. Quartal. Verkehrsmittel (-1%) wurden etwas weniger exportiert als 1966. Die Ausfuhr von Halb- und einfacheren Fertigwaren wuchs um 3%. Besonders hohe Zuwachsraten erzielten Glaswaren (27%), Kautschukwaren (12%), Garne, Gewebe und Textilfertigwaren (12%) sowie Papier, Pappe und Papierwaren (10%). Die Ausfuhr von Aluminium (-26%) sowie Magnesitziegeln und -platten (-10%) mußte eingeschränkt werden, die von Eisen und Stahl war etwa gleich hoch wie 1966. Die Exporte von Rohstoffen gingen um 4% zurück. Besonders stark getroffen wurden Papierzeug und -abfälle (-13%) sowie Magnesit (-14%).

Ausfuhr wichtiger Industrieerzeugnisse

	1967			
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I./III. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Rohstoffe	- 31	- 57	- 39	- 43
Holz und Kork	- 78	- 60	- 55	- 63
Papierzeug und -abfälle	+239	+ 69	-130	+ 54
Spinnstoffe und -abfälle	- 71	- 96	+ 17	- 52
Magnesit	-173	-258	-137	-189
Sonstige	+193	+ 33	+134	+115
Halb- und Fertigwaren	+ 20	+ 22	+ 28	+ 23
Eisen und Stahl	+ 21	+ 77	+ 04	+ 33
Aluminium	- 48	-293	-255	-210
Metallwaren	+ 17	+ 08	+ 70	+ 31
Magnesitziegel und -platten	- 99	- 77	-103	- 93
Glaswaren	-185	+100	+266	+ 41
Garne, Gewebe, Textilfertigwaren	+115	+117	+116	+116
Papier, Pappe, Papierwaren	+ 49	+ 02	+103	+ 51
Kautschukwaren	+ 06	+ 82	+120	+ 70
Sonstige	- 51	-107	- 65	- 75
Maschinen und Verkehrsmittel	+ 59	+163	+103	+110
Maschinen	+ 72	+328	+108	+170
Verkehrsmittel	+167	- 93	- 13	+ 16
Elektroartikel	- 08	+ 01	+138	+ 45

Die *Einfuhr* von Fertigwaren war im III. Quartal um fast 2% (wertmäßig) geringer als 1966. Die schwache Binnenkonjunktur dämpfte die Nachfrage nach ausländischen Erzeugnissen. Die Einfuhr von Maschinen (-9%) und Verkehrsmitteln (-17%) wurde besonders stark eingeschränkt. Der Import von Eisen und Stahl sank, ähnlich wie in den beiden Vorquartalen, um 15%. Höher als im Vorjahr war vor allem die

Einfuhr von Kautschukwaren (+25%), Papier, Pappe und Papierwaren (+13%) sowie elektrotechnischen Maschinen und Geräten (+12%). Auch die Einfuhr von Bekleidungsgegenständen (+9%) war höher als 1966, wuchs aber nicht so stark wie im I. Halbjahr 1967.

Einfuhr wichtiger Fertigwaren

	1967			
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	I./III. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Holz und Kork	+487	+204	+ 85	+222
Bekleidung	+386	+180	+ 85	+205
Kautschukwaren	+ 87	+159	+251	+168
Papier, Pappe und Papierwaren	+109	+ 99	+127	+112
Elektrotechn. Maschinen u. Geräte	+107	+ 89	+121	+106
Chemische Erzeugnisse	+ 78	+ 80	+ 87	+ 82
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	+ 72	+109	- 28	+ 49
Metallwaren	+ 73	- 18	+ 05	+ 18
Papierzeug und -abfälle	- 91	-100	+216	- 04
Garne, Gewebe, Textilfertigwaren	+ 14	- 07	- 38	- 10
Maschinen	+ 13	+ 03	- 86	- 24
Verkehrsmittel	+ 21	-134	-174	- 95
Eisen und Stahl	-144	-200	-151	-165
Leder, Lederwaren und Pelze	-101	-242	-144	-165

Unverminderter Konjunkturpessimismus

Die am Konjunkturtest des Institutes teilnehmenden Firmen melden zwar nach wie vor geringe Auftragsbestände und hohe Fertigwarenlager; sie beurteilen aber die Konjunkturlage, nach den Ergebnissen der Oktobererhebung zu schließen, im großen und ganzen nicht schlechter als bisher

38% aller am Test beteiligten Firmen meldeten im Oktober geringe Auftragsbestände. Besonders schlecht wird die Lage in den Investitionsgüterzweigen beurteilt; per Saldo (zu niedrige minus zu hohe Auftragsbestände) haben 58% der Unternehmen dieses Bereiches zu wenig Aufträge. In der Grundstoffindustrie und der Konsumgüterindustrie klagten per Saldo 28% bzw. 23% der Firmen über Mangel an Aufträgen. Im Grundstoffbereich hat sich damit die Beurteilung der Konjunktursituation wieder verschlechtert, im Konsumgütersektor jedoch gegen April etwas verbessert.

Die Beurteilung der Fertigwarenlager ist ähnlich. Ende Oktober hatten per Saldo 25% der Firmen zu

Beurteilung der Auftragsbestände

	Geringe Auftragsbestände melden . . % der Firmen ¹⁾							
	Ende 1966	Jän. 1967	Ende 1966	April 1967	Ende 1966	Juli 1967	Ende 1966	Okt. 1967
Industrie insgesamt	18	26	11	38	12	36	21	38
Grundstoffe	24	10	29	26	17	21	49	28
Investitionsgüter	24	34	5	47	17	48	26	58
Konsumgüter	12	26	2	32	6	29	6	23

¹⁾ Salden aus den Prozentanteilen der Firmen mit großen und kleinen Auftragsbeständen.

hohe Fertigwarenlager. Im Grundstoffbereich war die Stimmung pessimistisch, im Konsumgüterbereich optimistisch

Beurteilung der Fertigwarenlager

	Zu hohe Fertigwarenlager melden . % der Firmen ¹⁾							
	Ende 1966	Jän. 1967	Ende 1966	April 1967	Ende 1966	Juli 1967	Ende 1966	Okt. 1967
Industrie insgesamt	16	22	15	28	17	25	16	24
Grundstoffe	25	46	17	14	17	8	43	22
Investitionsgüter	15	25	18	31	12	29	14	30
Konsumgüter	14	26	13	29	21	27	8	18

¹⁾ Salden aus den Prozentanteilen der Firmen mit zu großen und zu kleinen Fertigwarenlagern

Die Kapazitätsauslastung der österreichischen Industrie blieb (Oktobererhebung) unverändert schlecht. 65% aller Unternehmungen könnten mit den vorhandenen Mitteln und Kräften mehr erzeugen. Im Investitionsgüterbereich verschlechterte sich der Ausnutzungsgrad, im Grundstoff- und Konsumgüterbereich blieb er unverändert.

Kapazitätsauslastung

	% der Firmen, die mit den vorhandenen Mitteln mehr produzieren könnten							
	Ende 1966	Jän. 1967	Ende 1966	April 1967	Ende 1966	Juli 1967	Ende 1966	Okt. 1967
Industrie insgesamt	52	65	54	68	48	64	49	65
Grundstoffe	53	63	62	65	59	67	54	68
Investitionsgüter	51	77	54	78	51	72	58	76
Konsumgüter	54	56	52	61	43	57	41	57

Die Industrie erwartet für die nächsten drei Monate eine etwas ungünstigere Produktionsentwicklung. Nur 7% rechnen mit einer Belebung, 17% mit Einschränkungen.

Die Preiserwartungen scheinen etwas flexibler geworden zu sein. 78% der Unternehmungen sagen ein Gleichbleiben der Verkaufspreise voraus, 15% einen Preisrückgang.

Preiserwartungen

	% der Firmen erwarten in den nächsten drei Monaten steigende Verkaufspreise 1967				
	Ende Jän.	Ende April	Ende Juli	Ende Okt.	
Industrie insgesamt	8	2	1	7	
Grundstoffe	2	0	0	6	
Investitionsgüter	12	1	1	4	
Konsumgüter	7	5	2	10	

Leicht steigende Rohwarennachfrage

Die Einfuhr von Industrierohstoffen war im III. Quartal um fast 7% höher als im Vergleichsquarter 1966. Die Zuwachsrate war doppelt so hoch wie im Vorquartal. Besonders stark wuchsen erneut die Importe von Holz und Holzprodukten (+46%). Auch Erze und Metalle (+7%) wurden erstmals seit Jahresbeginn

in größeren Mengen eingeführt. Die rückläufige Tendenz in der Brennstoffeinfuhr (-7%) hat sich verstärkt. Auch der Import von textilen Rohstoffen und Halbfabrikaten (-2%) blieb unter dem Wert des Vorjahres.

Importe von Industrierohstoffen

	1967			
	I Qu.	II Qu.	III Qu.	Jän./Sept.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Rohwareneinfuhr (ohne Brennstoffe)	+ 5,9	+ 3,2	+ 6,6	+ 5,2
Brennstoffe	- 3,2	- 0,1	- 7,4	- 3,9
Erze und Metalle	- 0,7	- 0,6	+ 6,9	+ 1,9
Text Rohstoffe u. Halbfabrikate	+ 2,0	+ 0,2	- 2,2	+ 0,0
Holz und Holzprodukte	+56,5	+26,6	+45,8	+41,5
Sonstige Rohstoffe	+ 6,9	+ 4,1	+ 6,7	+ 5,8

Die Konjunkturabschwächung hat die Nachfrage nach Kommerzware stark sinken lassen. Von Jänner bis September haben Inlandskunden um fast 14% weniger bestellt als 1966. Die Auftragslage war bei den einzelnen Sorten sehr uneinheitlich. Stark zugenommen haben die Aufträge auf Mittelbleche und Schienen. Von allen übrigen Sorten wurde zum Teil weit weniger bestellt. Vor allem die Nachfrage nach Baustahl war infolge der schlechten Baukonjunktur sehr schwach.

Den mäßigen Aufträgen entsprechend gingen auch die Inlandslieferungen von Kommerzware stark zurück; sie lagen von Jänner bis September der Menge nach um knapp 10% unter dem Niveau des Vorjahres. Kräftig stiegen nur die Inlandslieferungen von Mittelblechen; Feinbleche wurden etwas mehr, alle übrigen Sorten weniger ausgeliefert als 1966.

Inlandsaufträge und Lieferungen von Kommerzware

	Inlandsaufträge		Veränderung %	Inlandslieferungen		Veränderung %
	Jän./Sept. 1966	1967		Jän./Sept. 1966	1967	
	1.000 t			1.000 t		
Wafzware insgesamt	629,3	544,3	-13,5	630,0	570,3	-9,5
Feinbleche	131,0	127,4	-2,7	126,9	132,9	+4,7
Mittelbleche	23,3	37,1	+59,2	24,2	38,9	+60,7
Grobbleche	104,8	81,4	-22,3	113,5	84,6	-25,5
Walzdraht	62,3	58,3	-6,4	65,6	63,5	-3,2
Stabstahl	87,6	75,5	-13,8	91,5	72,3	-21,0
Baustahl	141,2	92,5	-34,5	120,6	104,2	-13,6
I- und U-Träger	39,9	28,7	-28,1	39,5	30,0	-24,1
Schienen	6,0	18,0	+200,0	16,5	15,8	-4,2
Bandstahl	33,2	25,4	-23,5	31,7	28,1	-11,4

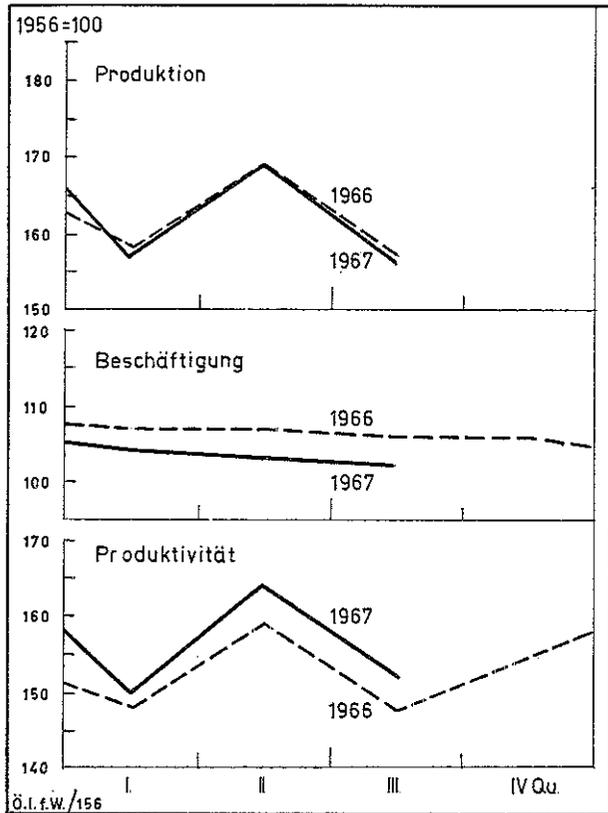
Q: Walzstahlbüro

Leichter Produktivitätszuwachs

Trotz stagnierender Produktion ist die Produktivität (Produktion je Beschäftigten) auch im III. Quartal etwas gestiegen, um 3%, gegen 3% und 4% in den beiden Vorquartalen. Die österreichischen Unternehmen, die bisher auf Verflachungen des Produktionswachstums kaum mit Einschränkungen des Beschäft-

tigtenstandes reagierten, müssen in der gegenwärtigen Rezessionsphase doch mehr Arbeiter freisetzen. Seit Jahresbeginn wird ihre Beschäftigungspolitik flexibler. Im I. Quartal war der Beschäftigtenstand der Industrie um 2,6%, im III. Quartal um 3,7% niedriger als im Vorjahr.

Produktion, Beschäftigung und Produktivität



Die Produktivität der österreichischen Industrie ist auch im III. Quartal leicht gestiegen. Ähnlich wie im I. Halbjahr wurde dieser Fortschritt nicht durch Produktionssteigerungen, sondern durch weitere Einschränkungen der Beschäftigung erreicht.

Im Zeitraum Jänner bis September 1967 ließ sich ein ziemlich einheitlicher Trend zu einer steigenden Arbeitsproduktivität feststellen. Nur die traditionell anlageintensiven Sparten (eisenverarbeitende Industrie, Gießereien) und die schon jahrelang stagnierenden Zweige erlitten weitere Produktivitätseinbußen (Fahrzeugindustrie -9%, ledererzeugende -8% und lederverarbeitende Industrie -3%). Die stärksten Produktivitätssteigerungen erzielten die Glasindustrie (+13%), die chemische Industrie (+8%) und die Erdölindustrie (+6%).

Entwicklung in einzelnen Industriezweigen

Die Entwicklung in den einzelnen Industriezweigen verlief nach wie vor uneinheitlich, doch überwiegen

Arbeitsproduktivität in wichtigen Zweigen

Industriezweig	Ø 1965	Ø 1966	Jän./Sept. 1967 ¹⁾
Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Industrie insgesamt	+ 3,6	+ 5,1	+ 3,6
Bergbau und Magnesitindustrie	+ 2,4	+ 1,1	- 1,0
Erdölindustrie	+12,9	+ 9,0	+ 6,0
Eisenerzeugende Industrie	- 6,4	²⁾	- 2,8
Metallerzeugende Industrie	- 8,8	+ 2,2	+ 1,6
Stein- und keramische Industrie	+ 4,2	+ 6,7	+ 2,9
Glasindustrie	- 5,5	+ 3,7	+13,1
Chemische Industrie	+ 5,2	²⁾	+ 7,9
Papierherzeugende Industrie	+ 7,1	+ 5,0	+ 5,7
Papierverarbeitende Industrie	+ 4,5	+ 5,4	+ 3,5
Holzverarbeitende Industrie	+ 6,2	+ 5,9	+ 5,5
Nahrungs-, Genußmittel- u. Tabakindustrie	+ 1,7	+10,0	+ 5,1
Ledererzeugende Industrie	- 6,1	+11,7	- 8,1
Lederverarbeitende Industrie	+ 4,2	- 0,8	- 2,6
Textilindustrie	+ 5,8	+ 7,4	+ 3,1
Bekleidungsindustrie	+ 2,5	- 0,9	+ 1,8
Gießereindustrie	+ 2,3	²⁾	- 5,2
Maschinen-, Stahl- u. Eisenbauindustrie	+ 3,2	²⁾	+ 4,5
Fahrzeugindustrie	- 5,8	²⁾	- 8,9
Eisenwaren- und Metallwarenindustrie	+ 3,8	²⁾	+ 3,8
Elektroindustrie	+ 7,7	+ 3,2	+ 2,1

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse 1967 gegen vorläufige Ergebnisse 1966. — ²⁾ Infolge von Umstellungen in der Beschäftigtenstatistik mit dem Vorjahr nicht vergleichbar.

die Branchen mit stagnierender oder rückläufiger Produktion bei weitem. 13 der 23 im Produktionsindex vertretenen Branchen erreichten im III. Quartal das Vorjahresergebnis nicht, drei blieben nur knapp darüber. Die Veränderungsraten gegen das Vorjahr liegen in den einzelnen Branchen zwischen +12% (Erdölindustrie) und -16% (Gießereindustrie).

Die Produktion in 23 Industriezweigen

	1967 ¹⁾			
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Jän./Sept.
Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Insgesamt	+ 0,3	+ 1,0	- 0,5	+ 0,3
Bergbau	-12,2	-12,1	- 4,7	- 9,8
Magnesitindustrie	-12,7	-15,0	- 6,4	-11,5
Erdölindustrie	+ 0,6	- 3,1	+12,2	+ 3,0
Eisenerzeugende Industrie	- 4,5	- 2,3	-11,3	- 6,1
Metallerzeugende Industrie	- 0,1	+ 2,1	- 1,0	+ 0,3
Stein- und keramische Industrie	- 2,2	- 0,0	- 1,5	- 1,1
Glasindustrie	+ 7,9	+ 8,1	+11,8	+ 9,3
Chemische Industrie	+ 7,6	+ 7,8	+ 4,6	+ 6,7
Papierherzeugende Industrie	- 0,2	- 0,7	+ 4,6	+ 1,2
Papierverarbeitende Industrie	+ 3,4	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,9
Holzverarbeitende Industrie	+ 7,7	- 0,4	+ 1,4	+ 2,8
Nahrungs- u. Genußmittelind.	+ 2,0	+ 4,7	+ 7,0	+ 4,7
Tabakindustrie	+ 8,7	+ 3,0	- 2,8	+ 2,9
Ledererzeug Industrie	-13,2	-14,2	-12,2	-13,3
Lederverarbeit. Industrie	- 7,0	- 9,5	- 5,2	- 7,4
Textilindustrie	- 0,8	- 0,9	- 4,9	- 2,1
Bekleidungsindustrie	+ 2,2	- 2,3	+ 0,6	+ 0,1
Gießereindustrie	- 6,8	-13,6	-15,7	-11,9
Masch., Stahl- u. Eisenbauind.	+ 2,9	+ 9,2	- 3,0	+ 3,2
Fahrzeugindustrie	-17,5	- 9,8	- 9,1	-12,3
Eisenwaren- u. Metallwarenind.	- 2,8	+ 4,9	+ 0,5	+ 0,9
Elektroindustrie	- 3,7	- 3,1	+ 0,8	- 2,1
Elektrizität	+ 7,4	+ 4,0	- 1,3	+ 3,1

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse 1967 gegen vorläufige Ergebnisse 1966.

Der Bergbau förderte auch im III. Quartal weniger als 1966 (-5%), die Einbußen waren aber geringer

als in den beiden Vorquartalen (jeweils -12%). Ähnliches gilt für die *Magnesit*industrie (-6%). Die *Erdöl*industrie produzierte nach schwachen Ergebnissen im 1. Halbjahr weit mehr als im Vorjahr ($+12\%$).

Die *eisenerzeugende* Industrie wurde im III. Quartal von der Konjunkturabschwächung voll getroffen (-11%). Im 1. Halbjahr konnten die Produktionseinschränkungen durch Aufarbeiten alter Aufträge und durch Exportsteigerungen noch in engen Grenzen gehalten werden. Im III. Quartal aber fruchteten die Exportbemühungen nicht mehr. Die Ausfuhr von Kommerzwalzware ($+3\%$) expandierte mäßig, die von Edelstahl ging um fast 20% zurück, nachdem sie im 1. Halbjahr noch kräftig gewachsen war.

Export von Walzmaterial

	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Jän./Sept.
	1 000 t			
Kommerzwalzware 1966	245 0	227 6	255 5	728 1
1967	232 9	243 1	262 3	738 3
Veränderung in %	-4 9	+6 8	+2 7	+1 4
Edelstahl 1966	32 2	32 6	37 6	102 4
1967	37 5	43 5	30 3	111 3
Veränderung in %	+16 5	+33 4	-19 4	+8 7

Q: Walzstahlbüro.

Die *metallerzeugende* Industrie (-1%) mußte nach einer leichten Erholung im Vorquartal die Produktion erneut drosseln. Vor allem die Aluminiumhütten befinden sich in einer schwierigen Lage; ihre Ausfuhr blieb im III. Quartal um ein Viertel unter dem Vorjahreswert. Die *Stein- und keramische* Industrie (-1%) erzeugte weiterhin etwas weniger als 1966. Die *Glas*industrie konnte die schon seit Jahresbeginn hohe Zuwachsrate sogar noch weiter steigern ($+12\%$).

In der *chemischen* Industrie ($+5\%$) hingegen schwächte sich die Expansion etwas ab. Vor allem die Erzeugung von Schwerchemikalien ($+4\%$) konnte nicht mehr so stark gesteigert werden wie im Vorquartal ($+12\%$).

Die *eisenverarbeitenden* Zweige geraten zunehmend in Schwierigkeiten. Die Eisenwaren- und Metallwarenindustrie erzeugten noch geringfügig mehr als 1966. In der Gießereindustrie (-16%) verstärkte sich die rückläufige Tendenz. In der Fahrzeugindustrie war der Rückstand gegen das Vorjahr mit 9% ungefähr gleich groß wie im II. Quartal.

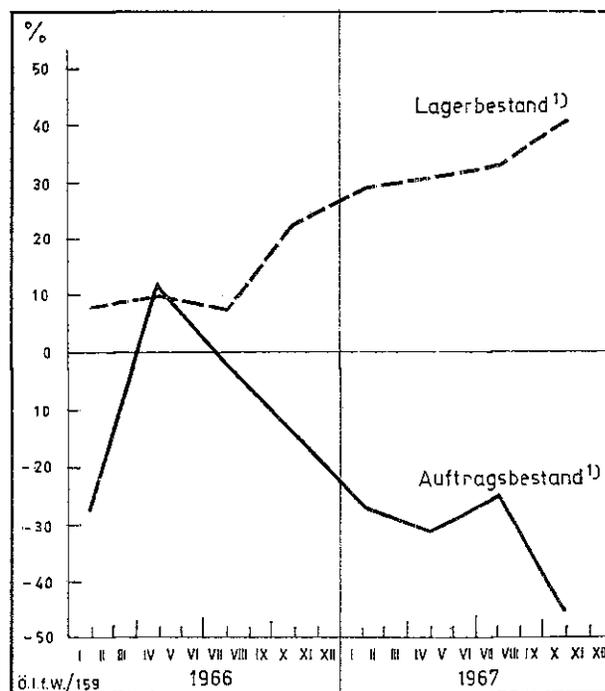
Von den traditionellen *Konsumgüter*industrien expandierte im III. Quartal nur die Nahrungs- und Genussmittelindustrie ($+7\%$) kräftig. Die Bekleidungsindustrie stagnierte auf dem Vorjahresniveau. Die Textilindustrie (-5%) mußte ihre Produktion drosseln.

Ledererzeugende (-12%) und lederverarbeitende Industrie (-5%) blieben etwa in gleichem Maß unter der Vorjahresproduktion wie im 1. Halbjahr.

Leichte Belegung der Bautätigkeit in den Sommermonaten

Nach der mäßigen Bautätigkeit im 1. Halbjahr ballten sich zwar zur Jahresmitte die Aufträge, die *realen Bauleistungen* waren aber im III. Quartal nur um 2% höher als 1966. Obschon die Nachfrage nach Arbeitskräften zum Teil nicht befriedigt werden konnte, war im Saisonhöhepunkt keine Überhitzung festzustellen. Da vielen Firmen im Herbst Anschlußaufträge fehlen¹⁾, wird das reale Bauvolumen im Jahresergebnis voraussichtlich nur wenig höher sein (etwa $+1\%$) als 1966. Die Auftragslage der Baustoffproduzenten wird sich infolge der mäßigen Baukonjunktur bis Ende 1966 kaum bessern; sie werden daher auch ihre Lager nicht merklich verringern können.

Die Verschlechterung der Auftragslage in der Baustoffindustrie



¹⁾ Saldenreihe aus den Prozentanteilen der Firmen mit großen und Firmen mit kleinen Beständen.

Im Sommer hatte sich die Auftragslage der am Konjunkturtest mitarbeitenden Firmen vorübergehend gebessert und die kritische Lagersituation etwas entspannt. Ende Oktober meldeten sie gegenüber der letzten Befragung (Ende Juli) eine weitere Verschlechterung ihrer Auftragslage und eine weitere Vergrößerung der Lagerbestände. Fast 70% der Baustoffproduzenten könnten mit ihrer Kapazität mehr erzeugen und sind nicht ausgelastet.

¹⁾ Siehe: „Ergebnisse der Herbsthebung des Investitionstestes“, S. 463 ff.

Die Baukonjunktur war heuer sowohl regional als auch in den einzelnen Bausparten unterschiedlich. In Tirol und Kärnten dürfte die Auftragslage viel besser gewesen sein als etwa in der Steiermark und in Oberösterreich. Der Kraftwerkbau war viel reger als der Hochbau.

Entwicklung des realen Bauvolumens

	Quartal				Jahresdurschnitt
	I	II	III	IV	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
1964	+26 8	+7 5	+10 8	+10 7	+11 2
1965	+ 4 8	-4 3	+ 6 9	+ 6 9	+ 3 5
1966	+10 0	+9 0	+ 4 0	+ 3 7	+ 6 0
1967 ¹⁾	- 2 0	+0 0	+ 2 0		

¹⁾ Vorläufige Werte

Die Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe liegt seit Februar unter dem Vorjahresniveau. Der Rückstand hat sich von Quartal zu Quartal vergrößert und erreichte im Sommer bereits -16% (I. Quartal -05%). Die Beschäftigungsabnahme ging auf Kosten der Inländer (III. Quartal -27%). Die Nachfrage nach Gastarbeitern hingegen war weit größer als im Vorjahr. Im Oktober dürften sie mit 20.900 ihren Höchststand erreicht haben; er ist um 13% höher als 1966. Obschon das Kontingent heuer um 11% größer war (seit Juli beträgt es 23.520), nahm die Auslastung von 87% auf 89% zu. Die Deckung des Saisonbedarfes an Arbeitskräften durch Gastarbeiter verringert die Schwankungen des Bestandes an inländischen Bauarbeitern zwischen Saisonhöhepunkt und Winter. Die beschäftigten Arbeitskräfte im Jänner 1965 entsprachen 75% der im Durchschnitt Juli bis Oktober 1964 beschäftigten Inländer, im Jänner 1967 bereits 79% vom Sommer 1966. Der Hauptverband der Bauarbeitergewerkschaft hat beschlossen, die Verhandlungen über das Fremdarbeiterkontingent in der Bauwirtschaft für 1968 länderweise und nicht wie bisher zentral zu führen.

Im Kontingent beschäftigte Fremdarbeiter des Baugewerbes¹⁾

	Kontingent		Im Kontingent Beschäftigte		Kontingentauslastung in %	
	1966	1967	1966	1967	1966	1967
Juli	19 665	23 520	16 735	19 273	85 1	81 9
August	21 265	23 520	17 810	20 591	83 8	87 5
September	21 265	23 520	18 043	20 732	84 8	88 1
Ø III. Quartal	20 732	23 520	17 529	20 199	84 6	85 9
Oktober	21 265	23 520	18 423	20 868	86 6	88 7

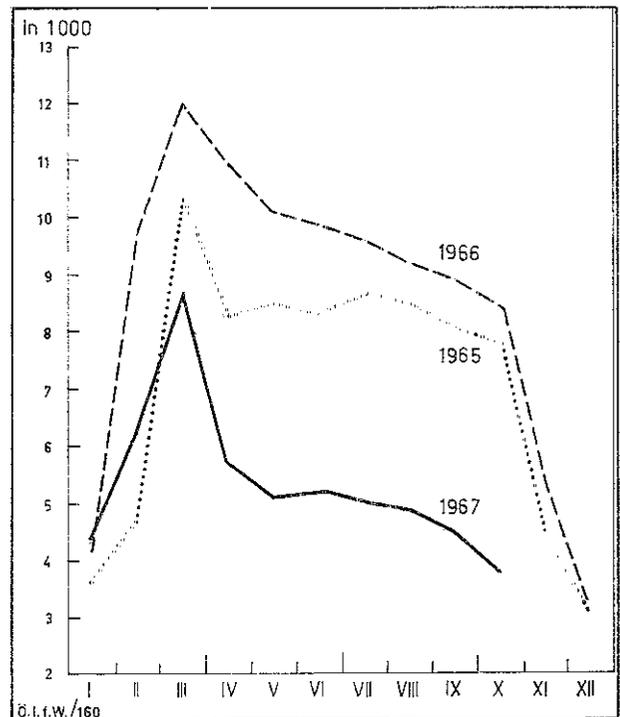
Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung — ¹⁾ Baugewerbe Zimmerer, Bauhilfsgewerbe, Hafner

Arbeitsuchende im Baugewerbe gab es im Frühjahr und Herbst mehr als im Vorjahr. In den Sommermonaten aber war das inländische Arbeitskräftepotential annähernd ausgeschöpft (Arbeitsuchende

III. Quartal +8%, Oktober +26%). In der Steiermark und in Oberösterreich allerdings wurden ständig mehr Arbeitslose registriert

Die Zahl der offenen Stellen war heuer viel niedriger als in den vergangenen Jahren. Im Sommer blieb sie konstant bei etwa 5.000 (III. Quartal -48%).

Das Stellenangebot im Baugewerbe



Die Nachfrage nach Arbeitskräften war heuer schwächer als in den Vorjahren. In der Hochsaison wurden im Monatsdurchschnitt nur 4.800 Stellen angeboten, gegen 8.400 und 9.200 in den Jahren 1965 und 1966

Die Produktion von Baustoffen (Investitionsgüter) stagnierte im III. Quartal auf der Vorjahreshöhe. Nach vorübergehender Besserung im Juli und August hat sich die Auftragslage wieder verschlechtert. Ende Oktober meldeten per Saldo 45% der Firmen eine schlechtere Auftragslage, Ende Juli nur 25%. Gleichzeitig sind die Lager weiter gewachsen. Erstmals beurteilten 41% (gegen 33% im Juli) der Produzenten ihre Lager als viel zu hoch. Die Auslastung der Betriebe ging viel stärker als saisonüblich zurück. 70% der Firmen könnten mit ihren Kapazitäten mehr erzeugen.

Der Baukostenindex für Wien (nur Wohnbau) lag im III. Quartal um 4% und im November um 27% (Teilindex für Arbeit +49%, Baustoffe -02%) über dem Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt wird er wahrscheinlich um 68% höher sein als 1966.

Die Auftragslage wird sich im kommenden Jahr nur unter bestimmten Voraussetzungen etwas bessern. Erst wenn das Eventualbudget realisiert wird, ist mit einer nennenswerten Steigerung der Bauausgaben des Bundes zu rechnen. Im Normalbudget ist der Autobahnbau absolut niedriger und der Hochbau nur etwa gleich hoch dotiert wie 1967. Obwohl im kommenden Jahr aus Steuern und Abgaben weniger Mittel für den Wohnbau eingehen werden als 1967 und die Wohnbauförderung ab 1968 in die Kompetenz der Länder übergehen wird, dürfte das Wohnbauvolumen nicht kleiner sein. Voraussetzung ist, daß die beabsichtigten Anleihen aufgenommen werden und die Länder, ähnlich wie bisher die Fonds, bereit sind, mehrjährige Wohnbauprogramme aufzustellen. Die Gefahr einer Auftragslücke im Frühjahr 1968 scheint gebannt zu sein. In den Novembersitzungen der Fonds wurden 3.600 Wohnungen vergeben, deren Bau im Frühjahr beginnen soll. Dazu kommen die von den Fonds bereits bewilligten Wohnungsbauten und die schon früher begonnenen Bauten. Bisher haben noch nicht alle Länder die notwendigen Institutionen vorgesehen und die gesetzlichen Voraussetzungen für die Übernahme der Wohnbaukompetenz geschaffen. Wenn die Wohnbauförderungsbeiräte der Länder bis Frühjahr 1968 arbeitsfähig sind, wird in der Wohnbauvergabe keine Unterbrechung eintreten. Die Entwicklung der Wohnbauausgaben von privaten Bauherren ist bisher nicht abzusehen. Die gesamten Ausgaben der Länder und Gemeinden dürften gleich stark zunehmen wie heuer. Bei den restlichen Bauherren ist die Prognose viel pessimistischer. Die Bauinvestitionen der E-Wirtschaft, der Industrie, der ÖBB sowie für die Brennerautobahn und die Felbertauern-Straße werden viel geringer sein als heuer.

Handel und Verbrauch

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.7

Sinkender Zuwachs des privaten Konsums

Die Nachfrage der Konsumenten, die etwa Mitte 1966 nachzulassen begann, schwächt sich weiter ab. Im III. Quartal waren die realen Konsumausgaben nur um etwa 2 1/2% höher als im Vorjahr, gegen fast 3 1/2% im 1. Halbjahr 1967 und 4% im 2. Halbjahr 1966. Da der Preisauftrieb etwas nachließ, nahmen die nominellen Konsumausgaben um knapp 6% zu, gegen 7% im 1. Halbjahr.

Ähnlich entwickelten sich auch die Einzelhandelsumsätze, auf die etwa die Hälfte der Konsumausgaben entfallen. Im III. Quartal waren sie real um knapp

2% höher als im Vorjahr, im 1. Halbjahr noch um fast 3%. Im Oktober ist der Zuwachs zwar wieder etwas gestiegen (+3%), allerdings hauptsächlich weil das Geschäftsergebnis im Oktober 1966 außergewöhnlich niedrig war. Gegen September nahmen die Umsätze viel schwächer zu (+1%) als saisongemäß zu erwarten war (+11%)

Masseneinkommen, privater Konsum, Spareinlagen und Teilzahlungskredite

Zeit	Netto-Einkommen der Unselbständigen	Privater Konsum	Spareinlagen ¹⁾	Teilzahlungskredite ²⁾	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
1962	+11 0	+9 3	+36 9	— 1 6					
1963	+ 8 6	+8 5	+10 3	+ 0 9					
1964	+ 8 6	+7 1	+38 2	+ 1 0					
1965	+ 8 9	+8 8	— 0 3	+12 4					
1966	+ 9 5 ³⁾	+7 0 ³⁾	+ 4 7	+ 8 9					
1967 1. Halbjahr	+ 9 2 ³⁾	+6 8 ³⁾	— 7 8	+ 3 7					
III Quartal	+ 7 4 ³⁾	+5 7 ³⁾	+15 7	+ 1 6					

¹⁾ Zuwachs der Spareinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten bei den Kreditinstituten einschließlich Zinsgutschriften — ²⁾ Aushaftende Kredite der Teilzahlungsinstitute zu Ende des Zeitabschnittes — ³⁾ Vorläufige Zahlen.

Das allmähliche Nachlassen des Zuwachses der Konsumentennachfrage hängt hauptsächlich damit zusammen, daß das reale *Masseneinkommen* seit Ende 1966 immer schwächer zunimmt. Im III. Quartal waren nach vorläufigen Berechnungen die Netto-Einkommen der Unselbständigen nominell um knapp 7 1/2%, im 1. Halbjahr um mehr als 9% höher als im Vorjahr. Real sank die Zuwachsrates von fast 6% auf etwa 4%.

Außerdem dürften die *Selbständigen*, auf die schätzungsweise fast ein Viertel der Konsumausgaben entfällt, infolge der schwachen Ertragslage schon seit Beginn dieses Jahres ihre Konsumausgaben kaum gesteigert haben. Im allgemeinen kann man annehmen, daß sich der Konsum der Unternehmer ähnlich entwickelt wie ihre Investitionen.

Über das *Sparen* der Haushalte ist aus der Spareinlagenstatistik kein verlässliches Bild zu gewinnen. Im 1. Halbjahr wurde von Wirtschaftsunternehmen und Privaten um 8% weniger auf Sparkonten eingelegt als im Vorjahr, im III. Quartal um 16% mehr. Die Einlagen bei den Sparkassen (einschließlich Bausparkassen), die hauptsächlich von Privathaushalten stammen dürften, nahmen im 1. Halbjahr ebenfalls um 8% ab, im III. Quartal aber um 1% und im Oktober um 15% zu. Auch das Wertpapiersparen der Haushalte scheint in letzter Zeit eher etwas höher gewesen zu sein als im Vorjahr. Man kann daher annehmen, daß die Sparquote seit Mitte des Jahres wieder etwa so hoch ist wie im Vorjahr.

Gleichzeitig wächst die *Verschuldung der Haushalte* langsamer als bisher. Mitte 1967 waren die Haushalte mit rund 8 Mrd. S Personal- und Teilzahlungskrediten bei Kredit- und Teilzahlungsinstituten um 11% höher verschuldet als im Vorjahr, Mitte 1966 um 21%. Seither dürfte der Zuwachs weiter abgenommen haben. Im III. Quartal wurden von den Teilzahlungsinstituten für die Anschaffung von dauerhaften und nichtdauerhaften Konsumgütern (Personenkraftwagen und Krafträder, Möbel, Elektro- und Gasgeräte, Textilien und Sonstiges) um 2% weniger Kredite gewährt als im Vorjahr, im 1. Halbjahr noch etwa gleich viel. Das aushaftende Kreditvolumen erreichte Ende September knapp das Vorjahresniveau, Ende Juni lag es noch um 3% darüber. Es ist anzunehmen, daß auch die Personal- und Teilzahlungskredite der Kreditinstitute, deren Zuwachs schon seit langem nachläßt, weniger gestiegen sind als bisher. Im Oktober nahm die Nachfrage nach Konsumkrediten wieder unerwartet zu. Die Teilzahlungsinstitute gewährten um 9% mehr Kredite als im Vorjahr, das aushaftende Kreditvolumen stieg um 1%. Allerdings war das Ergebnis im Oktober 1966 außergewöhnlich schwach.

Zum Unterschied von den Umsätzen nimmt die Nachfrage des Einzelhandels auf den vorgelagerten Stufen seit Mitte des Jahres wieder stärker gegen das Vorjahr zu. Sie wächst jedoch noch immer schwächer als die Umsätze, da weniger auf Lager gelegt wird. Im III. Quartal waren die *Wareneingänge* des Fachhandels (ohne Tabakwaren) um 4% höher als im Vorjahr, gegen nur 1% im 1. Halbjahr. In der gleichen Zeit sind die Umsätze um 5% und 4% gestiegen. Die *Lagerbestände*, die zu Beginn des Jahres noch um 9% höher waren als im Vorjahr, lagen Ende September nur knapp darüber. Die *Lagerquote* (Verhältnis zwischen Lager zu Einstandspreisen und Umsatz zu Verkaufspreisen) war daher im III. Quartal niedriger (156%) als im Vorjahr (161%) und als saisongemäß zu erwarten war (165%).

Umsätze, Wareneingänge und Lagerbestände im Fachhandel¹⁾

Zeit	Umsätze	Wareneingänge	Lagerbestände ²⁾
Veränderung gegen das Vorjahr in %			
1961	+ 9,5	+ 8,6	+ 9,3
1962	+11,2	+12,3	+6,5
1963	+ 6,9	+ 7,8	+9,4
1964	+ 5,7	+ 4,7	+9,6
1965	+ 7,7	+ 5,5	-0,8
1966	+ 4,8	+ 3,6	+8,7
1967 1. Halbjahr	+ 4,4	+ 1,4	+0,7 ³⁾
III. Quartal	+ 4,7	+ 4,5	+0,2 ³⁾

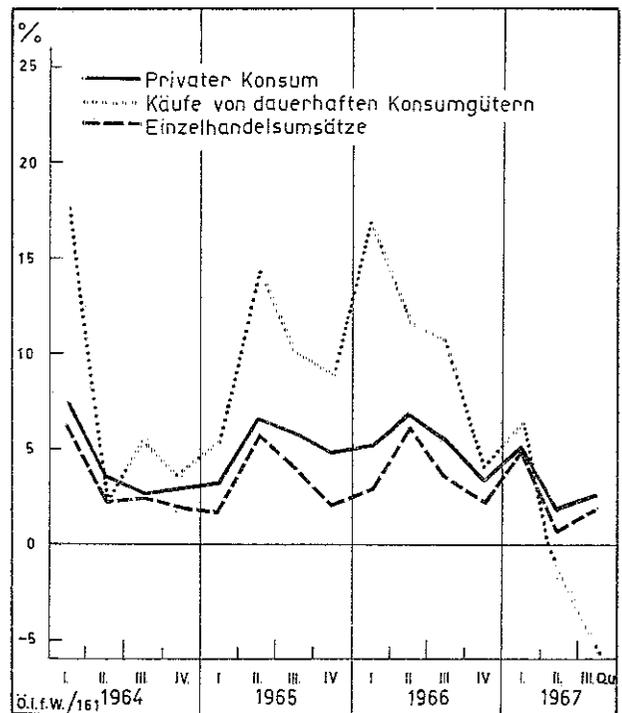
¹⁾ Ohne Tabakwaren — ²⁾ Zu Ende des Zeitabschnittes. — ³⁾ Vorläufige Zahlen.

Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern nimmt ab

Im III. Quartal gingen die Käufe von dauerhaften Konsumgütern, die in letzter Zeit meist überdurchschnittlich zugenommen hatten, erstmals merklich zurück. Die Neuanschaffungen von *Personenkraftwagen* für Privatzwecke waren um etwa 12% geringer als im Vorjahr, wogegen sie im 1. Halbjahr noch um 2% gestiegen waren. Aber auch die realen Einzelhandelsumsätze von *Hausrat und Artikeln des Wohnbedarfes*, die sich im 1. Halbjahr noch um 1% gegen das Vorjahr erhöhten, sind im III. Quartal um 5% gesunken. Außer Möbeln (-14%) wurden auch Teppiche, Möbel- und Vorhangstoffe, Hausrat und Elektrowaren (je -2%) weniger gekauft. Die Neuanschaffungen von *Fernsehgeräten* lagen im III. Quar-

Privater Konsum, Käufe von dauerhaften Konsumgütern und Einzelhandelsumsätze

(Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %)



Wie die Darstellung zeigt, reagiert die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern im allgemeinen auf Konjunkturschwankungen kräftiger als die nach den übrigen Gütern und Leistungen. In der Aufschwungphase bis etwa Mitte 1966 sind die Käufe von langlebigen Waren viel stärker gewachsen als die gesamten Konsumausgaben. Bis Frühjahr 1967 haben sich die Zuwachsraten in beiden Bereichen merklich genähert. Seither werden weniger langlebige Waren gekauft als im Vorjahr, wogegen der gesamte Konsum immer noch wächst.

Die Umsätze des Einzelhandels nahmen in den letzten Jahren stets schwächer zu als die Konsumausgaben, da sich die Nachfrage zugunsten von Waren und Leistungen verlagert hat, die nicht im Einzelhandel angeboten werden. Der Abstand ist in Aufschwungperioden meist größer als bei schwacher Konjunktur.

tal um 30% unter dem Vorjahr, im 1. Halbjahr waren sie noch etwa gleich hoch. Allerdings war die Nachfrage im Sommer 1966 wegen der Fußball-Weltmeisterschaften außergewöhnlich lebhaft. Im Oktober wurden wieder um 28% weniger neue Fernsehteilnehmer registriert als im Vorjahr. Am 1. November 1967 waren 950.000 Fernsehapparate angemeldet, d. h. 41% aller Haushalte hatten ein Fernsehgerät. Die realen Umsätze von *Uhren und Schmuckwaren* waren um 3% niedriger, im 1. Halbjahr noch fast gleich hoch wie im Vorjahr. Nur *Bücher* wurden im III. Quartal lebhafter gekauft (+7%) als im 1. Halbjahr (+5%). Auch im Oktober schnitten Einrichtungsgegenstände und Hausrat (+1%) sowie Schmuckwaren (—4%) besonders schlecht ab. Der Rückgang der Käufe von dauerhaften Konsumgütern läßt sich vor allem damit erklären, daß die Konsumenten mit dem Nachlassen des Einkommenszuwachses zunächst alle nicht unbedingt notwendigen Anschaffungen zurückstellten und sich nicht mehr stärker verschulden wollten.

Neuanmeldungen von Fernsehteilnehmern¹⁾

Zeit	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1961	97 543	+21 4
1962	85 813	—12 0
1963	87 364	+ 1 8
1964	121 276	+38 8
1965	124.087	+ 2 3
1966	141 626	+14 1
1967 1. Halbjahr	74 345	— 0 4
III. Quartal	17 698	—29 6
Oktober	7 700	—28 3

¹⁾ Nach Angaben der Post- und Telegraphenverwaltung.

Die Ausgaben für *Urlaubsreisen* wurden nicht eingeschränkt; sie nahmen noch immer überdurchschnittlich zu, jedoch weniger als bisher. Im III. Quartal wurde um 13% mehr für Reisen im In- und Ausland ausgegeben als im Vorjahr, im 1. Halbjahr aber noch um 20% mehr. Die *Kinobesuche*, die schon seit langem rückläufig sind, waren im III. Quartal um 13% niedriger als im Vorjahr. Da die Preise stiegen und sich die Nachfrage teilweise zu den besseren Plätzen verlagerte, wurden die Ausgaben nur um 8% eingeschränkt. Obwohl die Theaterbesuche in Wien (nur Privattheater) stärker gestiegen sind (+11%) als im 1. Halbjahr (+1/2%), erhöhten sich die gesamten Ausgaben für *Bildung, Unterhaltung und Erholung* im III. Quartal weniger (nominell +9%, real +6%) als vorher (+12% und +9%).

Die Nachfrage nach Gütern und Leistungen des Grundbedarfes dagegen wuchs im gleichen Umfang, teils sogar etwas stärker als vorher. Für *Nahrungsmittel und Getränke* wurde im III. Quartal um 7% (real um knapp 3%) mehr ausgegeben als im Vor-

jahr, gegen 6% (2 1/2%) im 1. Halbjahr. Auch die realen Ausgaben für *Bekleidung und persönliche Ausstattung* nahmen im III. Quartal stärker zu (+1 1/2%) als im 1. Halbjahr (+1/2%). Schuhe wurden nur knapp soviel gekauft wie im Vorjahr (im 1. Halbjahr um etwa 1/2% mehr), die Umsätze von Textilien stiegen aber um fast 3%, wogegen sie im 1. Halbjahr nur etwa gleich hoch waren wie im Vorjahr. Im Oktober war infolge des milden Wetters die Kauflust wieder sehr schwach. Die Umsätze des Bekleidungseinzelhandels lagen real um etwa 2 1/2% unter dem Vorjahr.

Einzelhandelsumsätze nach Branchen

Branchengruppe bzw. Branche ¹⁾	1967			
	1966	1 Hbj.	III Qu.	Oktober
Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Lebensmittel	+ 47	+47	+ 68	+ 65
Tabakwaren	+ 99	+50	+ 32	+ 71
Bekleidung	+ 37	+29	+ 35	— 12
Textilien	+ 29	+21	+ 43	— 33
Schuhe	+ 79	+34	+ 12	+ 12
Hausrat und Wohnbedarf	+ 82	+39	— 27	+ 07
Möbel	+101	+49	—103	— 81
Teppiche Möbel- und Vorhangstoffe	+ 61	—08	+ 17	— 68
Hausrat und Eisenwaren	+ 62	+39	+ 05	+ 35
Elektrowaren	+ 97	+23	— 25	+113
Sonstige Waren	+ 43	+65	+ 52	+ 89
Fahrräder, Nähmaschinen und Zubehör	+149	+81	+ 85	+190
Photoartikel	+ 21	+87	— 08	+ 44
Leder- und Galanteriewaren	+ 23	—01	— 13	+ 41
Sportartikel, Spielwaren	+ 58	+33	+ 19	— 25
Parfumerie- und Drogeriewaren	+131	+63	+ 83	+ 05
Papierwaren und Büroartikel	+ 31	+51	— 15	— 14
Bücher	+ 84	+55	+ 76	+109
Uhren und Schmuckwaren	+ 36	—09	— 31	— 36
Brennstoffe	— 96	+97	+112	+316
Einzelhandel insgesamt	+ 50	+45	+ 49	+ 48
Dauerhafte Konsumgüter	+ 84	+43	— 02	+ 31
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+ 44	+46	+ 58	+ 52

¹⁾ Aufgliederung nach Untergruppen nur für den Fachhandel.

Die Ausgaben für *öffentliche Verkehrsmittel* waren im 1. Halbjahr infolge der Tarifierhöhungen um 23% gestiegen, im III. Quartal nahmen sie nur um 6% zu¹⁾. Die reale Nachfrage ist ähnlich wie im 1. Halbjahr gesunken.

Für *Beheizung und Beleuchtung* wurde real um knapp 3%, im 1. Halbjahr um etwa 3 1/2% mehr ausgegeben als im Vorjahr. Der Verbrauch von Kohle nahm zwar etwas weniger ab als bisher (—3% gegen —6%), der Gasverbrauch ging aber leicht zurück (—1%), nachdem er im 1. Halbjahr noch um 3% gestiegen war. Der Konsum der Haushalte an Strom und Brennholz entwickelte sich ähnlich wie bisher.

¹⁾ Die Tarife der Bundesbahnen und der Postautobusse wurden schon im August 1966 erhöht, die wichtigsten Straßenbahnen wurden ab Jänner 1967 verteuert.

Entwicklung des privaten Konsums

	1964	1965	1966 ¹⁾	1967 ¹⁾	
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %				
				1. Hbj	III. Qu
Nahrungsmittel und Getränke	+2,4	+2,3	+3,2	+2,4	+2,7
Tabakwaren	+4,1	+6,2	+8,2	+5,0	+3,2
Bekleidung	+4,2	+5,8	+1,4	+0,5	+1,5
Wohnungseinrichtung und Hausrat	+5,6	+6,3	+5,9	+0,9	-4,8
Beheizung und Beleuchtung	-1,0	+3,2	+0,8	+3,4	+2,7
Bildung, Unterhaltung, Erholung	+6,5	+11,7	+8,1	+9,1	+6,3
Verkehr	+8,2	+10,9	+13,3	+7,8	+5,7
Sonstige Güter und Leistungen	+4,0	+2,9	+6,6	+3,2	+2,9
Privater Konsum insgesamt	+3,9	+5,1	+5,1	+3,4	+2,6

¹⁾ Vorläufige Schätzung.

Obwohl die realen Aufwendungen für Betrieb und Erhaltung von Kraftfahrzeugen infolge des wachsenden Bestandes ziemlich gleichmäßig zunehmen und sich die Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsleistungen ähnlich verminderte wie vorher, sind infolge des Rückganges der Käufe von Personenkraftwagen die gesamten *Verkehrsausgaben* real um knapp 6% gestiegen, gegen 8% im 1. Halbjahr.

Geschäftsgang des Großhandels schwächt sich weiter ab

Der Zuwachs der Umsätze des Großhandels, der schon seit Jahresbeginn merklich nachgelassen hat, nimmt weiter ab. Im III. Quartal wurde um 3% (real um etwa knapp 1/2%), im 1. Halbjahr noch um 4 1/2% (2%) mehr verkauft als im Vorjahr. Die Ursache liegt teils in der Nachfrageschwäche des Einzelhandels, teils im Rückgang der Importe.

Entwicklung der Umsätze des Großhandels nach Branchen

Branche bzw. Branchengruppe	1966	1967		
		1. Hbj.	III. Qu	Okt.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Lebensmittel und Getränke	+8,4	+10,0	+4,9	+12,8
Landesprodukte	+0,8	-1,0	+5,3	-4,9
Mineralöl	+13,3	+13,7	+5,9	+11,6
Brennstoffe	-10,5	+2,5	-6,7	+11,7
Holz	+2,1	+5,4	+4,1	-3,2
Baustoffe	+11,2	+3,4	+4,1	+5,9
Chemikalien und Pharmazeutika	+12,2	+6,0	+11,5	+28,3
Maschinen	+4,6	-10,3	-8,4	-21,0
Fahrzeuge und Zubehör	+13,3	+8,4	+3,6	-1,6
Elektrowaren	+9,2	-2,6	+3,1	+10,9
Eisen- und Metallwaren	+11,6	-1,6	-10,0	-4,2
Metalle und Metallhalbfabrikate	+10,2	-5,3	-6,0	+5,2
Felle, Häute, Leder	+8,7	-19,9	-9,4	-8,6
Papier, Papierwaren Druck- erzeugnisse	+12,5	-2,7	-1,7	+3,0
Textilien	+0,9	+3,3	-11,2	-3,1
Parfumeriewaren	+7,0	+4,6	+1,7	+0,0
Waren verschiedener Art	+6,3	+11,4	+12,7	+20,2
Großhandel insgesamt	+7,4	+4,5	+2,7	+6,5
Agrarerzeugnisse	+5,1	+5,2	+5,1	+5,7
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+7,9	+5,6	+2,4	+10,5
Fertigwaren	+9,7	-0,3	-4,1	-3,2
Sonstiges	+6,3	+11,4	+12,7	+20,2

Am schlechtesten schnitt der Großhandel mit Fertigwaren ab. Seine Umsätze, die schon im 1. Halbjahr nur knapp das Vorjahresniveau erreichten, sanken um 4%, vor allem, weil der Einzelhandel sehr zurückhaltend einkaufte und die Einfuhr der meisten Fertigwaren (Maschinen, Kraftfahrzeuge, Kleidung) weniger stieg oder stärker sank als bisher. Rohstoffe und Halbfertigwaren wurden nur um 2% mehr verkauft als im Vorjahr, gegen 6% im 1. Halbjahr. Besonders schwach gingen Brennstoffe (-7%), Metalle und Metallhalbfabrikate (-6%), Felle, Häute, Leder (-9%), da die Einfuhren dieser Waren, die schon seit Anfang des Jahres rückläufig sind, stark sanken. Dagegen waren die Großhandelsumsätze von Lebensmitteln und Agrarerzeugnissen trotz der weiter abnehmenden Importe ebenso wie im 1. Halbjahr um 5% höher als im Vorjahr. Der Großhandel mit Waren verschiedener Art konnte sogar einen größeren Umsatzzuwachs erzielen (+13%, real +10%) als im 1. Halbjahr (+11% und +9%).

Im Gegensatz zur bisherigen Entwicklung expandierte der Großhandel im Oktober überraschend kräftig. Seine Umsätze waren nominell um 6 1/2%, real um etwa 5 1/2% höher als vor einem Jahr. Damals war der Geschäftsgang aber relativ schwach.

Die *Wareneingänge* des Großhandels blieben im III. Quartal ebenso wie vorher hinter der Umsatzentwicklung zurück. Sie waren nur um 1%, die Umsätze um 3% höher als im Vorjahr. Nur Lebensmittel und Agrarerzeugnisse wurden lebhafter eingekauft (+7%), als der Umsatzentwicklung entsprach (+5%); in allen anderen Branchengruppen nahmen die Wareneingänge weniger zu oder stärker ab als die Umsätze. Im Oktober dagegen wuchsen die Wareneingänge stärker (+8%) als die Umsätze (+6 1/2%). Insbesondere die Großhandelslager von Rohstoffen, Halb- und Fertigwaren wurden etwas aufgefüllt.

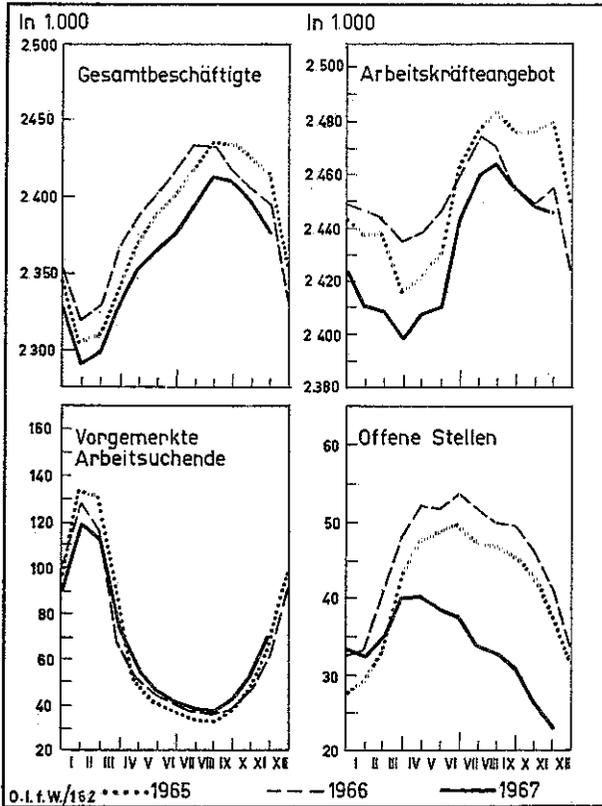
Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7 1 bis 7 13

Auf dem Arbeitsmarkt wurde die Konjunkturlaute im Herbst erstmals deutlich spürbar. Während im Sommer nur die Zahl der offenen Stellen sank und die Arbeitslosigkeit wohl konstant, aber nur wenig, höher war als 1966, begann im Herbst die Beschäftigung zu sinken, wiewohl nunmehr praktisch keine jugendlichen Arbeitskräfte durch die Einführung des 9. Schuljahres im Vorjahr ausfielen.

Zum Teil geht der Beschäftigungsrückgang im Spätherbst auf den Abbau ausländischer Arbeitskräfte zurück, zum Teil auf zunehmende Arbeitslosigkeit. Daneben schrumpfte das Stellenangebot weiter und auch die Industriebeschäftigung zeigte keine deutliche Stabilisierungstendenz.

Der Arbeitsmarkt im Herbst 1967



Obwohl heuer im Gegensatz zum Vorjahr ein neuer Jahrgang an Schulabsolventen zur Verfügung stand, ist im Spätherbst der Rückstand der Beschäftigung gegen das Vorjahr größer geworden. Die Arbeitslosigkeit stieg wohl stärker als saisonüblich, die Zunahme hat sich aber im November nicht weiter beschleunigt. Die Zahl der offenen Stellen nahm unvermindert stark ab, auf etwas mehr als die Hälfte des Vorjahresstandes.

Sinkende Beschäftigung

Im Herbst stand dem Arbeitsmarkt wieder ein normaler Jahrgang von Schulabsolventen zur Verfügung. Dennoch blieben die Beschäftigtenzahlen um mehr als 9.000 unter dem Vorjahresstand. Bis Ende November verschärfte sich der Rückgang; es wurden nur noch 2,376.500 Personen beschäftigt (1,510.600 Männer und 865.900 Frauen), um 17.300 (5.000 und 12.300) weniger als vor einem Jahr. Zu Herbstbeginn traf der Rückgang vor allem Frauen, im November auch die Männer. Die Frauen scheinen zumindest vorläufig in vielen Berufen nicht weiter vordringen zu können, damit ist ein weiteres stärkeres Steigen der Erwerbsquote nicht zu erwarten.

Die Beschäftigung im Herbst

Monat	Veränderung gegen Vormonat	1966		Veränderung gegen Vorjahr	1967	
		Stand zu Monatsende	Veränderung gegen Vorjahr		Stand zu Monatsende	Veränderung gegen Vorjahr
in 1 000 Personen						
<i>Männer</i>						
August	- 17	1.535,7	- 2,9	+ 7,7	1.531,4	- 4,4
September	- 9,1	1.526,6	- 8,5	- 2,7	1.528,6	+ 2,0
Oktober	- 4,6	1.522,0	-11,1	- 6,2	1.522,4	+ 0,4
November	- 6,5	1.515,6	-10,3	-11,8 ¹⁾	1.510,6 ¹⁾	- 5,0 ¹⁾
<i>Frauen</i>						
August	+ 1,1	897,8	- 0,1	+ 8,4	882,1	-15,7
September	- 5,5	892,3	- 7,0	- 1,8	880,3	-11,9
Oktober	- 8,8	883,4	- 9,7	- 6,5	873,8	- 9,6
November	- 5,3	878,2	-10,8	- 7,9 ¹⁾	865,9 ¹⁾	-12,3 ¹⁾
<i>Männer und Frauen zusammen</i>						
August	- 0,6	2.433,5	- 3,0	+16,1	2.413,4	-20,1
September	-14,6	2.418,9	-15,5	- 4,5	2.409,0	- 9,9
Oktober	-13,4	2.405,5	-20,8	-12,7	2.396,2	- 9,2
November	-11,7	2.393,7	-21,0	-19,8 ¹⁾	2.376,5 ¹⁾	-17,3 ¹⁾

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. — ¹⁾ Vorläufige Zahlen

Auch die Beschäftigung von Fremdarbeitern reagierte Mitte November erstmals auf die rückläufige Nachfrage, nachdem sie bisher von der allgemeinen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt unberührt geblieben war. Ihre Zahl sank auf 61.100 und liegt nur noch um 12.900 über dem Vorjahresstand, gegen eine Mehrbeschäftigung von knapp 15.000 seit Jahresmitte.

Im Kontingent beschäftigte Fremdarbeiter

Monatsmitte	Im Kontingent beschäftigte Fremdarbeiter			Veränderung gegen das Vorjahr	
	männl.	weibl.	zusammen	absolut	in %
1966, August	38.433	9.453	47.886	+15.066	+45,9
September	39.154	9.948	49.102	+15.004	+44,0
Oktober	40.063	7.344	47.407	+14.290	+43,2
November	40.638	7.642	48.280	+14.109	+41,3
1967, August	48.319	14.252	62.571	+14.685	+30,7
September	48.876	14.540	63.416	+14.314	+29,2
Oktober	48.974	13.576	62.550	+15.143	+31,9
November	48.153	12.984	61.137	+12.857	+26,6

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung.

Die Beschäftigung nach Bundesländern zeigt in Wien einen angebotsbedingten Rückgang. Außerdem schrumpfte die Beschäftigung allgemein in Bundesländern mit stark entwickelter oder neu gegründeter Industrie (Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Vorarlberg, Burgenland). Ein wenn auch abnehmender Zuwachs an Unselbständigen ergab sich noch in Kärnten, Salzburg und Tirol.

Der Abbau der Beschäftigung in der Landwirtschaft setzte in diesem Herbst etwas später ein als in den beiden Vorjahren (im August stieg die Beschäftigung noch geringfügig), dadurch verringerte sich der Abstand zum Vorjahr etwas. Ende Oktober gab es 93.600 Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft, um 5.500 weniger als im Vorjahr.

Die Beschäftigung in der gewerblichen Wirtschaft (einschließlich öffentlich Vertragsbediensteter und Hauspersonal) ist seit der Aufnahme der früher Teilversicherten im Juni mit den Vorjahresdaten nicht exakt vergleichbar, weil etwa 30.000 Personen in die Statistik aufgenommen wurden. Berücksichtigt man diesen Umstand, dann sank die Beschäftigung in der gewerblichen Wirtschaft Ende Oktober um 4.000 bis 5.000 unter den Vorjahresstand.

Die Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der gewerblichen Wirtschaft

Monat	1966			1967		
	Veränderung gegen Vormonat	Stand zu Monatsende	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vormonat	Stand zu Monatsende	Veränderung gegen Vorjahr
in 1 000 Personen						
<i>Land- und Forstwirtschaft¹⁾</i>						
Juli	+ 16	103 0	- 63	+ 0'9	97 0	- 6 0
August	- 0 3	102 7	- 6 5	+ 0 3	97 3	- 5 4
September	- 2 1	100 6	- 6 6	- 1 8	95 5	- 5 2
Oktober	- 1 6	99 1	- 6 1	- 1 9	93 6	- 5 5
<i>Gewerbliche Wirtschaft²⁾</i>						
Juli	+14 1	1 993 1	+22'1	+23'4	1 993 6	+ 0 5
August	- 0 6	1 992 5	+ 4 1	+16 6	2 010 2	+17 7
September	-12 8	1 979 7	- 9 1	- 4 0	2 006 2	+26 5
Oktober	-11 2	1 968 5	-13 9	-12 2	1 994 0	+25 6

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. — ¹⁾ Versicherte der Landwirtschaftskrankenkassen. — ²⁾ Einschließlich der öffentlich Vertragsbediensteten und des Hauspersonals.

Der saisonübliche Aufschwung der Industriebeschäftigung im III. Quartal ist so wie im Vorjahr ausgeblieben, obwohl diesmal Nachwuchskräfte zur Verfügung standen. Mit 581.100 gab es Ende September nur 600 oder 0 1% Beschäftigte mehr als zu Beginn des Quartals (1966 waren es noch +1 3%). Der Vorjahresstand wurde um 21.400 Beschäftigte (-3 6%) unterschritten. Frauen (-5 1%) waren davon stärker betroffen als Männer (-2 7%).

In der Lederverarbeitung, Fahrzeugindustrie, Eisenwaren- und Metallwarenindustrie, Stein- und keramischen Industrie, Glasindustrie, chemischen Industrie und in der Holzverarbeitenden Industrie war die Entwicklung im Laufe des Quartals günstiger, in den anderen Zweigen etwa gleich oder ungünstiger als im Vorjahr. Außer der Glasindustrie beschäftigten Ende September alle Zweige weniger Personal als 1966, die Gießereien und der Bergbau bereits über 10% weniger. Auch die eisenerzeugende, die Metallwaren- und die Papierindustrie bauten ihren Beschäftigtenstand überdurchschnittlich, die Elektroindustrie im Durchschnitt ab. Unter den Konsumgüterindustrien waren die Rückgänge in Ledererzeugender und -verarbeitender Industrie, Textilindustrie und Bekleidungsindustrie am größten.

Die Industriebeschäftigung im III. Quartal

Industriezweig	Veränderung von Ende Juni bis Ende September		Stand Ende Sept. 1967	Veränderung gegen das Vorjahr	
	1966	1967		absolut	in %
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	+981	+ 840	50 508	- 636	- 1 2
Ledererzeugung	- 56	- 28	2 457	- 151	- 5 8
Lederverarbeitung	- 6	+ 178	14 807	- 994	- 6 3
Textilindustrie	-307	- 360	62 791	- 3 716	- 5 6
Bekleidungsindustrie	+392	- 361	35 052	- 1 868	- 5 1
Gießereindustrie	- 51	- 150	8 391	- 1 068	-11 3
Metallindustrie	+ 15	+ 27	7 583	- 136	- 1 8
Maschinen-, Stahl- u. Eisenbauindustrie	+224	+ 222	62 871	- 662	- 1 0
Fahrzeugindustrie	+154	+ 556	24 057	- 742	- 3 0
Eisenwaren- u. Metallwarenindustrie	-388	- 257	49 733	- 2 167	- 4 2
Elektroindustrie	-275	- 213	49 616	- 1 834	- 3 6
Bergwerke	-423	- 550	22 063	- 2 618	-10 6
Eisenerzeugende Industrie	-238	- 134	41 848	- 1 752	- 4 0
Erdölindustrie	- 37	- 55	6 959	- 219	- 3 1
Stein- u. keramische Industrie	+231	+ 529	30 751	- 933	- 2 9
Glasindustrie	- 19	+ 192	9 928	+ 14	+ 0 1
Chemische Industrie	+ 70	+ 231	49 404	- 372	- 0 7
Papier- u. pappeerzeugende Industrie	-204	- 258	17 195	- 751	- 4 2
Papierverarbeitende Industrie	+ 36	+ 43	9 806	- 144	- 1 4
Filmindustrie	-	- 138	970	- 138	-12 5
Holzverarbeitende Industrie	- 70	+ 257	24 330	- 546	- 2 2
Insgesamt	+ 29	+ 571	581 120	-21 433	- 3 6
Männer	+ 61	+1 095	378 029	-10 435	- 2 7
Frauen	- 32	- 524	203 091	-10 998	- 5 1

Q: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Sektion Industrie); erzeugende Betriebe mit sechs und mehr Beschäftigten ohne Zentralbüros, Säge-, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke

Salzburg war das einzige Bundesland, das eine höhere Industriebeschäftigung aufwies als 1966, in Tirol und Vorarlberg nahm sie nur schwach ab. In Wien, Steiermark und im Burgenland war im September der Rückstand gegen das Vorjahr am größten, in Niederösterreich verringerte er sich seit Juni.

Auch die geleisteten Arbeitsstunden in der Industrie zeigen sinkende Tendenz. Im III. Quartal hat jeder Arbeiter einen ganzen Tag (8 Stunden) weniger gearbeitet als 1966, nachdem vor allem im September je Arbeiter um 4 Arbeitsstunden weniger geleistet wurden

Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie

Zeit	Geleistete monatliche Arbeitsstunden je Arbeiter ¹⁾	Veränderung gegen das Vorjahr	
		absolut	in %
1966 Juni	166 9	+2 1	+1 3
Juli	160 2	+1 6	+1 0
August	155 1	-5 4	-3 4
September	167 7	+1 0	+0 6
1967, Juni	168 8	+1 9	+1 1
Juli	157 0	-3 2	-2 0
August	154 1	-1 0	-0 6
September	163 7	-4 0	-2 4

Q: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Sektion Industrie); erzeugende Betriebe mit sechs und mehr Beschäftigten ohne Zentralbüros, Säge-, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke. — ¹⁾ Ohne Heimarbeiter.

Zunehmende Arbeitslosigkeit

Während die Arbeitslosigkeit im Sommer den Vorjahresstand ziemlich gleichmäßig um 2.000 Personen übertraf, begann sie im Herbst stärker als saisongemäß zu steigen. Im September und Oktober stieg die Arbeitslosigkeit um rund 2.000 rascher als im Vorjahr, im November verlangsamte sich die Zunahme (+1.000). In letzter Zeit wurden Männer relativ stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen, Ende November gab es 69.400 Arbeitslose (20.700 Männer und 48.600 Frauen), um 7.200 mehr als 1966.

Veränderung der Arbeitslosigkeit

Monat	1966		1967		Veränderung gegen Vorjahr
	Veränderung gegen Vormonat	Stand zu Monatsende	Veränderung gegen Vorjahr	Stand zu Monatsende	
<i>Männer</i>					
August	- 0,9	9,2	+ 0,7	9,6	+ 0,3
September	+ 0,1	9,3	+ 0,1	10,6	+ 1,3
Oktober	+ 1,2	10,5	- 0,0	12,9	+ 2,4
November	+ 6,2	16,6	- 0,7	20,7 ¹⁾	+ 4,1 ¹⁾
<i>Frauen</i>					
August	- 0,7	25,7	+ 1,0	27,3	+ 1,6
September	+ 2,1	27,8	- 0,7	30,3	+ 2,6
Oktober	+ 7,7	35,5	- 0,9	39,3	+ 3,8
November	+ 10,0	45,5	- 1,5	48,6 ¹⁾	+ 3,1 ¹⁾
<i>Männer und Frauen zusammen</i>					
August	- 1,6	34,9	+ 1,8	36,9	+ 2,0
September	+ 2,2	37,1	- 0,6	40,9	+ 3,8
Oktober	+ 8,9	46,0	- 0,9	52,1	+ 6,2
November	+ 16,2	62,2	- 2,3	69,4 ¹⁾	+ 7,2 ¹⁾

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung — ¹⁾ Vorläufige Zahlen

Von der Zunahme der Arbeitslosigkeit gegen das Vorjahr entfiel ein Großteil auf Baugewerbe und Metallarbeiter. Trotz raschem Abbau der Fremdarbeiter wurden Ende November um 43% mehr arbeitssuchende Bauarbeiter ausgewiesen als 1966, und bei den Metallarbeitern gab es um 34% mehr. Nicht so stark betroffen wurden unter anderem die Nahrungs- und Genußmittelhersteller, die Handelsberufe, die Hotel-, Gaststätten- und Küchenberufe sowie die allgemeinen Büroberufe. Das weist nicht unbedingt auf eine günstigere Entwicklung der Beschäftigung hin. In den Handelsberufen und bei den Nahrungs- und Genußmittelherstellern dürften in den letzten Jahren für die Weihnachtssaison kurzfristig Aushilfskräfte aufgenommen worden sein, die im übrigen Jahr nicht im Arbeitskräfteangebot aufscheinen. (Sie lassen das Arbeitskräfteangebot im November stets merklich steigen.) Heuer dürfte der Bedarf an Aushilfskräften überwiegend aus freigesetzten Arbeitnehmern gedeckt worden sein.

In allen Bundesländern außer Wien war die Arbeitslosigkeit im Herbst höher als im Vorjahr, insbesondere in den stärker industrialisierten Ländern Ober-

Die Arbeitslosigkeit in den wichtigsten Berufsgruppen

Berufsgruppe	Veränderung der Zahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden von 1966 bis 1967 in %				Stand Ende Nov. 1967 ¹⁾
	Aug	Sept.	Okt	Nov ¹⁾	
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	- 2,9	+ 8,3	+ 12,8	- 17,1	6 497
Steinarbeiter	+ 2,7	- 1,3	- 0,2	- 5,3	1 260
Bauberufe	+ 6,8	+ 18,5	+ 30,2	+ 42,9	6 519
Metallarbeiter, Elektriker	+ 18,5	+ 19,0	+ 24,9	+ 34,0	3 816
Holzverarbeiter	+ 11,4	+ 4,7	+ 11,0	+ 20,1	1 099
Textilberufe	+ 9,9	+ 5,0	+ 5,7	+ 6,3	1 998
Bekleidungs- und Schuhhersteller	+ 16,7	+ 17,0	+ 20,9	+ 21,5	4 710
Nahrungs- u. Genußmittelherst.	- 1,5	+ 15,8	+ 18,5	+ 14,8	1 286
Hilfsberufe allgemeiner Art	- 5,4	+ 2,4	+ 6,5	+ 12,5	4 356
Handelsberufe	+ 3,6	+ 18,5	+ 21,7	+ 19,7	4 168
Hotel-, Gaststätten- und Küchenberufe	- 10,4	- 0,1	+ 8,4	+ 7,5	14 361
Reinigungsberufe	+ 3,2	+ 3,1	+ 4,2	+ 8,8	3 480
Allg. Verwaltungs- u. Büroberufe	+ 10,5	+ 13,0	+ 16,6	+ 14,9	5 944
Sonstige	+ 5,9	+ 10,5	+ 11,9	+ 13,5	9 897
Insgesamt	+ 5,6	+ 10,3	+ 13,4	+ 11,6	69 391
Männer	+ 3,7	+ 13,6	+ 23,0	+ 24,7	20 744
Frauen	+ 6,3	+ 9,2	+ 10,6	+ 6,8	48 647

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung — ¹⁾ Vorläufige Zahlen.

österreich, Niederösterreich, Steiermark und Vorarlberg, aber auch im neuindustrialisierten Burgenland. Die Besserung der Lage in der Steiermark von Oktober auf November darf nicht überschätzt werden, da dort die Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum des Vorjahres besonders stark gestiegen war. In Kärnten, Salzburg und Tirol blieb die Zunahme relativ gering.

Veränderung der Arbeitslosigkeit in den Bundesländern

Bundesland	Veränderung der Zahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden von 1966 bis 1967 in %				Stand Ende Nov. 1967 ¹⁾
	Aug	Sept.	Okt	Nov ¹⁾	
Wien	- 6,8	- 4,3	- 0,9	- 1,6	13 843
Niederösterreich	+ 13,3	+ 19,2	+ 22,6	+ 18,0	11 135
Steiermark	+ 19,8	+ 18,9	+ 20,8	+ 7,0	12 049
Kärnten	- 4,1	+ 6,9	+ 6,3	+ 8,6	8 504
Oberösterreich	+ 15,7	+ 31,5	+ 34,1	+ 33,7	10 445
Salzburg	+ 7,3	+ 10,5	+ 11,2	+ 9,1	4 164
Tirol	+ 11,1	+ 1,1	+ 7,8	+ 9,7	5 511
Vorarlberg	+ 21,2	+ 31,4	+ 41,4	+ 43,4	962
Burgenland	+ 23,9	+ 25,1	+ 33,7	+ 22,8	2 778
Österreich insgesamt	+ 5,6	+ 10,3	+ 13,4	+ 11,6	69 391

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung. — ¹⁾ Vorläufige Zahlen

Weiterhin schrumpfendes Stellenangebot

Der fallende Trend des Stellenangebotes setzte sich im Herbst unvermindert fort. Die offenen Stellen für Männer sanken bis Ende November auf weniger als die Hälfte, die für Frauen auf zwei Drittel des Vorjahresstandes.

Für jede beim Arbeitsamt gemeldete offene Stelle gab es Ende November etwa 2 arbeitslose Männer und 4 Frauen. Vor einem Jahr stieg die Stellenandrangzahl im Herbst (August bis November) von 0,7 auf 1,5, heuer von 1,1 auf 3,0.

Das Stellenangebot im Herbst

Monat	1966			1967		
	Veränderung gegen Vormonat	Stand zu Monatsende	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vormonat	Stand zu Monatsende	Veränderung gegen Vorjahr
in 1 000						
<i>Offene Stellen für Männer</i>						
August	-1 0	28 8	+0 4	-0 3	17 3	-11 5
September	-0 6	28 2	+0 5	-0 9	16 3	-11 9
Oktober	-1 5	26 7	-0 3	-2 3	14 1	-12 6
November	-4 8	21 9	+0 4	-3 8 ¹⁾	10 3 ¹⁾	-11 6 ¹⁾
<i>Offene Stellen für Frauen</i>						
August	-0 5	21 2	+3 1	-0 7	15 3	- 5 9
September	-0 1	21 2	+3 6	-1 0	14 3	- 6 9
Oktober	-1 5	19 7	+3 7	-1 9	12 3	- 7 4
November	-0 5	19 2	+2 5	+0 1 ¹⁾	12 5 ¹⁾	- 6 7 ¹⁾
<i>Insgesamt</i>						
August	-1 5	50 0	+3 5	-1 0	32 6	-17 5
September	-0 7	49 4	+4 1	-2 0	30 6	-18 8
Oktober	-3 0	46 4	+3 4	-4 2	26 4	-20 0
November	-5 3	41 1	+2 9	-3 6 ¹⁾	22 8 ¹⁾	-18 3 ¹⁾

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung — ¹⁾ Vorläufige Zahlen

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.13

Im III. Quartal wurden Transportverluste zufolge der geringeren Industrieproduktion durch höhere landwirtschaftliche Verfrachtungen und größere Zulieferungen im Einzelhandel ausgeglichen. Die Verkehrsleistungen dürften im Güterverkehr um rund 1% höher gewesen sein als im Vorjahr. Die Veränderungen waren jedoch bei den einzelnen Verkehrsträgern sehr unterschiedlich. Der Personenverkehr belebte sich gegen 1966 nur noch im Individualverkehr und in der Luftfahrt. Die Massenverkehrsmittel auf Schiene und Straße hatten stärkere Verluste.

Weiterhin stagnierender Güterverkehr

Die Nachfrage nach *Bahntransportleistungen* dürfte im III. Quartal niedriger gewesen sein als 1966. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr sanken um 4%, die Wagenstellungen um 4,7%. Die Zahl der geleisteten n-t-km, Zugs- und Wagenachskilometer stieg allerdings um 5%, 10% und 8%. Da im Juli 1966 noch die um etwa 6% niedrigeren Tarife galten und sich die Zusammensetzung des Transportaufkommens nicht zu niedertarifizierten Gütern verschob, hätten der höheren n-t-km-Leistung auch höhere Einnahmen entsprechen müssen. Die Umstellung in der statistischen Erfassung der Verkehrsleistungen bei den Österreichischen Bundesbahnen dürfte einen Zeitvergleich erschweren. Die Verkehrseinnahmen scheinen augenblicklich die Transportentwicklung eher richtig widerzuspiegeln.

Im III. Quartal sanken vor allem die Transporte von Eisen und Metallen (-22%), Zement und anderen Baustoffen (-12%) sowie von Kohle (-12%). Für Nahrungsmittel (+8%), Erze (+9%) und Kunstdünger (+9%) wurden mehr Wagen angefordert¹⁾. Der Transit durch Österreich war lebhafter als im Vorjahr, Verkehrsleistung und Einnahmen stiegen um 6,5% und 8%. In der Ein- und Ausfuhr wurden 9% und 6% weniger Güter befördert. Auch im Oktober blieben die Bahntransporte unter den Vorjahresleistungen. Es wurden insbesondere für Baustoffe (-20%) sowie Eisen und Metalle (-16%) weniger Güterwagen angefordert (insgesamt -6%).

Transportleistungen im Güterverkehr nach Verkehrsträgern

	III. Quartal		Veränderung gegen das Vorjahr in %
	1966	1967	
	Mill. n-t-km		
Bahn	2 175 8	2 154 0 ¹⁾	-1 0
Straße ²⁾	2 246 0	2 291 0	+2 0
Schiff	692 0	732 6	+5 9
Insgesamt ²⁾	5 113 8	5 177 6	+1 2

¹⁾ Schätzung auf Grund der Einnahmen, siehe hierzu Text — ²⁾ Schätzung für Nah- und Fernverkehr — ³⁾ Schätzung

Die finanzielle Gebarung der ÖBB hat sich verschlechtert. Die Einnahmen aus den Verkehrsleistungen und „Sonstigem“ nahmen gegen 1966 um 1,5% ab, die Ausgaben aber um 10% zu. Der Abgang im III. Quartal ist mit 779 Mill. S um 50% größer als vor einem Jahr. Höheren Personalaufwendungen steht ein vorwiegend konjunktureller Rückgang des Transportbedarfes gegenüber. Wieweit die Tarifierhöhung vom 1. August 1966 die Abwanderung zur Straße förderte, läßt sich schwer beurteilen, weil die Straßenverkehrsleistungen nicht statistisch ausreichend erfaßt werden. Im Personenverkehr dürfte die Tarifierhöhung (bis zu 38%) eine Verschiebung mit sich bringen, und zwar vorwiegend durch stärkere Benützung der eigenen Personenkraftwagen und Neuan-schaffung von Fahrzeugen. Der Bahngüterverkehr genießt durch die Parallelentwicklung des Straßentarif (der immer um einige Prozente unter dem Bahntarif bleibt) einen gewissen Schutz; die Tariff-differenz ändert sich fast nicht, so daß nur geringer Anreiz besteht, wegen einer Tarifierhöhung der Bahn auf den Lastkraftwagen auszuweichen.

Für den *Straßengüterverkehr* fehlen globale statistische Erhebungen. Der Treibstoffverbrauch aller Dieselölverbraucher lag im III. Quartal um 5,4% höher als 1966, man kann daher auch eine höhere Transportleistung annehmen. Das Ausmaß läßt sich schwer schätzen, da nicht der ganze Dieselölverbrauch auf

¹⁾ Die Neueinstellung von 1.000 Großraumwagen gegenüber 1966 senkt — bei gleichem Bedarf — die Zahl der insgesamt benötigten Wagen um knapp 1%.

Entwicklung des Güterverkehrs

		1967	
		III. Quartal Absolut	Oktober Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bahn			
Güterverkehrseinnahmen Kassen- erfolg	Mill S	1 240 1	- 4 0 - 8 8
Güterverkehrseinnahmen, Wirt- schaftserfolg	Mill S	1 162 9	- 5 4 -12 1
Verkehrsleistung	Mill n-t-km	2 278 4	+ 4 7
davon Binnen- und Außenhandels- verkehr	Mill n-t-km	1 804 6	+ 4 2
Transit	Mill n-t-km	473 8	+ 6 5 -14 5
Wagenachs-km	Mill	527 4	+10 1
Zug-km	Mill	8 5	+ 8 0
Ein- Aus- und Durchfuhr	Mill t	4 9	- 4 6 - 9 1
Wagenstellungen ¹⁾	1 000	458 9	- 4 7 - 6 3
Donauschifffahrt			
Verkehrsleistung	Mill n-t-km	732 6	+ 5 9 + 5 6
davon Transit	Mill n-t-km	97 9	+27 3 - 0 5
Beförderte Gütermenge	1 000 t	2 124 1	+ 6 9 - 8 6
davon Transit	1 000 t	278 7	+27 2 - 0 7
Ein- u Ausfuhr n d Südosten	1 000 t	1 290 8	+18 5 +14 6
Luffahrt			
Fracht und Post an und ab	t	3 141 3	+12 6 +21 3
Fracht und Post, Transit	t	1 472 2	+16 7 +12 9
Fracht und Post, insgesamt	t	4 613 5	+13 9 +18 6

¹⁾ Normal- und Schmalspur.

den Straßenverkehr entfällt und derzeit auch die Entwicklung des Bahnverkehrs, die sonst Anhaltspunkte gibt, schwer deutbar ist.

Der statistisch erfaßte gewerbliche Güterverkehr über 80 km Entfernung nahm um 7% (n-t-km) zu. Auch die Zahl der Fahrten und die Fahrtleistung lagen um knapp 7% über den Vorjahresleistungen. Da die beförderte Gütermenge nur um 5% steigt, waren die eingesetzten Fahrzeuge etwas schwächer ausgelastet. Diese Daten dürften aber aus mehreren Gründen für die Gesamtentwicklung nicht repräsentativ sein. Die Zahl der meldenden Firmen schwankt in den einzelnen Quartalen, es ist nicht bekannt, wieweit im Fernverkehr neu erfaßte Firmen den Nahverkehr einschränkten (wodurch sich ihre gesamte Transportleistung nicht verändert haben muß); die

Meldungen sind nicht immer genau, weil es sich überwiegend um Kleinbetriebe ohne Bürokräfte handelt. Schließlich beträgt der statistisch erfaßte gewerbliche Fernverkehr schätzungsweise nur 25% des gesamten Straßenverkehrs und kann sich anders entwickeln als der Nahverkehr und der Werkverkehr.

Transportleistungen im gewerblichen Güterverkehr auf der Straße über mehr als 80 km Entfernung

	t	t-km
	1 000	
1. insgesamt	1.129 9	424 420
davon		
2. Inlandverkehr	707 6	179 276
3. Grenzüberschreitender Verkehr (4+5)	422 3	245 144
4. davon Inland	422 3	71 839
5. davon Ausland	422 3	173 305
6. Leistungen auf Inlandstrecken (2+4)	1.129 9	251.115

Die schwache Konjunktur, die rückläufige Neuzulassungen von Lastkraftwagen, der stark steigende Dieselölverbrauch in der Landwirtschaft und bei ortsfesten Aggregaten weisen darauf hin, daß die gesamten Straßenverkehrsleistungen weniger zunahm — das Institut schätzt den Zuwachs auf 2% —, als die Straßenverkehrsstatistik und der Dieselölverbrauch vermuten lassen.

Die *Donauschifffahrt* war im Berichtsquartal gut beschäftigt und durch ausreichende Wasserführung der Donau begünstigt; im Vorjahr mußten die Transporte zeitweilig wegen Hochwassers eingestellt werden. Erst im Oktober und November zwang Niederwasser zur Leichterung der Schiffe, und Nebel führte zu Transportverzögerungen. Die Verkehrsleistung (n-t-km) der inländischen Schifffahrtsgesellschaften einschließlich der befahrenen Auslandsstrecken und der ausländischen Gesellschaften im österreichischen Streckenabschnitt waren um 6%, die beförderte Gütermenge um 7% höher als im gleichen Vorjahresquartal. Die Transportnachfrage entwickelte sich in den einzelnen Verkehrsrelationen unter-

Neuzulassungen von Lastkraftwagen nach Größenklassen im III. Quartal 1967

Nutzlast kg	Insgesamt		Stück Fuhrgewerbliche		Übrige		Insgesamt		Nutzlast in t Fuhrgewerbliche		Übrige	
	1967	Veränderung gegen 1966 in %	1967	Veränderung gegen 1966 in %	1967	Veränderung gegen 1966 in %	1967	Veränderung gegen 1966 in %	1967	Veränderung gegen 1966 in %	1967	Veränderung gegen 1966 in %
Bis 499	52	+23 8	1	—	51	+21 4	18 2	+23 8	0 4	—	17 8	+21 4
500— 999	460	-37 2	2	- 75 0	458	-36 8	345 0	-37 2	1 5	- 75 0	343 5	-36 8
1 000—1.499	546	+ 3 2	3	- 62 5	543	+ 4 2	682 5	+ 3 2	3 8	- 62 5	678 7	+ 4 2
1 500—1.999	124	-12 1	4	+ 33 3	120	-13 0	217 0	-12 1	7 0	+ 33 3	210 0	-13 0
Summe bis 1 999	1 182	-18 2	10	- 47 4	1 172	-17 8	1 262 7	-14 3	12 7	- 40 4	1 250 0	-13 9
2 000—2 999	130	+12 1	13	+160 0	117	+ 5 4	325 0	+12 1	32 5	+160 0	292 5	+ 5 4
3 000—3 999	94	-21 0	9	- 10 0	85	-22 0	329 0	-21 0	31 5	- 10 0	297 5	-22 0
4 000—4 999	85	+ 7 6	15	+150 0	70	- 4 1	382 5	+ 7 6	67 5	+150 0	315 0	- 4 1
5 000—5 999	85	- 9 6	12	- 20 0	73	- 7 6	467 5	- 9 6	66 0	- 20 0	401 5	- 7 6
6 000—6 999	67	-47 2	13	- 50 0	54	-46 5	435 5	-47 2	84 5	- 50 0	351 0	-46 5
7 000 und mehr	436	-24 8	219	- 24 7	217	-24 9	3 706 0	-24 8	1 861 5	- 24 7	1 844 5	-24 9
Insgesamt	2 079	-18 8	291	- 21 8	1 788	-18 3	6 908 2	-21 6	2 156 2	- 23 6	4 752 0	-20 6

schiedlich. Der durch Transportumschichtungen verursachte Trend zugunsten der Adria Häfen setzte sich fort; die Transporte (in t) über Passau (ohne Transit) nahmen um 24% ab, die Ein- und Ausfahrten über Hainburg aber um 19% zu. Auch der nahezu ausschließlich von ausländischen Gesellschaften durchgeführte Transitverkehr war um 27% höher. Die schon immer sehr ungünstige Auslastung der Schiffe im Talverkehr hat sich weiter verschlechtert. Von der beförderten Gütermenge entfielen 79% auf Transporte donauaufwärts, gegen 72% im Vorjahr. Im Transit wirkte sich unter anderem der steigende Bedarf der Regensburger Kraftfutterwerke an Getreide, Mais und Ölkuchen aus den Südostländern aus.

Die österreichischen Schifffahrtsgesellschaften DDSG und COMOS erlitten in der Talfracht von Regensburg nach Linz stärkere Transporteinküßen, da die Erzimporte der VÖEST aus Übersee von den Nordseehäfen auf den jugoslawischen Hafen Bakar (bei Rijeka) umgelegt wurden (Jahresmenge etwa 400.000 t). In dieser Verkehrsrelation wurden im III. Quartal 40% weniger Güter befördert als 1966. Höhere Transporte aus dem Südosten (+28%) und aus dem Westen nach Wien und Krems haben aber diese Verluste überkompensiert. Da die durchschnittliche Transportweite stieg, erhöhte sich die Verkehrsleistung (n-t-km) um 5%.

Unterschiedliche Entwicklung im Personenverkehr

Der *Personenverkehr* mit Massenverkehrsmitteln blieb im III. Quartal deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Auch die Saisonbelebung seit dem II. Quartal war schwach. Sie erreichte bei den Bahnen nur 45% (n-t-km), gegen durchschnittlich 15% in den früheren Jahren, obschon auch im II. Quartal die Saison schlechter verlief als im Vorjahr. Im Straßenverkehr beförderte der Omnibus-Überland-Liniendienst im III. Quartal fast 7% weniger Personen als 1966; bei den Bahnen sank die n-t-km-Leistung um 8%. Da bei beiden Verkehrsträgern der Berufsverkehr einen hohen Anteil hat, kann sich der Rückgang der Beschäftigtenzahl sowie die Neigung, bei langen Schönwetterperioden (wie in diesem Jahr) auf Privatfahrzeuge umzusteigen, ausgewirkt haben. Die Transportleistungen der Bahnen waren die niedrigsten seit 1961 und die im Omnibusverkehr seit 1957.

Der *Flugverkehr* von und nach Österreich (ohne Transit) hat zwar weiter zugenommen, die Zuwachsrate von 7% war aber viel kleiner als bisher. Im Lufttransit sanken erstmals die Leistungen (-11% gegen das Vorjahr).

Entwicklung des Personenverkehrs

		1967		
		III Qu. Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Okt.
<i>Bahn</i>				
Einnahmen	Mill. S	645 0	+ 10	+ 5 8
n-t-km	Mill.	275 4	- 8 0	
Wagenachs-km	Mill.	294 7	+ 3 7	
Zug-km	Mill.	14 1	+ 5 4	
Verkaufte Karten	Mill.	17 8	- 9 6	-12 7
<i>Straße</i>				
Beförderte Personen ¹⁾	Mill.	36 4	- 6 6	
Neuzulassungen von Personenkraftwagen	St.	25.329	-11 4	-13 5
Benzinverbrauch	Mill. Liter	500 1	+ 7 3	+13 6
<i>Schifffahrt</i>				
Beförderte Personen	1.000	309 3	+37 8	+30 9
<i>Luftfahrt</i>				
Beförderte Personen, an und ab	1.000	473 6	+ 7 3	+ 4 3
Beförderte Personen Transit	1.000	50 9	-11 1	+ 2 1
Beförderte Personen, insgesamt	1.000	524 5	+ 5 2	+ 4 0
Beförderte Personen AUA	1.000	161 3	+ 7 6	
davon Inland	1.000	17 4	- 3 2	

¹⁾ Post, Bahn und Private

Der *Schiffverkehr* auf der Donau belebte sich dank dem schönen Wetter kräftig. Im III. Quartal wurden 309.000 Personen befördert, 38% mehr als 1966. Es ist die höchste Zahl seit 1962.

Der Individualverkehr hat gemessen am Benzinverbrauch um 7% zugenommen. Das entspricht ungefähr der Verlangsamung des Wachstums seit Sommer 1966, als die Zuwachsraten durchschnittlich von 12% auf 6% sanken. Auffallend stark verringerte sich die Nachfrage nach fabrikneuen Personenkraftwagen. Die Neuzulassungen lagen um 11% tiefer als 1966; im II. Quartal war die Nachfrage um 1% gesunken. Der Rückgang erstreckte sich auf alle Größenklassen außer den Kleinwagen (bis 500 ccm) und den Wagen über 4.000 ccm.

Neuzulassungen von Personenkraftwagen nach Größenklassen

Hubraum ccm	III Quartal		Veränderung gegen das Vorjahr in %
	1966	1967	
	St		
Bis 500	169	192	+13 6
501—1 000	4 379	3.556	-18 8
1.001—1 500	16 171	14 290	-11 6
1.501—2.000	6 703	6.259	- 6 6
2.001—3.000	1 020	914	-10 4
3.001—4.000	53	21	-60 4
4.001 und mehr	82	97	+18 3
Insgesamt	28.577	25.329	-11 4

Fremdenverkehr im Konjunktural

Erstmals in der Nachkriegsentwicklung des österreichischen Ausländer-Fremdenverkehrs zog die internationale Rezession einen absoluten Nachfrage-rückgang nach sich. Nach relativ hohen Zuwachsraten

ten zu Jahresbeginn — von Jänner bis Ende Mai stieg die Zahl der Nächtigungen noch um 9%, im Mai um 19% —, erlitt der Fremdenverkehr im Juni und Juli empfindliche Einbußen. In diesen beiden Monaten wurden um 13% und 14% weniger Ausländernächtigungen gezählt als 1966. Im August blieb der Besucherzustrom nur noch knapp 3% unter dem Vorjahresniveau, im September wurde es bereits überschritten (+2,4%), und im Winter wird zufolge zahlreicher Buchungen eine weitere Steigerung erwartet.

Fremdenverkehr

	1967		
	III Quartal	Oktober	Sommerhalbjahr ¹⁾
	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Übernachtungen	in 1.000		
inland	9 482	+ 2,8	- 4,6
Ausland	26 761	- 5,9	+ 0,1
Insgesamt	36 243	- 3,7	- 2,3
Devisen	Mill. S		
Einnahmen	6 894	- 2,6	+14,8
Ausgaben	2 044	+13,9	+24,5
Saldo	4 850	- 8,2	+ 5,1

¹⁾ Ohne die Zollausschlußgebiete Mittelberg und Jungholz

Der Rückgang in den Hauptreisemonaten drückte das Ergebnis des Sommerhalbjahres 1967 um knapp 6% unter das des Vorjahres. Die Besuche aus Deutschland, Holland und England, auf die 87% der Ausländernächtigungen entfallen, sanken um 7%, 3% und 8%, aus Frankreich und Italien um 7% und 20%. Von den wichtigsten Ländern erreichten nur die Besuche aus den USA und der Schweiz einen Zuwachs (2% und 3%). Aus allen anderen Herkunftsländern zusammen (6% der Frequenz) kamen 4% mehr Besucher. Abgesehen von Italien, wo die politische Spannung (Südtirol) die Reisebereitschaft gemindert haben mag, dürfte in den meisten Ländern die Rezession für den Nachfragerückgang maßgebend gewesen sein.

Ausländernächtigungen nach Herkunftsländern im Sommerhalbjahr 1967

	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Deutschland	-6,7	Italien	-19,6
England	-8,1	Schweiz	+ 3,3
Holland	-3,3	USA	+ 2,4
Frankreich	-7,0	Insgesamt	- 5,7

Die einzelnen Bundesländer wurden vom Sinken des Besucherzustromes unterschiedlich betroffen. Die Neigung der Reisenden zu sparen, ließ die Ausländernächtigungen in den der Westgrenze nahen Gebieten weniger stark sinken als im Osten und Süden Österreichs. So wurden im Sommerhalbjahr in Vor-

arlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich um 1% bis 6% weniger Ausländer gemeldet, in der Steiermark, Kärnten und im Burgenland aber um 8% bis 11% weniger. Nur Wien (-1%) und Niederösterreich (+2%) schnitten, teils infolge der Kongresse in Wien, relativ günstig ab.

Ausländernächtigungen in einzelnen Bundesländern im Sommerhalbjahr 1967

	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Vorarlberg	-1,2	Kärnten	- 8,7
Tirol	-5,9	Steiermark	-10,7
Salzburg	-5,2	Burgenland	- 7,9
Oberösterreich	-1,5	Niederösterreich	+ 1,8
		Wien	- 0,9

Die Deviseneinnahmen aus dem Ausländerverkehr entwickelten sich in den einzelnen Monaten des Sommerhalbjahres tendenziell wie die Übernachtungen. Die Einnahmerückgänge waren aber vor allem infolge der Preissteigerungen seit 1966 geringer. Von Juni bis August stand einem Frequenzverlust von 8,5% ein Einnahmerückgang von 4,6% gegenüber; im ganzen Sommerhalbjahr blieben die Eingänge nur geringfügig (-0,3%) unter dem Vorjahresergebnis (Nächtigungen -5,7%).

Im Inländerverkehr läßt sich eine schwache Tendenz zugunsten der Inlandsaufenthalte feststellen. Sie waren vor allem im August und September merklich höher als im Vorjahr (+4% und +7%), und die Zuwachsraten der Devisenausgaben für Auslandsreisen (+6% und +15%) nahmen weniger zu als in anderen Monaten. Zum Teil dürften die Vorfälle in Südtirol Urlauber bewogen haben, im Inland zu bleiben. Im Oktober stiegen die Devisenausgaben für Auslandsreisen wieder kräftig (+25%).

Die Devisenbilanz aus dem Reiseverkehr weist für das Sommerhalbjahr einen Einnahmenüberschuß von 7.250 Mill. S aus, 7% weniger als 1966. Einnahmen von 10.750 Mill. S (-0,3%) standen Ausgaben für Auslandsreisen von 3.500 Mill. S (+18%) gegenüber.

Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.6

Weiterhin hohe Exporte, sinkende Importe

Die Exporte sind im III. Quartal weiter kräftig gewachsen, die Importe zurückgegangen. Dank den Bemühungen, das Produktionsniveau durch Lieferungen ins Ausland zu halten, erreichte die Ausfuhr

den bisher höchsten Quartalswert (12 064 Mill. S) und war um 8% höher als vor einem Jahr. Im Oktober wurde das Vorjahresergebnis sogar um 11% übertroffen. Die Einfuhr hatte im 1. Halbjahr 1967 auf dem Vorjahresniveau stagniert, im III. Quartal sank sie um 5% darunter (Oktober -2%). Die Importe waren im Berichtsquartal zu 85% durch Exporte gedeckt. Das ist die höchste Deckungsquote seit dem II. Quartal 1962.

Entwicklung der Aus- und Einfuhr

Zeit	Einfuhr		Ausfuhr	
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr %
1966 III. Quartal	14 904	+8,3	11 209	+3,8
IV. Quartal	15 692	+2,0	11 585	+2,9
1967 I. Quartal	14 727	+0,0	10 668	+5,2
II. Quartal	15 055	-1,0	11 806	+8,9
III. Quartal	14 211	-4,7	12 064	+7,6
Oktober	5 167	-2,2	4 308	+11,3

Stark steigende Ausfuhr von Nahrungsmitteln und Fertigwaren

Die Exporte stützten sich noch stärker als im 1. Halbjahr auf das kräftige Wachstum der *Fertigwarenausfuhr* (+10%). Von den Obergruppen erreichten außerdem die Nahrungsmittel eine hohe Zuwachsrate. Dafür war wie im Vorquartal die starke Steigerung der Rinderexporte (lebende Tiere +129%) ausschlaggebend. Auch Molkereiprodukte sowie Obst- und Gemüse wurden bedeutend mehr im Ausland abgesetzt als im Vorjahr.

Ausfuhr nach Warengruppen

	1967		Anteil an der Gesamtausfuhr III. Quartal	
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr %	1966	1967
Nahrungs- und Genußmittel	769	+58,9	4,3	6,4
Rohstoffe	1 770	-4,1	16,5	14,6
Halbfertige Waren	2 725	+0,2	24,2	22,6
Fertigwaren	6 801	+10,4	55,0	56,4
davon				
Maschinen u. Verkehrsmittel	2 448	+11,9	19,5	20,3
Andere Fertigwaren	4 353	+9,6	35,5	36,1
oder				
Investitionsgüter	2 397	+11,2	19,3	19,9
Konsumgüter	4 404	+10,0	35,7	36,5

Die Ausfuhr von Maschinen und Verkehrsmitteln nimmt weiter stark zu (+12%, 1. Halbjahr +11%). Die Maschinenexporte stiegen um 11%. Der Absatz konnte besonders auf außereuropäischen Märkten ausgeweitet werden. Die Maschinenexporte in die Volksrepublik China wuchsen um 44 Mill. S, nach den USA und Kanada um 40 Mill. S, nach dem Iran um 13 Mill. S und Argentinien um 10 Mill. S. Auch in die Ostblockstaaten nimmt der Maschinenexport seit

dem IV. Quartal 1966 stark zu (III. Quartal +18%). Durch die Wirtschaftsreformen werden in einigen osteuropäischen Staaten die Rationalisierungsinvestitionen sehr gefördert. Westeuropa bot infolge der Investitionsflaute und der hohen Auslieferungen von österreichischen Maschinen im Vorquartal nur geringe zusätzliche Absatzmöglichkeiten (EWG +1% gegen III. Quartal 1966, EFTA -4%). Die Ausfuhr von elektrischen Geräten konnte um 14% gesteigert werden. Sie nimmt vor allem nach Großbritannien kräftig zu (1. Halbjahr +20%, III. Quartal +35%). Auch in Jugoslawien (+20 Mill. S) und im Iran (+16 Mill. S) wurden neue Märkte erschlossen. Die Verkehrsmittelexporte erreichten kaum das Vorjahresniveau (-1,3%). Die Motorradausfuhr leidet seit dem IV. Quartal 1966 unter einem besonders starken Rückgang der Nachfrage in den USA.

Ausfuhr von wichtigen Investitionsgütern nach Osteuropa

Zeit	Mill. S	Maschinen Veränderung gegen das Vorjahr %	Anteil am Gesamtimport %	Feinmechanische Geräte		
				Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr %	Anteil am Gesamtimport %
1967 I. Quartal	275	+20,5	24,3	10	+27,4	10,6
II. Quartal	382	+42,1	25,0	11	+36,0	9,7
III. Quartal	380	+18,1	26,7	15	+62,3	14,1

Die Motorradexporte in die EWG, EFTA und in die USA

Zeit	EWG		EFTA		USA	
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr %
1966	52	+1,2	121	+30,2	125	+39,9
1967, 1. Hbj	29	+1,9	69	+13,9	46	-34,5
III. Qu.	10	-7,4	28	+3,5	13	-58,9

Die Exporte von *anderen Fertigwaren* wuchsen seit dem I. Quartal 1967 mit zunehmenden Raten. Sie lagen im I. Quartal um 4%, im II. Quartal um 9% und im III. Quartal um 10% über dem Vorjahreswert. Die Impulse für die Beschleunigung des Wachstums gingen im III. Quartal von den Exporten von Kautschukwaren (+12%), Papier (+10%), Metallwaren (+7%) und von Schuhen aus (+53%). Die Ausfuhr von Kautschukwaren, Papier und Schuhen wurde vor allem nach Osteuropa forciert (+46%, +57% und +105%). Österreichische Metallwaren erwiesen sich durch Spezialanfertigungen in Übersee als sehr konkurrenzfähig (USA +10 Mill. S, Brasilien +16 Mill. S). In die EFTA hat vor allem die Ausfuhr von Schuhen sprunghaft zugenommen (II. Quartal +31%, III. Quartal +88%).

Die Textilienexporte steigen seit dem Vorjahr mit sehr stetigen Wachstumsraten (1966 +8%, 1. Halbjahr +10%, III. Quartal +11%). Die Verlagerung der

Textilienausfuhr von der EWG (—27 Mill. S) in die EFTA (+88 Mill. S) hat sich im III. Quartal verstärkt. Exporte von mineralischen Stoffen konnten nur einen geringen Zuwachs erzielen (+2%) Ausfuhr einbußen wurden durch eine starke Steigerung der Exporte von Glaswaren (+27%) vor allem in die USA (+12 Mill. S) verhindert. Sonstige Fertigwaren wurden im III. Quartal um 12% mehr exportiert als im Vorjahr. Die Ausfuhr von feinmechanischen Geräten stieg durch zusätzliche Lieferungen nach Osteuropa (hauptsächlich Investitionsgüter) um 11%.

Die Kleiderausfuhr stagnierte (—07%). Nach dem Zuwachs von 10% im 1. Halbjahr erklärt sich der Wachstumsstillstand vor allem aus dem starken Rückgang der Exporte in die Bundesrepublik Deutschland (—28%). Der anhaltend hohe Zuwachs im EFTA-Handel (+46%) konnte die Verluste nur ausgleichen.

Die Fertigwarenausfuhr nach wichtigen Gruppen

	III. Quartal 1967 Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr %
Kautschukwaren ¹⁾	170	+12 0
Papier und Pappe ¹⁾	639	+10 3
Textilien ohne Garne und Zwirne ¹⁾	701	+11 4
Mineralische Stoffe ¹⁾	470	+ 2 0
Metallwaren	426	+ 7 0
Maschinen	1 420	+10 8
Elektrotechnische Erzeugnisse	768	+13 8
Verkehrsmittel	262	— 1 3
Kleidung	504	— 0 7
Schuhe	207	+53 0
Feinmechan. u. optische Erzeugnisse	109	+10 9

¹⁾ Hauptsächlich Fertigwaren

Stagnierende Exporte von halbfertigen Waren, sinkende Rohstoffexporte

Die Exporte von *Halbfertigwaren* fielen nach einem Zuwachs von 5% im 1. Halbjahr auf das Vorjahresniveau (III. Quartal +0.2%), belebten sich aber im September und Oktober merklich (+8% und +10%). Die Ausfuhr von Eisen und Stahl stagnierte im III. Quartal (+0.4%). Nach der kräftigen Steigerung der Exporte nach Osteuropa im 1. Halbjahr (+30%) mußten die österreichischen Produzenten infolge der drückenden Preiskonkurrenz durch andere westliche Produzenten im III. Quartal Einbußen hinnehmen (—4%). Die Eisen- und Stahlausfuhr in die EWG liegt seit dem IV. Quartal 1966 unter dem Vorjahreswert (III. Quartal 1967 —4%). Dank der hohen Nachfrage der italienischen Bau- und Investitionsgüterindustrie (+6%) konnten die Verluste in Schranken gehalten werden. Zusätzliche Lieferungen in die EFTA (+16%) glichen den rückläufigen Export in die EWG und nach Osteuropa aus. Großbritannien, Finnland und Portugal waren besonders aufnahmefähige Märkte.

Die Ausfuhr von NE-Metallen erlitt durch die Dämpfung des allgemeinen Wirtschaftswachstums einen Rückschlag um 22%. Vor allem die Aluminiumaus-

Eisen- und Stahlausfuhr in die EWG, EFTA und nach Osteuropa

Zeit	EWG		EFTA		Osteuropa	
	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr %
1966. IV Quartal	550	—14 9	266	+13 9	437	+ 4 9
1967. I	469	—22 0	223	+ 0 5	517	+36 3
II	489	— 9 1	249	+ 4 7	502	+24 4
III.	554	— 3 7	278	+16 4	423	— 3 9

fuhr (—26%) wird durch das weltweite Überangebot und die schwache Nachfrage der Autoindustrie sehr gedrückt. Größere Aluminiumlieferungen aus Osteuropa haben die Marktsituation in Westeuropa im III. Quartal zusätzlich verschlechtert. In der EWG wurde um 32%, in der EFTA um 4% weniger abgesetzt als im Vorjahr. Der Teilstreik in der amerikanischen Automobilindustrie hat die Exporte in die USA stark gehemmt (—38%).

Der Export von chemischen Produkten (+11%) stieg wegen des Rückganges der Lieferungen nach Indien und Jugoslawien um 35 Mill. S und 12 Mill. S schwächer als in den Vorquartalen (1. Halbjahr +22%). Für Grundstoffe und Verbindungen boten EFTA und Osteuropa (je +31 Mill. S) bedeutende neue Absatzmöglichkeiten.

Die *Rohstoffexporte* gingen um 4% zurück. Der Holzexport (—6%) leidet weiter unter den Marktstörungen durch den hohen Anfall von Windbruchholz in den Nachbarländern. Die Holzausfuhr nach Italien konnte durch Qualitätsexporte um 11% gesteigert werden. Die schleppende Abfertigung an der italienischen Grenze verhinderte einen größeren Zuwachs. Im Papierzeugexport (—13%) drückt die internationale Zellstoffüberkapazität weiter auf die Preise. Mineralische Rohstoffe wurden um 5% weniger exportiert als im Vorjahr. Spinnstoffe erzielten einen leichten Zuwachs von 2%. Erze und Schrott wurden infolge der unzureichenden inländischen Nachfrage zu Verlustpreisen ausgeführt (+21%).

Rückläufige Einfuhr in allen Warengruppen

Die Einfuhr sank in allen Obergruppen. Die Fertigwarenimporte, die im Vorquartal noch knapp den Vorjahresstand überschritten hatten, blieben zum erstenmal seit dem I. Quartal 1962 darunter (—2%). Die Einfuhr von Investitionsgütern unterschritt ebenso wie im II. Quartal das Vorjahresergebnis um 5%. Konsumgüter wurden um 1% weniger importiert.

Einfuhr nach Warengruppen

	III Quartal Mill S	1967		Anteil an der Gesamteinfuhr	
		Veränderung gegen das Vorjahr	Oktober gegen das Vorjahr	III. Quartal 1966	III. Quartal 1967
			%		
Nahrungs- und Genußmittel	1 398	-15,2	-16,1	11,0	9,8
Rohstoffe	2 556	-7,8	-7,1	18,6	18,0
Halbfertige Waren	2 754	-1,7	+6,4	18,8	19,4
Fertigwaren	7 501	-2,4	-1,0	51,6	52,8
davon					
Maschinen u. Verkehrsmittel	4 146	-7,2	-3,9	30,0	29,2
Andere Fertigwaren	3 355	+4,3	+2,9	21,6	23,6
oder					
Investitionsgüter	2 570	-5,3		18,2	18,1
Konsumgüter	4 931	-0,8		33,4	34,7

Die Maschinen- und Verkehrsmittelimporte lagen um 7% unter dem Vorjahreswert. Die inländische Investitionsschwäche ließ die Importe von Maschinen um 9% sinken. Die Einfuhr von Verkehrsmitteln schrumpfte relativ am stärksten (-17%). Mit der Erneuerung des Parks von Nutzfahrzeugen¹⁾ wird noch immer zugewartet (-27%). Die Nachfrage nach Personenkraftwagen ist weiter sehr gedämpft (-19%). Ausländische elektrische Geräte blieben von der österreichischen Nachfrageflaute unberührt (+12%).

Andere Fertigwaren wurden um 4% mehr eingeführt als im Vorjahr. Das Importwachstum bei diesen Waren hat sich im Lauf des Jahres merklich verlangsamt (I. Quartal +11%, II. Quartal +8%). Hohe Bezüge aus der EFTA ließen die Importe von Kautschukwaren (+25%) und konsumnahen Gütern (SITC 8; +6%) steigen, auch die Nachfrage nach ausländischen Kleidern ist unvermindert hoch (I. bis III. Quartal +21%). Feinmechanische Geräte wurden um 3%, Textilien um 3% weniger eingeführt als im Vorjahr.

Die Einfuhr von halbfertigen Erzeugnissen war infolge des anhaltenden Lagerabbaues und den vorsichtigen Unternehmerdispositionen auch im III. Quartal rückläufig (-2%). Im Oktober lag sie erstmals seit Jänner über dem Vorjahreswert (+6%). Die Einfuhr von Eisen und Stahl wird seit Ende 1966 besonders stark eingeschränkt. Sie sank im III. Quartal um 15% auf 452 Mill. S. Die Bezüge aus der EWG (-62 Mill. S) verminderten sich zugunsten von Mehrimporten aus Osteuropa (+12 Mill. S), die infolge der Kompensationsautomatik bevorzugt wurden. Der Import von NE-Metallen ging im Berichtsquartal um 1% zurück. Die Kupfereinkäufe wurden hinausgeschoben (-20%), da die Preise durch den Streik der Kupferarbeiter in den USA im III. Quartal stiegen.

Chemische Produkte waren auch im III. Quartal 1967 eine Importstütze. Die Einfuhr von Grundstoffen und Verbindungen stieg wertmäßig am stärksten (+10%).

¹⁾ Lastkraftwagen, Omnibusse, Straßenraktoren.

Entwicklung der Chemieimporte

	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr %
1966, IV. Quartal	1 347	+8,7
1967, I. Quartal	1 424	+7,8
II. Quartal	1 460	+8,0
III. Quartal	1 411	+8,8

Das Wachstum der Chemieeinfuhr ist von Konjunkturschwankungen weniger abhängig als die Entwicklung der übrigen Importe.

Die Rohstoffeinfuhr sank infolge der schwachen inländischen Auftragslage um 8%. Die leichte Erholung der Brennstoffeinfuhr im Vorquartal (+0,5%) war nur vorübergehend. Sie sank im Berichtsquartal um 6% und lag auch im Oktober unter dem Vorjahreswert (-1%). Die Importe von Häuten und Fellen sowie von Spinnstoffen gingen besonders stark zurück (-32% und -19%). Die Einfuhr von mineralischen Rohstoffen und von Erzen und Schrott blieb um 13% und 16% unter den Vorjahreswerten.

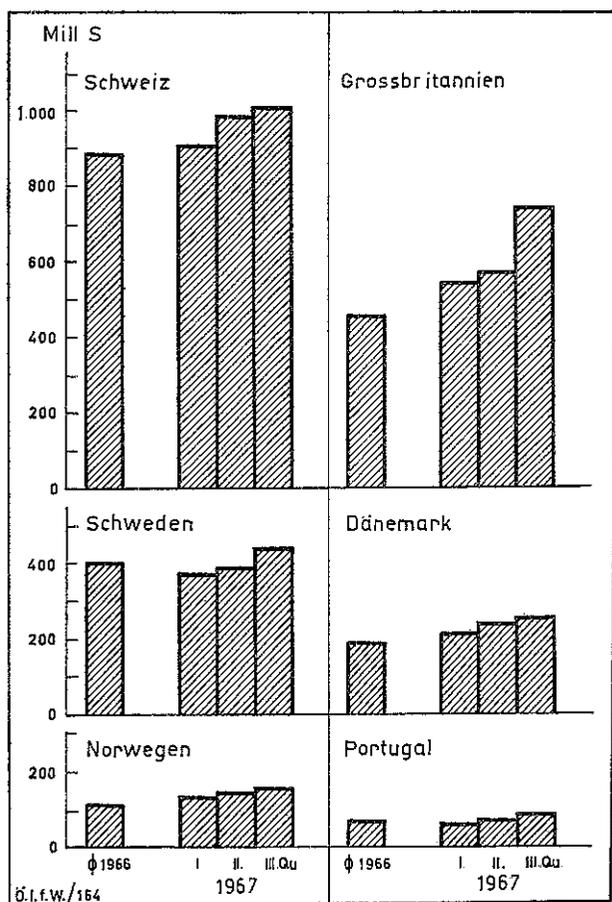
Nahrungsmittel wurden im Berichtsquartal dank ausreichender inländischer Versorgung mit Fleisch (lebende Tiere und Fleisch -60%) und Getreide (-35%) um 15% weniger aus dem Ausland bezogen als 1966, obwohl sie bereits im III. Quartal 1966 abnahmen.

Exporte in die EFTA stark, nach Osteuropa durchschnittlich gestiegen, EWG-Exporte stagnieren

Die regionale Verteilung der Exporte verschob sich weiter zugunsten der EFTA. Da die letzten Zölle Ende 1966 abgebaut und die britische Importabgabe im November 1966 aufgehoben wurde, erreichte der Export in die EFTA weiterhin hohe Zuwachsraten (III. Quartal 21%, Oktober ohne Flugzeugexporte im Vormerkverkehr +22%). Der Anteil der EFTA an den Gesamtexporten stieg von 20,1% im III. Quartal 1966 auf 22,8% im III. Quartal 1967. Die Ausfuhr nach Großbritannien wuchs stärker als die Lieferungen in andere westliche Industriestaaten (+53%). Ihr Anteil am Gesamtexport betrug 6,1% (III. Quartal 1966 4,3%). Der britische Markt erwies sich vor allem für chemische Produkte (+207%), Textilien (+132%), Eisen und Stahl (+86%) und sonstige Fertigwaren (+58%) sehr aufnahmefähig. Im Oktober waren die Exporte nach Großbritannien doppelt so hoch wie im Vorjahr (+97%). Dieser hohe Zuwachs erklärt sich nur zum Teil daraus, daß die Ausfuhr im Oktober des Vorjahres in Erwartung der Aufhebung der Importabgabe stark gedrosselt wurde. Chemische Produkte wurden sechsmal, Eisen- und

Stahl viermal und Textilien dreimal so viel in Großbritannien verkauft wie im Oktober 1966. Auch die Exporte nach Norwegen (III. Quartal +34%) und Dänemark (+30%) konnten stark ausgeweitet werden. Nach Dänemark expandierten die Lieferungen von chemischen Produkten (+101%), Maschinen (+27%) und sonstigen Fertigwaren (+32%) besonders kräftig. Die Ausfuhr nach Finnland lag knapp über dem Vorjahreswert (+1%). Nach der Abwertung der finnischen Mark um 31% Anfang Oktober gingen die österreichischen Exporte deutlich zurück (Oktober -9%).

Ausfuhr in die EFTA



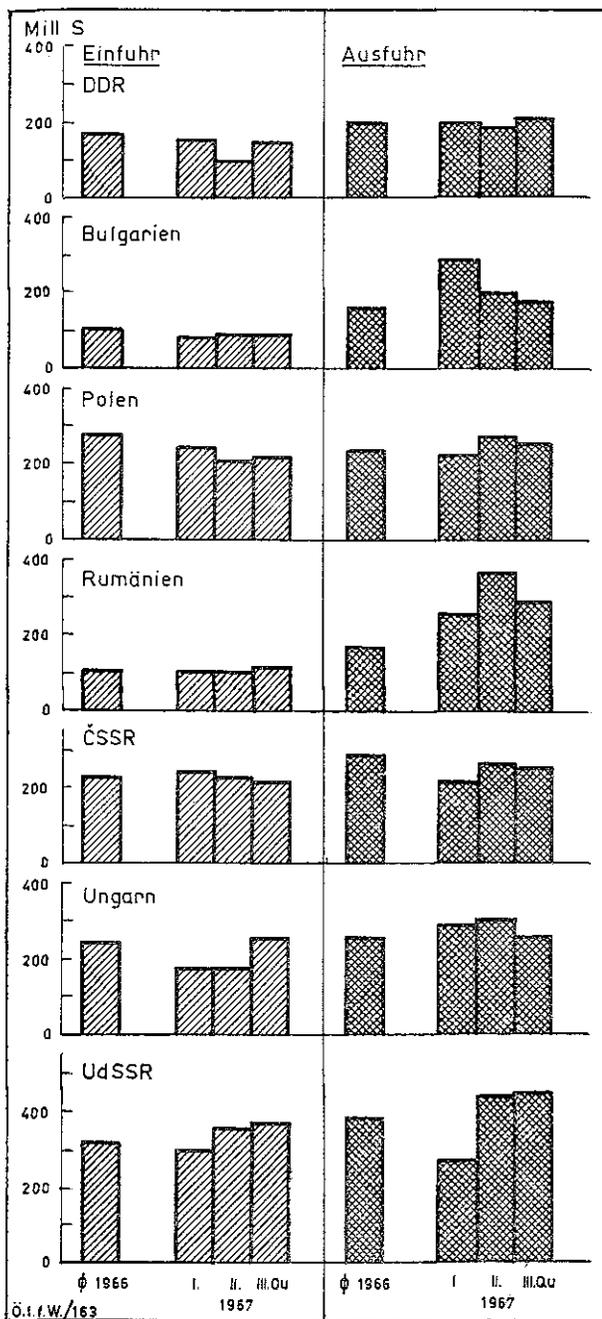
Die Ausfuhr in die EFTA-Länder nimmt seit dem Abbau der Industriezölle Ende 1966 stetig zu. Die Exporte nach Großbritannien erhielten durch die Aufhebung der Importabgabe im November 1966 besonders starke Impulse. Vom gesamten Zuwachs der Ausfuhr in die EFTA in den ersten drei Quartalen 1967 entfielen 54% auf die abwertenden Länder Großbritannien und Dänemark.

Die Ausfuhr in die EWG erreichte wieder das Vorjahresniveau (1. Halbjahr -4,3%, III. Quartal +0,2%). Ihr Anteil am Gesamtexport blieb im Vergleich zum Vorquartal annähernd konstant (41,1%

im II. Quartal, 40,8% im III. Quartal). Im September und Oktober waren die Exporte aber wieder rückläufig (-1,4% und -1,7%). Der nachfragebedingte Rückgang der Ausfuhr in die Bundesrepublik Deutschland war zwar im III. Quartal (-7%, Oktober -5%) merklich geringer als im Vorquartal (-17%), günstiger entwickelten sich aber nur die Exporte von Nahrungsmitteln (+63%, gegen -19% im Vorquartal) und chemischen Produkten (+16% gegen -6%). Der übrige Export von Industriewaren blieb um 9% unter dem Vorjahreswert (im Vorquartal -14%). Die Exporte nach Italien wuchsen im III. Quartal (+19%) und im Oktober (+25%) schwächer als im Vorquartal (+29%). Von den Industriewarenexporten erzielten nur Maschinen einen beträchtlichen Zuwachs (+59%). Die Ausfuhr von Halb- und Fertigwaren sowie von sonstigen Fertigwaren ging um 5% und um 8% zurück. Nahrungsmittel konnten um 77% mehr nach Italien geliefert werden als im Vorjahr. Rinder wurden seit der Aufhebung der hohen EWG-Abschöpfung im Februar 1967 bis Oktober im Werte von 758 Mill. S nach Italien exportiert. Der österreichische Rinderüberschuß konnte damit vor der Wiedereinführung der prohibitiven EWG-Abschöpfung im November im Ausland abgesetzt werden. Die Exporte in die Niederlande waren dank hohen Lieferungen von sonstigen Fertigwaren (+25%) erstmals seit dem II. Quartal 1966 etwas höher (+2%) als im Vorjahr.

Die kräftige Expansion der Exporte in die Oststaaten im 1. Halbjahr (+20%) schwächte sich ab (III. Quartal +9%), da die in den Zahlungsabkommen vereinbarten Swings von den meisten Oststaaten im Laufe des II. Quartals überzogen wurden. Die Eisen- und Stahlexporte, die 29% der österreichischen Exporte nach Osteuropa ausmachen, gingen sogar um 4% zurück. Die Ostmärkte sind zur Zeit besonders hart umkämpft. Die Preise werden durch westliche Firmen mit starken Kapitalreserven oft unter die Gestehungskosten gedrückt. Infolge der Abnahme der Eisen- und Stahlausfuhr verringerten sich die Exporte nach Bulgarien (-6%) und in die ČSSR (-12%). Hohe Zuwachsraten erreichten die Ostexporte von chemischen Produkten (+30%), Maschinen (+18%) und von sonstigen Fertigwaren (+37%). Die Maschinenlieferungen nach Rumänien waren auch im Berichtsquartal hoch (I. bis III. Quartal +172 Mill. S). Durch die Öffnung Rumäniens zum Weltmarkt stieg der Anteil dieses Landes am österreichischen Export in den ersten drei Quartalen 1967 auf 2,6% (Vorjahr I. bis III. Quartal 1,5%). Die Exporte in die Sowjetunion stiegen durch Mehrbezüge von chemischen Produkten (+79%) und von sonstigen Fertigwaren (+57%) um 11% auf 443 Mill. S. Der Anteil der Oststaaten an den österreichischen

Außenhandel mit den osteuropäischen Ländern



In die osteuropäischen Länder wurde im III. Quartal mehr ausgeführt als von ihnen bezogen. Die starke Exportexpansion vom I. und/oder II. Quartal ließ im Handel mit allen Ländern nach, deren Warenlieferungen nach Österreich ihre Bezüge nicht annähernd decken konnten (Rumänien, Ungarn, Bulgarien). Nur die Exporte in die DDR und UdSSR waren trotz niedriger Importe höher als in den Vorquartalen.

Exporten war mit 155% etwas geringer als im II. Quartal (170%).

Die Ausfuhr in die übrigen OECD-Länder außerhalb von EWG und EFTA stieg um 6%. Die Lieferungen

in die USA übertrafen den hohen Vorjahresstand um 9% und erreichten den seit 1959 höchsten Anteil am österreichischen Gesamtexport (53%).

In den Entwicklungsländern, die 73% der österreichischen Auslandslieferungen bezogen, eröffneten sich im III. Quartal nur wenig neue Absatzmöglichkeiten (+2%). Die Ausfuhr in die Volksrepublik China ist weiter stark gestiegen (+153%).

Importe aus der EFTA weiter gestiegen

Der EFTA-Anteil an der österreichischen Einfuhr hat sich weiter vergrößert (176%, gegen 158% im III. Quartal 1966). Die Zollvorteile spielen in der gegenwärtigen Wirtschaftslage eine große Rolle, da die Importeure durch die gedämpfte inländische Nachfrage zu besonders genauer Kalkulation gezwungen sind. Der Zuwachs der Importe aus der EFTA war im Berichtsquartal niedriger als im 1. Halbjahr (1. Halbjahr +10%, III. Quartal +6%), erreichte aber im Oktober wieder +19% bzw. ohne Flugzeugimport (im Vormerkverkehr) +9%. Die Einfuhr aus der Schweiz und aus Schweden stieg durch hohe Bezüge von Fertigwaren um 15% und 16%. Aus Portugal wurden um 19% mehr Waren bezogen als im Vorjahr. Die Lieferungen bestanden zu 47% aus Textilien, die seit dem Abbau der EFTA-Zölle ihren Anteil am österreichischen Markt stark erweitern konnten. Die Einfuhr aus den übrigen EFTA-Ländern war rückläufig. Starke Einschränkungen der Bezüge aus der Bundesrepublik Deutschland (-6%) haben den Rückgang der Importe aus der EWG verstärkt (II. Quartal -2%, III. Quartal -5%). Aus den USA und aus Kanada wurden um 24% weniger Waren bezogen als im Vorjahr.

Die Einfuhr aus Osteuropa wurde trotz der weiteren Zunahme der Exporte in die osteuropäischen Län-

Regionale Struktur des Außenhandels

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1966	III. Quartal 1967	1966	1967
	Mill. S			
EFTA	2.358,4	2.507,9	2.264,4	2.748,0
EWG	8.733,3	8.308,5	4.907,2	4.917,8
Osteuropa	1.498,6	1.403,3	1.705,5	1.866,8
Sonstiges Europa	423,5	451,0	581,2	655,3
USA	587,7	502,1	582,6	437,1
Andere überseeische Industriestaaten ¹⁾	385,0	282,4	327,1	352,4
Sonstige Staaten (Entwicklungsländer)	914,0	756,9	871,4	889,1
	%			
EFTA	15,8	17,6	20,1	22,8
EWG	58,6	58,5	43,7	40,8
Osteuropa	10,1	9,9	15,2	15,5
Sonstiges Europa	2,9	3,2	5,2	5,4
USA	3,9	3,5	5,2	5,3
Andere überseeische Industriestaaten ¹⁾	2,6	2,0	2,9	2,9
Sonstige Staaten (Entwicklungsländer)	6,1	5,3	7,7	7,3

¹⁾ Kanada, Japan, Republik Südafrika und Neuseeland

der nicht erhöht. Die Steigerung der Industriewarenimporte (+9%) konnte die infolge der guten Inlandsversorgung gedrosselte Nahrungsmittelfuhr aus Osteuropa (—34%) nicht ausgleichen. Der österreichische Markt war nur für wenige osteuropäische Fertigwaren zusätzlich aufnahmefähig (Metallwaren, elektrotechnische Geräte). Die niedrige Qualität der osteuropäischen Maschinen, Verkehrsmittel und der konsumnahen Waren (SITC 8) ließ die österreichi-

sche Nachfrage nach diesen Gütern um 26%, 68% und 17% sinken. Die Entwicklung war länderweise aber sehr verschieden. Am stärksten stieg die Einfuhr aus Rumänien mit +26% (Rohstoffe +24%, Halb- und Fertigwaren +137%). Aus Bulgarien (—32%) und Polen (—17%) wurde hauptsächlich infolge des geringen Bedarfes an ausländischen Nahrungsmitteln weit weniger bezogen als im Vorjahr.
